Dienstag, 27. August 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 198 - 35.W/- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 105 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 275,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 115 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 150 Pts. Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Abtreibung: Durch eine Änderung der Reichsversicherungsordnung will Rheinland-Pfalz die Kriterien für die sogenannte Abtreibung auf Krankenschein verschärfen. Unter anderem soll die erforderliche Feststellung für einen Schwangerschaftsabbruch von einem nach Landesrecht bestimmten, besonders qualifizierten Arzt getroffen werden. (S. 10)

Asylanten: Die katholische und die evangelische Kirche machen Front gegen Bestrebungen der unionsregierten Bundesländer, das Asylrecht zu verschärfen. Sie sehen darin eine Tendenz zur Aushöhlung und Einschränkung des Grundrechts auf Asyl. (S. 6)

Eureka: In intensiven Gesprächen wird derzeit die zweite Eureka-Konferenz vorbereitet. Nach Treffen mit den Außenministern Großbritanniens und Frankreichs konferiert Bundesaußenminister Genscher heute in Rimini mit Giulio Andreotti. (S. 10)

Uganda: Zwischen den neuen Militärmachthabern und der stärksten Guerrillaorganisation, der NRA, haben gestern in Kenia Friedensgespräche begonnen. Den Weg dazu hatte offenbar die Amtsenthebung des umstrittenen ugandischen Ministerpräsidenten Muwanga freigemacht. (S. 6)

Festnahme: Die südafrikanische Polizei hat gestern den Sohn des schwarzen Friedensnobelpreisträgers Bischof Desmond Tutu festgenommen. Nach Angaben der Polizei habe Trevor Tutu eine Demonstration gegen die Vorladung von Schülern vor ein Gericht in Soweto organisieren wollen.

Korea: Zu Gesprächen über Familienzusammenführung hält sich erstmals seit 1973 eine Delegation des südkoreanischen Roten Kreuzes in der Hauptstadt Nordkoreas, Pjöngjang, auf. Bei dem Treffen geht es um Besuchsmöglichkeiten für 100 000 Mitglieder getrennter Familien.

Was ist los mit den Deutschen?

Sind Angst, Mißmut und Unzufriedenheit Merkmale, mit denen sich die Deutschen von ihren Nachbarn unterscheiden? Diese Fragen beantwortet der amerikanische Historiker und Politikwissenschaftler Walter Laqueur in einer Deutschland-Analyse, deren wichtigste Teile die WELT vorab veröffentlicht. Die dritte Folge der Serie trägt den Titel: „Demokratien haben leider für Sinnsucher wenig Charme". Seite 7

WIRTSCHAFT

Henkel: Der Düsseldorfer Chemie- und Waschmittelkonzern, dessen gesamte Aktien als Stammaktien im Familienbesitz sind, geht im Oktober mit stimmrechtslosen Vorzugsaktien im Nennwert von 75 Millionen DM an die Börse. Der Plazierungskurs soll am 26. September bekanntgegeben werden. (S. 11 und 12)

Südafrika: Immer mehr ausländische Investoren ziehen ihr Kapital ab. Für das zweite Quartal dieses Jahres wird der Netto-Abfluß aus dem Privatsektor mit 317 Millionen Rand beziffert. (S. 11)

Währungsreform: Angesicht der hohen Inflation führt Israel einen neuen „harten" Schekel ein. Er soll den Wert von 1000 alten Schekel haben. (S. 12)

Börse: Ausgehend von den Autowerten setzte sich an den Aktienmärkten eine freundliche Tendenz durch. Der Rentenmarkt war ruhig. WELT-Aktienindex 200,99 (198,29). BHF-Rentenindex 105,319 (105,329). Performance Index 107,328 (107,308). Dollarmittelkurs 2,7586 (2,7586) Mark. Goldpreis: keine Notierung, Vortag 334,85 Dollar.

ZITAT DES TAGES



»Die besorgniserregende Unterwanderung des Staates durch östliche Spione ist sicher auch eine Folge falsch verstandener Liberalität im öffentlichen Dienst«

Alfred Krause, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes FOTO: DPA

KULTUR

Schauspielbühnen: Nach den Enttäuschungen der Saison 1984/85 ist das Angebot für die nächste Spielzeit eher noch magerer geworden. Zwar sind rund 100 Uraufführungen geplant, doch ist von ihnen kaum mehr als ein wenig modische Aufgeregtheit zu erwarten. (S. 17)

Fabergé: Großbritanniens Könige liebten seine charmanten „Kunst-Stückchen" ebenso wie die russischen Zaren – heute sind sie hochbegehrte Sammlerobjekte. In einer Ausstellung zeigt die Londoner Queen's Gallery 340 Arbeiten aus den Werkstätten des Goldschmieds Carl Fabergé. (S. 17)

SPORT

Leichtathletik: Die in Südafrika geborene Engländerin Zola Budd lief in London mit 14:48,07 Minuten Weltrekord über 5000 m. Sie verbesserte die Bestmarke der Norwegerin Christiansen um über zehn Sekunden.

Schwimmen: Bei der Universiade in Kobe (Japan) verlor Europameister Michael Groß über 100 Meter Schmetterling. Es siegte der Australier Jon Sieben vor dem Amerikaner Matt Biondi. Groß belegte Platz drei.

AUS ALLER WELT

„Schnüffler": Mit der Einrichtung eines bislang einmaligen Krisenzentrums für sogenannte „Schnüffelkinder" reagiert Berlin auf ein immer akuter werdendes Problem. Mehr als 2000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene an der Spree sind bereits süchtig nach Klebstoffen und Lösungsmitteln. (S. 18)

Samantha Smith: Die 13jährige amerikanische Schülerin, die 1983 Schlagzeilen machte, als sie vom damaligen Kreml-Chef in die UdSSR eingeladen wurde, ist bei einem Flugzeugunglück in Maine ums Leben gekommen. (S. 18)

Wetter: Bewölkt, zeitweise Regen. Um 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Der Kanzler hält sich „alle Konsequenzen" offen

Dregger: Im Fall Tiedge werden keine parteipolitischen Rücksichten genommen

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl will voraussichtlich noch in dieser Woche die nach dem Verrat des in die „DDR" übergewechselten Regierungsdirektors im Verfassungsschutz, Hans-Joachim Tiedge, notwendig werdende Konsequenzen ziehen. Der Kanzler war gestern erstmals nach seinem Sommerurlaub von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann über das bisher ermittelte Ausmaß des durch die Flucht Tiedges entstandenen Schadens informiert worden. In dem Gespräch im Kanzleramt legte der Minister auch einen ersten schriftlichen „Zwischenbericht" vor, dem noch im Laufe dieser Woche das Gesamtergebnis der interministeriellen Arbeitsgruppe folgen soll. Diese Gruppe war am vergangenen Freitag als erste Maßnahme der „Schadensbegrenzung" im Fall Tiedge eingesetzt worden. Im Bundesinnenministerium, der Fachaufsichtsbehörde des Kölner Verfassungsschutzamtes, hat Minister Zimmermann seinen neuen Staatssekretär Hans Neusel damit beauftragt, die internen Ermittlungen zu leiten.

In der Einschätzung des Falles Tiedge kommen die Sicherheitsexperten immer mehr zu der Analyse, daß der Regierungsdirektor im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) schon seit mindestens zwei Jahren für die „DDR" gearbeitet haben dürfte. Mehrere Mitarbeiter des BfV in der „DDR" seien in diesen Jahren einfach „verschwunden", also vermutlich vom Staatssicherheitsdienst verhaftet worden. Tiedge hat offenbar auch häufig die Verkehrsmittel gewechselt, wenn er unterwegs war, was auch ein Indiz für den Versuch der Abschirmung ist. Sein Fluchtweg beim Absetzen am Sonntag vergangener Woche (WELT v. 24. 8.) hat anscheinend über das benachbarte Ausland geführt.

Vor dem CDU-Präsidium sagte der Parteivorsitzende Kohl gestern, er wolle sich „alle Konsequenzen offenhalten", die sich nach Klärung der Verantwortlichkeiten im Fall Tiedge und auch der anderen Spionagefälle ergäben. Vor dem Präsidium sprach Kohl von einem „unerklärten Krieg"

SEITE 3:
Serie (1): Agentenwerber

der Geheimdienste und davon, daß in unserem geteilten Land aufgrund der über die Demarkationslinie hinweg reichenden familiären Bindungen viele Deutsche für östliche Geheimdienste „erpreßbar" seien. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, sprach dem Vernehmen nach von einem „unglaublichen Skandal", daß trotz der im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) bekannten Lebensweise Tiedges der Abwehrchef nicht abgelöst worden sei. Bei der Aufarbeitung der entstandenen Krisensituation dürfe man „keine parteipolitische Rücksicht nehmen". Dies wurde in Unionskreisen als klarer Hinweis auf die ohnehin vermutete Ablösung des früheren BfV-Präsidenten und derzeitigen Chefs des Bundesnachrichtendienstes, Heribert Hellenbroich, gewertet, der der CDU angehört.

Innenminister Zimmermann wird heute zunächst dem Bundeskabinett und im Anschluß daran der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) einen Bericht über den bisherigen Stand der Ermittlungen im Fluchtfall Tiedge und den Spionagefällen Lüneburg, Richter und Höke – die Sekretärin im Bundespräsidialamt Margaret Höke war am Wochenende verhaftet worden – geben.

Die Bemühungen der Bundesregierung, bei den „DDR"-Behörden die Genehmigung zu einem Gespräch mit dem geflüchteten Regierungsdirektor Tiedge zu bekommen, schienen gestern festgefahren, obwohl bei der Flucht des „DDR"-Oberstleutnants Rauschenbach vor drei Jahren die Bundesregierung dies umgekehrt gestattet hatte. Rauschenbach war damals in die „DDR" zurückgekehrt. Von „DDR"-Seite wurde nach Informationen der WELT signalisiert, daß Tiedge kein Interesse an einer solchen Begegnung mit Vertretern der Bundesregierung habe, schon weil er – so wurde angedeutet – seit längerer Zeit für den „DDR"-Staatssicherheitsdienst gearbeitet habe. Der Wahrheitsgehalt dieser Andeutung erschien in Bonn allerdings fraglich. Nach Einschätzung von Sicherheitskreisen ist zwar nicht auszuschließen, daß Tiedge schon seit etwa zwei Jahren für die „DDR" spioniert hat, doch sprechen die objektiven Begleitum-

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Der Nutznießer

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Die Spionage-Affäre zieht ihre Kreise. Da aber schon in der ersten emotionalen Aufwallung alle verbalen Steigerungsformen aufgebraucht worden sind, setzen sich die beiden altgedienten Begriffe politischer Praxis zur Bewältigung des Unbewältigten durch: „Krisenmanagement" und „Schadensbegrenzung". Die Routine bemächtigt sich einer Angelegenheit, die tags zuvor noch als Katastrophe bejammert worden war.

Das bedeutet zunächst, daß alle Beteiligten in ihre gewohnten Rollen schlüpfen. Der Oppositionsführer sieht zu, wie er die Affäre dem Bundeskanzler ans Bein hängen kann. Der Bundeskanzler seinerseits läßt sich nicht zu kurzatmigen Sattelbefehlen provozieren, sondern huldigt der Lebensweisheit „Eile mit Weile" – sagen wir: bis Ende dieser Woche. In der Tat wäre in der Sache nichts ausgerichtet, suchte die politische Führung ihre Entlastung, indem sie lieber heute als morgen Köpfe rollen ließe. Konsequenzen dürfen nicht ausbleiben, es sollen aber nicht die wohlfeilsten, sondern die richtigen sein.

Wahrscheinlich gehört es auch zur Routine, durch allseitige Betriebsamkeit jene unliebsame Frage zu verdrängen, die im Hintergrund der Affäre steht. Mit der Spionage verhält es sich wie mit der Rüstung: Beide verraten abgrundtiefes Mißtrauen, wenn nicht Feindseligkeit desjenigen, der sie sich viel kosten läßt. Ein gewisses Maß an verdeckter Nachrichtensuche mag zwischen Staaten normal sein. Wenn aber die „DDR" seit Jahr und Tag ein Heer von schätzungsweise ständig viertausend Agenten auf die Bundesrepublik Deutschland ansetzt, dann kennzeichnet dies das Verhältnis der beiden Staaten im geteilten Deutschland treffender als das joviale Lächeln, das Erich Honecker aufsetzt, wenn er am Werbellinsee hochmögende Politiker aus Westdeutschland empfängt.

Wie normal können eigentlich die gern gefeierten Begegnungen unserer Minister und Parteiführer mit Repräsentanten von „drüben" sein, wenn jeder der Bonner Herren nach Bangemanns Erfahrungen befürchten muß, der Gesprächspartner aus Ost-Berlin kenne die Geheimnisse seines Vorzimmers, seines Aktenschrankes und seines Terminkalenders so gut wie die möglicherweise verräterische Vertraute auf dem Sekretärinnenstuhl?

Das mühselige Tagewerk der kleinen deutsch-deutschen Schritte soll an dieser Misere nicht zugrunde gehen; aber es sollte nie wieder der Eindruck entstehen, als machten Politiker der Bundesrepublik geradezu Wallfahrten zum Hauptnutznießer aller Ausspähungen. Bedarf es erst wieder des Schocks, daß ein Kanzler über einen Spion Honeckers stürzt?

Fall Höke „ziemlich hoch" angesiedelt

DW. Bonn

Die unter Spionageverdacht verhaftete Sekretärin im Bundespräsidialamt, Margarete Höke, hatte nur wenig von dem an sich, was nach landläufiger Vorstellung eine „Mata Hari" ausmacht. Bei ihren Kollegen im Bundespräsidialamt galt die 50jährige, die Vegetarierin war, mit Vorliebe einfache Kleidung und Gesundheitssandalen trug, als „graue Maus". Sie hielt sich abseits, ging Geselligkeiten im Amt aus dem Wege. Auch die beiden untergetauchten Agentinnen Sonja Lüneburg und Ursula Richter hatten sich als Sekretärinnen ähnlich zurückhaltend verhalten.

Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Hans Neusel, der unter Präsident Karl Carstens im Präsidialamt tätig war, erklärte zu der Verhaftung in einem Rundfunk-Interview: „Als ich das erste Mal davon hörte, war ich betroffen. Denn immerhin handelte es sich um eine Person, mit der ich etwa fünf Jahre unter einem Dach gearbeitet habe, und die ich oft täglich gesehen habe." Einen unmittelbaren Bezug zum Spionagefall Tiedge sieht der im Innenministerium jetzt auch mit Sicherheitsfragen befaßte Staatssekretär nicht. „Einen solchen Zusammenhang vermögen wir zur Zeit nicht zu erkennen. Ich kann ihn natürlich nicht ausschließen." Allerdings glaube er auch, daß man „nicht zwingend" schließen müsse, daß der Übertritt des Verfassungsschützers Tiedge in die „DDR" und die anderen in diesen Tagen bekannt gewordenen Spionagefälle „unmittelbar zusammengehören". Der Fall Höke wird in Bonn „ziemlich hoch" angesiedelt.

Unauffällig wie Frau Hökes Auftreten ist auch ihre Wohnung in Bonn-Oberkassel „Am Weitgarten 37". Sie liegt im sechsten Stock eines braungrauen Wohnsilos mit zahlreichen Eingängen in einem Stadtteil mit gemischter Wohnstruktur. Ihr Führungsoffizier soll von 1969 bis 1971 in Köln Jura studiert und „ähnliche Bekanntschaften" wie zu der Bonner Sekretärin in anderen westlichen Ländern „aufgebaut" haben.

Einen Spionagefall hat es unter den rund 100 Mitarbeitern des Bundespräsidialamtes bisher nicht gegeben. Als Sekretärin des Leiters der Abteilung II (Ausland, Protokoll, Presse) saß Margarete Höke an einer wichtigen Schaltstelle. Seit sie 1964 nach einer einjährigen Tätigkeit im Auswärtigen Amt ins Präsidialamt gekommen war, hat sie in dieser Abteilung, die auch für Fragen der Sicherheit und der Verteidigung zuständig ist, gearbeitet. Zu ihren Chefs gehörten unter anderem die Ministerialdirektoren Fritz Caspari und Horst Osterheld. Ihr letzter Vorgesetzter, Reinhold Schenk, kam 1984 vom Auswärtigen Amt mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker in das Amt in der Kaiser-Friedrich-Straße. Der Bundespräsident, der sich am Sonntag zum Historikerkongreß in Stuttgart aufhielt, hat erst durch die WELT von der Spionageaffäre erfahren. Nach Ansicht von Experten muß Margarete Höke, die mit dem „DDR"-Staatssicherheitsdienst über Dänemark Verbindung gehalten haben soll, einen erheblichen Einblick in geheime Dokumente gehabt haben, die das Präsidialamt erreichten.

„Jaruzelski engt seinen Spielraum selbst ein"

DW. New York/Warschau

Rund ein Prozent der polnischen Bevölkerung arbeitet nach Ansicht von Zbigniew Bujak, eines der Führer von „Solidarität", aktiv in der verbotenen Gewerkschaft mit. In einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek" erklärte Bujak, noch nie hätten „derartig viele Polen konspiriert". Der seit 1981 im Untergrund lebende Gewerkschafter schätzt die Zahl der direkt an den Aktionen der „Solidarität" beteiligten Polen auf 50 000 bis 70 000.

Zu der starren Haltung des polnischen Regierungschefs Jaruzelski gegenüber der Gewerkschaft sagte Bujak, für diesen sei „nur die Ideologie von Bedeutung". Jaruzelskis Handlungsspielraum sei nicht begrenzt, vielmehr habe er sich selbst begrenzt. Der Gewerkschafter sprach sich für „stufenweise Veränderungen" des Systems aus: Wenn die Wirtschaft in Ungarn reformiert werden könne, so müsse dies auch in Polen möglich sein.

In Warschau waren am Sonntag abend anläßlich des bevorstehenden fünften Jahrestages der Gründung von „Solidarität" (31. August) in der Stanislaw-Kostka-Kirche etwa 20 000 Menschen aus allen Teilen des Landes zu einer „Messe für das Vaterland" zusammengekommen, bei der sie für den Sieg der Ideale der verbotenen Gewerkschaft beteten. Nach dem Gottesdienst versammelten sich die Anhänger der „Solidarität" am Grab des im Oktober 1984 von Sicherheitsbeamten ermordeten Priesters Jerzy Popieluszko.

Seite 5: Farce

Unita-Vertreter: Sowjetinfanterie in Angola aktiv

SAD, Paris

Ein Vertreter der prowestlichen Widerstandsbewegung Unita (Nationale Union für die totale Unabhängigkeit Angolas) hat der Sowjetunion vorgeworfen, sie habe zum ersten Mal seit Beginn ihrer Intervention in Angola im Jahr 1975 jetzt direkt ein Bataillon Infanterie bei einer Offensive gegen die Streitkräfte der Unita eingesetzt. In Paris erklärte der Unita-Sprecher Gato, diese „Eskalation" diene dem Zweck, „unsere Streitkräfte in die Defensive zu drängen und die Hauptstadt vor jeglichen Aktionen der Unita während des für Anfang September in Luanda vorgesehenen Gipfeltreffens der nichtpaktgebundenen Staaten zu schützen". Bisher habe sich das sowjetische Engagement auf weitreichende Artillerie- und Luftwaffenunterstützung beschränkt. Gato sprach von „erbitterten Kämpfen" in Zentralangola und anderen Teilen des Landes.

Über das Kräfteverhältnis zwischen dem marxistischen Regime der Angolanischen Volksbefreiungsbewegung (MPLA) und ihren Helfern aus der Sowjetunion und der „DDR" einerseits und der Unita andererseits hatte Unita-Generalsekretär Tito Chingunji kürzlich gegenüber der WELT erklärt: „23 000 Mann halbregulärer Einheiten garantieren die Sicherheit in der befreiten Zone. 25 000 kämpfen im Untergrund, das heißt im Busch und in den Städten, gegen rund 40 000 kubanische Soldaten und die Truppen der MPLA. 1500 sowjetische Militärberater und 2000 Offiziere und Experten aus der DDR, vorwiegend für Geheimdienste zuständig, stehen Luanda zur Seite."

Geheimdienst „nicht beteiligt"

DW. Paris

Ein Bericht des Sonderbeauftragten der französischen Regierung zur Aufklärung der Greenpeace-Affäre stützt die These, daß der französische Geheimdienst GDSE nicht in den Anschlag gegen das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior" in Neuseeland verwickelt war. Der Bericht war Premierminister Fabius von dem mit den Ermittlungen beauftragten Hohen Richter Bernard Tricot übergeben worden. Fabius will dazu heute Stellung nehmen. Neuseeland hatte den Geheimdienst verdächtigt, das Schiff versenkt zu haben.

Seite 5: Tricots Bericht
Seite 18: Greenpeace

Becker vor dem Spiel des Jahres?

DW. Cincinnati

Die amerikanische Presse ist sich nach Boris Beckers 6:4, 6:2-Sieg über den Weltranglisten-Dritten Mats Wilander aus Schweden in Cincinnati einig: Becker gehört zu jenen Tennis-Spielern, die bei den heute beginnenden Offenen Amerikanischen Meisterschaften in Flushing Meadow gewinnen können. Die „Los Angeles Times" meint, das Treffen John McEnroe gegen Becker sei das Spiel des Jahres. Arthur Ashe, der amerikanische Daviscup-Kapitän: „Wenn ich Becker mit anderen 17jährigen vergleiche, muß ich sagen, niemand war in diesem Alter stärker als Becker."

Seite 9: „Er weiß nicht, wie gut er ist"

Bahn bietet neuen Kurierdienst an

Mk. Bonn

Die Bundesbahn richtet zum 1. Oktober einen neuen Bus-Kurierdienst ein. Damit können auf mehr als 2000 Bahnbuslinien eilige Sendungen formlos zum Einheitspreis von fünf Mark dem Busfahrer mitgegeben werden. Bedingung: Übergabe und Abholung ist nur an Haltestellen derselben Buslinie möglich, eine Weiterbeförderung auf anderen Linien ist ausgeschlossen. Das Höchstgewicht der Sendungen beträgt 20 Kilo, in Ausnahmefällen 50 Kilo. Die Bahn erwartet, daß eilige Sendungen von Handel und Banken, Werbe- und Versicherungsagenturen oder Labors aufgegeben werden.

Südafrikas Fernsehen im Zwielicht

Wurden TV-Mitarbeiter bestochen? / Informationsminister Botha schweigt zu den Vorwürfen

M. GERMANI, Johannesburg

Die in Johannesburg erscheinende Zeitung „Sunday Star" hat gegen Südafrikas staatliche Rundfunk- und Fernsehgesellschaft SABC den Vorwurf erhoben, in einen großen Bestechungsskandal verwickelt zu sein. Indirekt davon betroffen ist auch Südafrikas Außen- und Informationsminister Pik Botha, in dessen Verantwortung die Fernsehanstalt fällt. Bisher lehnte er jede Stellungnahme ab.

Die Beschuldigungen, die der „Sunday Star" erhoben hat, sind äußerst schwerwiegend: Es geht um Zahlungen und Kredite an SABC-Angestellte durch Direktoren verschiedener Filmgesellschaften, die dadurch eine Bevorzugung bei der Vergabe von neuen Verträgen erreichen wollten. Freien Mitarbeitern wird vorgeworfen, unter Umgehung der SABC und der Steuerbehörden direkt von Produktions- und Werbefirmen Geld empfangen zu haben. Ebenso sollen Mitarbeiter bei anderen Firmen „Schwarzarbeit" verrichtet und dabei Ausrüstungsgegenstände des SABC benutzt haben. Außerdem behauptet das Blatt, Angestellte hätten bei der Eröffnung eines Nachtclubs in Johannesburg eine Videoausrüstung der staatlichen Fernsehanstalt verwendet sowie bei Aufnahmen im Krüger Nationalpark ein Spezialtonband von SABC im Wert von rund 15 000 Mark verwendet.

Der Generaldirektor der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt, der frühere UN-Botschafter Riaan Eksteen, erklärte dem „Sunday Star", er werde sofort eine Untersuchung der vorgebrachten Beschuldigungen einleiten. Allerdings habe er keine Kenntnis darüber, ob SABC-Angestellte Geschenke in Form von Reisen nach Übersee oder Autos erhalten hätten.

Gleichzeitig bestätigte die zuständige Polizeibehörde, sie sei mit der Untersuchung von Korruptionsvorwürfen befaßt. Der Vorsitzende des Kontrollrates von SABC, Brand Fourie, versicherte, die Anstalt werde die polizeilichen Ermittlungen weitestgehend unterstützen.

Auch die „Konservative Partei" hat eine sofortige Untersuchung der Vorwürfe gegen SABC gefordert. Ironie dieser Geschichte: Eines ihrer Mitglieder, Connie Mulder, war 1978 – damals galt er als Kronprinz der Nationalen Partei von Premier Voster – als Informationsminister selbst über eine Affäre, den sogenannten Informationsskandal, gestürzt.

Sein Nachfolger im Ministeramt, Pik Botha, spielte dabei eine wichtige Rolle. Im Kampf zwischen Mulder und dem heutigen Regierungschef Pieter Willem Botha um die Nachfolge von Voster hatte sich der heutige Außen- und Informationsminister auf die Seite seines Namensvetters geschlagen und den Parteiausschluß seines Vorgängers mit betrieben.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ein Mischmasch-Jäger?

Von Rüdiger Moniac

Gibt es nach der Begegnung Mitterrands und Kohls wieder Hoffnung, Frankreich könnte sich doch noch bereitfinden, zusammen mit der Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und möglicherweise auch Spanien ein Jagdflugzeug zu entwickeln? Mitterrand machte in Bregançon den auf den ersten Blick bestechenden Vorschlag, nach dem Vorbild des „Airbus" Bauserien ins Auge zu fassen, „die in der Lage wären, den verschiedenen Aufgaben zu entsprechen". Gleichzeitig aber ließ der Präsident keinen Zweifel daran, daß er mit Kohl über „zwei verschiedene Flugzeuge" gesprochen habe. Denn die Franzosen brauchen einen leichten Jagdbomber, die anderen ein reinrassiges Jagdflugzeug.

Die Franzosen gehen nicht davon ab, die „Rafale", die als Prototyp von Dassault bald zum Erstflug starten soll, weiterzuentwickeln. Wenn sie trotzdem über die Möglichkeit von Bauserien sprechen, läßt sich theoretisch nur denken, sie könnten sich eine Beteiligung der anderen am Bau der „Rafale" vorstellen, während sich die Franzosen auch am Bau des deutsch-britisch-italienischen Jäger 90 beteiligen.

Man muß es bezweifeln, ob das sinnvoll wäre. Denn es wären zwei völlig verschiedene Flugzeugmuster zu bauen, die, wenn überhaupt, in nur geringem Ausmaß aus gleichen Komponenten bestünden. Folglich müßten für beide Typen je eine Fertigungsstraße in einem der drei Partnerländer Bundesrepublik, Großbritannien und Italien und zum anderen in Frankreich entstehen. Das triebe die Kosten in die Höhe. Sollte Mitterrand den Gedanken haben, *eine* Typenserie zu entwickeln, die von allen verlangte Aufgaben erfüllt, so ist davor zu warnen.

Die deutsche Luftwaffe braucht ein Jagdflugzeug, keinen leichten Jagdbomber, wie Dassault ihn – auch für den Export – entwickelt. Das deutsche Jagdflugzeug der Zukunft steht vor Aufgaben, die wirklich nur eine für die „Jagdrolle" ausgelegte Maschine leisten kann. Es muß zum Beispiel im Geradeausflug die Längsachse nach links oder rechts verdrehen, um so auf den Gegner „schielend" mit fest eingebauter Bordkanone schießen zu können.

Weinbergers Schwierigkeiten

Von Bernt Conrad

US-Verteidigungsminister Weinberger hat nach eigener Aussage „nicht verstanden, worin Eureka besteht". Ihm habe bisher niemand die Einzelheiten des im Juli beschlossenen Projekts für ein „Europa der Technologie" erklärt, versicherte er. Diese Bemerkung hat verschiedene Aspekte. Aus ihr darf nicht geschlossen werden, daß Washington von den West-Europäern über die Eureka-Pläne im unklaren gelassen worden sei. Tatsächlich hat die deutsche Botschaft dem State Department und dem Weißen Haus die vorgesehene Koordinierung der europäischen Technologie-Forschung erläutert; Außenminister Genscher hat darüber auch mit seinem Amtskollegen Shultz gesprochen.

Vermutlich ist das Thema an Weinberger vorbeigelaufen, weil Eureka als ziviles Forschungsprogramm nicht in den Zuständigkeitsbereich der Verteidigungsministerien fällt, sondern beispielsweise in Bonn vom Außen- und vom Forschungsministerium betreut wird. Doch damit wird Weinbergers kritischer Hinweis nicht gegenstandslos. Denn wer hört oder liest, wie viele Politiker und Journalisten hierzulande Eureka als Gegenstück zum US-Forschungsprogramm für ein Weltraumverteidigungssystem (SDI) „hochjubeln", wird eine Irritation des für SDI zuständigen Ressortchefs verstehen.

Tatsächlich wissen wahrscheinlich auch die wenigsten Europäer, was denn nun eigentlich unter Eureka zu verstehen ist. Hier gibt es einen Nachholbedarf, dessen sich die Regierungen der siebzehn Teilnehmerstaaten annehmen sollten. Die Sache wird allerdings dadurch erschwert, daß konkrete Beschlüsse über Projekte und Strukturen erst beim zweiten Eureka-Ministertreffen in Hannover Anfang November getroffen werden sollen.

Immerhin steht fest: Es wird aufgrund deutscher Einwände keine Eureka-„Agentur" mit eigener Bürokratie, sondern Forschungsprojekt-Gruppen geben. Und es ist auch keine Konkurrenz zu SDI gedacht – sonst würden sich Politiker wie Kanzler Kohl und Premierministerin Thatcher nicht für Eureka engagieren. Das sollte auch Weinberger beruhigen.

Flankenstaat Pakistan

Von Heinz Barth

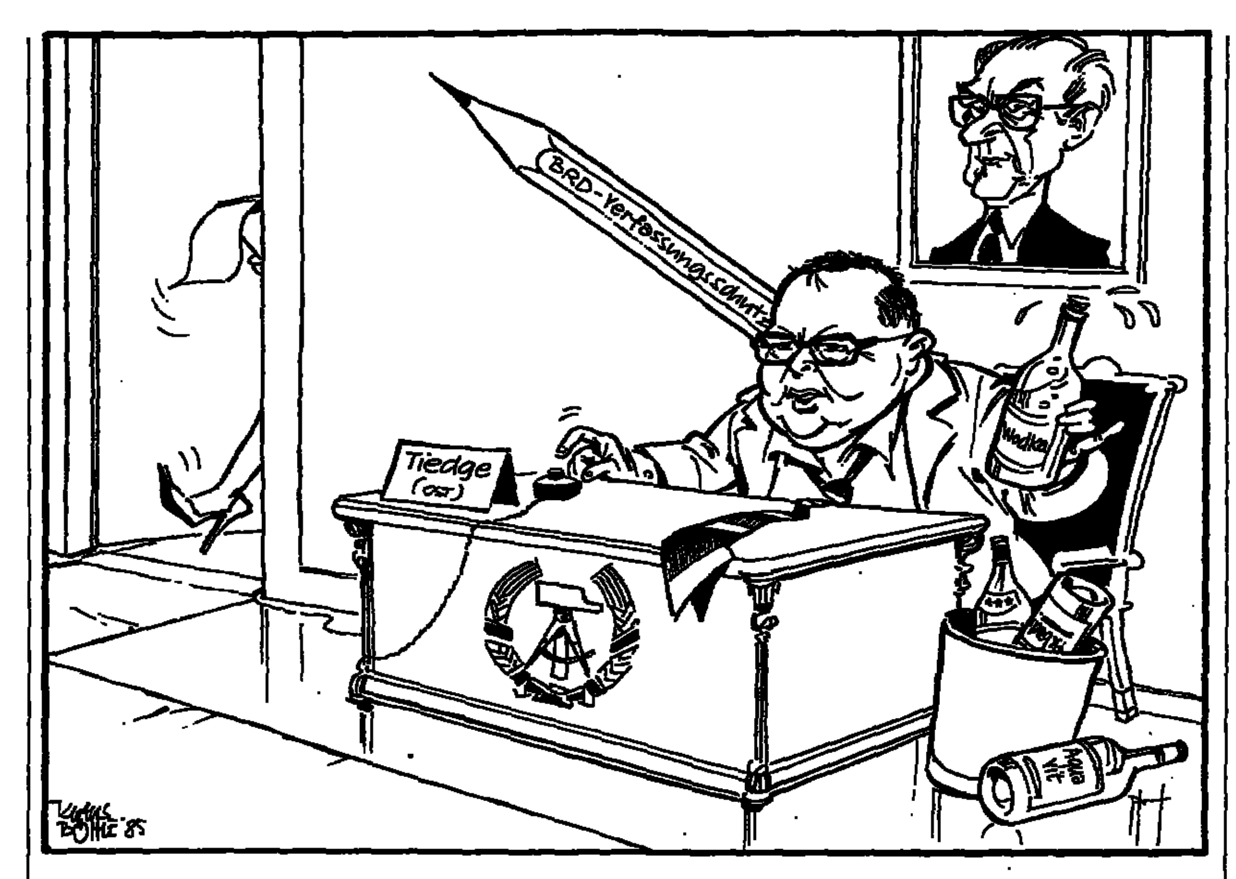
Nach acht Jahren eines Regimes, das neben autoritären auch einige demokratische Züge aufweist, und sechs Monate nach den relativ freien Wahlen sammelt sich in Pakistan die Opposition gegen die Herrschaft des Generals Ziaul Haq. Die Rückkehr Benazir Bhuttos, der zweiunddreißigjährigen Tochter des hingerichteten Ministerpräsidenten Zulfikar Ali Bhutto, und die Beisetzung ihres in Cannes unter rätselhaften Umständen gestorbenen Bruders führten zu Massenkundgebungen, die es fraglich erscheinen lassen, ob das Regime seine Zusage einhalten kann, bis zum Ende dieses Jahres den Ausnahmezustand aufzuheben.

Der General vermochte das Land, das sich allmählich von der Abtrennung Ostpakistans erholte, wirtschaftlich zu stabilisieren. Doch die Struktur war seit dem Ende des britischen Kolonialreiches so labil, daß die politische Konsolidierung zu einem Generationenproblem wurde. Für die USA ist Pakistan ein Flankenstaat des Mittleren Ostens, der die Südexpansion der Sowjetunion begrenzt. Nicht nur für die Opposition stellt der Druck Moskaus und der Strom der afghanischen Flüchtlinge eine kaum noch tragbare Belastung dar.

Es gelang Ziaul Haq durch die Islamisierung, die eine Bindung an die Golfstaaten herstellte, ein außenpolitisches Gleichgewicht zu schaffen, das den permanenten Konflikt mit Indien reduzierte. Aber die Situation bleibt prekär, da eine schiitische Minderheit ihn zwingt, im irakisch-iranischen Krieg nach beiden Seiten vorsichtig zu lavieren.

Die exponierte Lage, in der Ziaul Haq sich befindet, ist im Westen oft übersehen worden. Die Islamisierung, verbunden mit wirtschaftlichen Erfolgen, hat seine Position bei der Landbevölkerung gefestigt. Doch die Bedrohung ist nicht zu unterschätzen, die von der städtischen Intelligenz und dem schiitischen Radikalismus ausgeht. Der Opposition nachzugeben, ist für den General unmöglich, weil jede Minderung der Unterstützung durch China, Japan und den Westen für Pakistans Sicherheit verhängnisvoll werden könnte.

Das Regime ist keine Musterdemokratie. Aber die oligarchischen Gruppen, die auf seinen Sturz hinarbeiten, würden auch nur einen scheindemokratischen Feudalismus bringen.



„Frau Lüneburg oder Frau Richter, bitte zum Diktat!" KLAUS BÖHLE

Das Beste und die Bestie

Von Günter Zehm

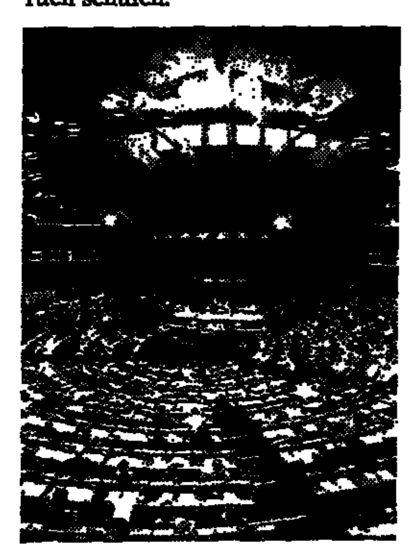
Richard von Weizsäcker hat auf dem Weltkongreß der Geschichtswissenschaftler in Stuttgart eine bemerkenswerte Rede gehalten. Seine Überlegungen zum Begriff der Nation dürften nicht nur auf historisches Interesse stoßen, denn sie reichen unmittelbar in aktuelle politische und kulturpolitische Diskussionen in der Bundesrepublik hinein. Möglicherweise können sie sogar als Katalysator wirken; um bestimmten notwendigen Einsichten, die in vielen Lagern immer noch verdrängt oder tabuisiert werden, endlich zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Nation, so meinte der Bundespräsident, sei einerseits ein „unumgänglicher, legitimer Gegenstand geschichtlicher Gedanken", sie biete andererseits aber auch heute noch „den prägenden Rahmen der Zugehörigkeit der Menschen zu einem Volk, seiner Sprache und Kultur, der gefühlsmäßigen Zuneigung zu einer Existenz, die Treue begründet und rechtfertigt". Das hob sich schneidend ab von einigen wichtigen Stimmen aus dem Bonner Regierungslager, die – wie soeben wieder der Kanzlerberater Michael Stürmer im „Rheinischen Merkur" – das Zeitalter der Nationalstaaten für „vorbei und auf alle Zeiten geschlossen" erklären und daraus fragwürdige, manchmal defätistische Schlußfolgerungen besonders für die Deutschland- und Ostpolitik ziehen.

Ein einziger Blick auf die Wirklichkeit unserer Tage belehrt darüber, daß nicht Michael Stürmer recht hat, sondern Richard von Weizsäcker. Überall in der Welt gelten Nation und Nationalstaat ganz selbstverständlich als Grundbausteine internationaler Politik. Übernationale Zusammenschlüsse sind entweder – Beispiel Sowjetunion – Resultat unorganischer Gewalt, oder sie funktionieren – Beispiel NATO, EG und Europaparlament – als Bündnissysteme mehrerer in sich völlig unabhängiger und im Zweifelsfalle sehr wohl auf ihre Eigeninteressen bedachter Nationalstaaten. Man mag diese Wirklichkeit beklagen, wer aber vor ihr die Augen verschließt, hegt Illusionen und schneidet sich dauernd ins eigene Fleisch.

Man sollte auch nicht so tun, als hätten die Nationen immer nur Unglück über die Völker und ihre Menschen gebracht. Gewiß, es besteht die Gefahr der Pervertierung des Nationalgefühls zu Nationalismus und Fremdenhaß; dann wird jenes Stadium der „Bestialität" erreicht, vor dem einst Grillparzer so grimmig warnte. Doch Weizsäcker war sehr gut beraten, als er in Stuttgart darauf hinwies, daß an der Wiege des nationalen Gedankens nicht die Bestialität, sondern die Humanität gestanden habe, daß sich erst auf dem Wege über die Nation die Menschen- und Bürgerrechte dauerhaft Platz schaffen konnten.

Die Herrschaftsstrukturen des pränationalen Zeitalters waren Planierraupen, die die Menschen nötigten, sich immer nur mit der Herrschaft selbst zu identifizieren. Die Herrschenden und die Wissenden sprachen Latein, das der „geringe Mann" nicht verstand. Was ihm von oben entgegentönte, war Fremde und nichts als Fremde. Erst die gemeinsame Sprache und die emphatische Einbindung von oben und unten in gemeinsame Kultur und Überlieferung, also die Nationwerdung, ließen jenes geistige Klima entstehen, in denen der einzelne ohne Ansehung seines sozialen Ranges zur Rechtsperson und zum Bürger aufsteigen konnte. Es waren die nationalen Bewegungen in den verschiedenen Ländern und die in ihrem Gefolge entstehenden großen Nationalliteraturen, die dauerhafte Identifikationsmöglichkeiten ohne Unterwerfungsgeruch schufen.



Ausdruck eines Bündnisses unabhängiger Nationen: Parlament in Straßburg FOTO: AVENTURIER/STUDIO X

Was aber die Bestialität betrifft, so hat schon der verstorbene Nationen-Forscher Eugen Lemberg die höchst nachdenkenswerte Vermutung geäußert, daß nicht übersteigertes Nationaldenken, sondern eher übernationales Ideologie- und Unionsdenken für die großen Vernichtungskatastrophen des zwanzigsten Jahrhunderts verantwortlich zu machen seien. Im Namen eines menschheitsvereinenden Marxismus zimmerten die Bolschewiken ihre „sozialistische Union", in der zahllose kleinere Nationen vernichtet oder um ihre Identität gebracht wurden. Und im Namen einer „arischen Rasse", die mit der historisch gewachsenen deutschen Nation nun wirklich sehr wenig zu tun hatte, peilten die Nationalsozialisten ihr „Großgermanisches Reich" an, das zum Mordofen für „Fremdstämmige" und Minderheiten werden sollte.

Auch heute ist es nicht das nationale, sondern das ideologische Prinzip, das die Völker Ostmitteleuropas ihrer Freiheit beraubt, Deutschland und Europa in zwei Teile spaltet und die Weltpolitik in Dauerspannung hält. Die immer wieder zu hörende Behauptung, nicht ideologischer Herrschaftsanspruch, sondern der Wunsch der Deutschen nach Wiedervereinigung und nationaler Identität sei der „eigentliche" Unruheherd, ist nichts als eine schnöde Verdrehung der Tatsachen, lanciert von jenen, die entweder von den eigenen Unterdrückungspraktiken ablenken oder die Friedhofsruhe unterjochter und gespaltener Nationen aus Bequemlichkeit für Normalität und Stabilität halten wollen.

Um noch einmal aus der Rede des Bundespräsidenten vor den Historikern zu zitieren: „Unsere Geschichte und unsere geopolitische Lage haben es uns selbst und unseren Nachbarn schwer genug gemacht mit unserer Nation. Aber auch für uns bleibt die Nation ein unentbehrliches Fundament des menschlichen und politischen Gemeinwesens." Das war zweifellos wacker und weitblickend gesprochen. Es war aber auch das mindeste, was ein Vertreter deutscher Politik – vor welchem internationalem Gremium auch immer – zu Protokoll geben sollte.

IM GESPRÄCH Krzysztof Zanussi

Helden im Standhalten

Von Doris Blum

Eine Autorität in der Welt des Films: der 46jährige polnische Regisseur Krzysztof Zanussi. Als er 1981 in Rom mit dem von der EG gestifteten „Prix Donatello" geehrt wurde, weil er „stets für eine menschliche und gerechte Gesellschaft eingetreten ist, deren geistige Werte die der europäischen Zivilisation sind", hat er klargemacht, daß es ihm nicht nur um die westliche Zivilisation geht: „Das geistige Erbe Europas", so sagte Zanussi, „umfaßt nicht nur die Ideen des Westens, sondern auch den ganzen Reichtum einer anderen geistigen Tradition, die über die Orthodoxie aus der griechisch-byzantinischen Wirklichkeit erwachsen ist."



Vorsitzender der Biennale-Jury: Zanussi FOTO: TELITOPRESS

Von Hause aus diplomierter Physiker und Philosoph, ferner Absolvent und später Dozent an der polnischen Filmhochschule in Lodz, verfügt er über pädagogische Begabung. Unlängst leitete er in Mülheim ein Seminar für Nachwuchsfilmer und deckte dabei Schwachstellen auf: es gebe in der Bundesrepublik „ein Loch zwischen esoterischen Filmen auf der einen und einer faden Massenproduktion auf der anderen Seite" – und: „Wir müssen das breite Publikum erreichen!" Im September wird er in Florenz Vorlesungen für Schauspieler aus aller Welt halten. Er beherrscht acht europäische Sprachen.

Zanussi hat schon während seiner Studienzeit viele Kurzfilme gedreht. Seinem ersten Langfilm („Struktur des Kristalls", 1969) folgten ein gutes Dutzend weiterer Streifen, darunter so bemerkenswerte wie „Familienleben", „Illumination", „Zwischenbilanz" und die in Polen angegriffenen „Tarnfarben". Fast alle Zanussi-Filme sind bei uns im Fernsehen gesendet geworden, für das der Pole auch Auftragsproduktionen geliefert hat.

Zanussi hat wiederholt auf dem Theater Regie geführt, in der Bundesrepublik, in England, in Italien. In Bonn war vor zwei Jahren seine Inszenierung des Stoppard-Stücks „Nacht und Tag" zu sehen. Bei der letzten Biennale errang er für „Das Jahr der ruhigen Sonne", die rührende, ausweglose Liebesgeschichte zwischen einer Polin und einem US-Offizier im Zweiten Weltkrieg, den Goldenen Löwen von Venedig. So ist es folgerichtig, daß er bei der diesjährigen 42. Biennale, die gestern mittag am Lido eröffnet wurde, der Jury vorsitzt.

Zanussis Filme sind Gedankendramen, dokumentarisch präzis in der Form, oft spröde, unterkühlt im Inhalt und nicht immer leicht zugänglich. Seine Helden lassen sich stets mehr von der Ratio als von der Emotion leiten. Sie sind Intellektuelle wie er selbst. Im Gegeneinander von Gefühl und Verstand finden sie zu Erkenntnissen, doch das bedeutet auch: sich abfinden mit dem Unabänderlichen. Und das heißt für Zanussis Helden: Rückkehr in die Stabilität des Gewohnten.

Diese Haltung hat man dem Regisseur oft zum Vorwurf gemacht, ebenso wie seine angebliche Enthaltsamkeit von der Politik, seine Hinwendung zu ethischen Problemen. Das Ausharren seiner Helden im Gewohnten und oftmals geradezu Unzumutbaren ist auch ein polnisches Thema; zwischen Flucht und Standhalten hat Zanussi sich – wie seine Helden – fürs Bleiben entschieden. Es erfordere Heldentum, hat er einmal gesagt, den Widrigkeiten zu trotzen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hannoversche Allgemeine

Sie schreibt zum Flüssigei:

Um dem skandalösen Mißbrauch mit Flüssigei vorzubeugen, will die Bundesregierung jetzt in der EG durchsetzen, daß die Verwendung angebrüteter Eier in Lebensmitteln verboten wird. Bloß: gerade dieses Verbot hat die Brüsseler EG-Kommission schon im Mai vergangenen Jahres den Ministern der zehn Mitgliedsländer zur Beschlußfassung vorgelegt, und dort im Ministerrat liegt es noch heute – unbearbeitet. Mit am Tisch des Brüsseler Rats saßen natürlich auch die zuständigen deutschen und niederländischen Minister, die jetzt laut nach exakt diesem Verbot schreien.

STUTTGARTER ZEITUNG

Sie schreibt zum Ritual rollender Köpfe:

Neben die Frage, welchen Schaden die Flucht des hohen Verfassungsschutzbeamten in die DDR für die Sicherheitsbelange der Bundesrepublik angerichtet hat, ist sofort eine andere getreten, die mit fast ebenso großer Intensität diskutiert wird: wessen Kopf muß rollen, wer wird geopfert, damit der innenpolitische Frieden einigermaßen wiederhergestellt wird? Der Rang des Sündenbocks muß, so viel steht fest, der Größenordnung dieses Skandals angemessen sein.

Wiesbadener Tagblatt

Es schreibt zum Treffen Kohl–Mitterrand:

Dem Treffen Kohl–Mitterrand vom Wochenende haftet für die Öffentlichkeit nichts Spektakuläres an. Tatsächlich sind die deutsch-französischen Chef-Gespräche in den vergangenen Jahren gewissermaßen zur Routine geworden: zwei Nachbarn treffen sich mal eben und erörtern gemeinsam zu lösende Probleme im Interesse beider Länder und des Weltfriedens. Freilich hatte sich vor der Begegnung vom Wochenende reichlich Gesprächsstoff angesammelt, wie bereits der siebenstündige Meinungsaustausch belegt. Nach dem letzten Gipfel, von dem Mitterrand ziemlich verärgert nach Hause ging, war allgemein davon die Rede, daß Kohl bei der Wahl zwischen SDI und Eureka das besondere Verhältnis zu den Franzosen aufs Spiel gesetzt habe. Davon kann keine Rede mehr sein.

Westfälische Nachrichten

Die münstersche Zeitung kommentiert die Auseinandersetzung um das Arbeitskampfrecht:

Je näher der 5. September und die für diesen Tag verabredete „Dreierrunde" von Kanzler, Arbeitgebern und Gewerkschaften rückt, um so höher werden die Erwartungen für dieses Treffen geschraubt. Das vergangene Wochenende mit den zahllosen Interviews, Ankündigungen und sogar Drohungen ist dafür ein beredtes Beispiel. Insbesondere das Gutachten des früheren Arbeitsgerichtspräsidenten Prof. Müller hat die Auseinandersetzungen im Vorfeld des Gesprächs beim Kanzler erheblich belastet. Fast scheint es so, als ob der Streit um das Arbeitskampfrecht den eigentlichen Anlaß des Treffens immer mehr in den Hintergrund drängt: gemeinsame Anstrengungen von Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften zum Abbau der Arbeitslosenzahlen!

Der Wille zum Umweltschutz scheitert an der Wirklichkeit

Zum Beispiel: Tankerreinigungen / Von Georg Bauer

Das Ablassen von ölhaltigen Gemischen und Chemikalien-Abfällen aus Tankern und Frachtern ins Meer muß aufhören, geht aber weiter. Wessen Schuld ist das? Die des Bundes, der norddeutschen Landesregierungen, der Reedereien oder der Justiz?

Jüngstes Beispiel in der Kette der Schuldzuweisungen ist der Vorwurf von Politikern, zum Beispiel des Ministerpräsidenten Barschel, an die Justiz, sie schöpfe die Möglichkeiten des Paragraphen 324 Strafgesetzbuch, der Grundlage für das Vorgehen gegen Umweltverschmutzer, nicht aus. Bei den Strafbefehlen gebe sich die Richterschaft zu bescheiden. Statt ein Bußgeld zu verfügen, das zumindest den Kosten einer ordnungsgemäßen Reinigung entspricht, würden Strafen gefordert, die die Reedereien aus der Portokasse zahlen.

Staatsanwalt und Gerichte, die sich mit einer wachsenden Zahl von Verfahren aufgrund intensiverer Kontrolle in der Deutschen Bucht befassen müssen, konterten mit dem Hinweis auf die Rechtssituation. Es gelte das Verursacherprinzip. Danach darf nur bestraft werden, wer selbst die Ventile geöffnet oder die Anweisung dazu gegeben hat. Der Schuldige ist daher oft der Schiffsjunge, der Durchgriff auf die Reedereien nicht möglich. Nur selten gelingt der Staatsanwaltschaft der Nachweis, daß der Täter auf Anweisung des Kapitäns gehandelt hat. Die Bemessungsgrundlage für das Bußgeld aber ist das Einkommen: die Heuer des Schiffsjungen.

Ist also der Bund als Gesetzgeber im Verzug? Die vier Küstenländer haben ihn aufgefordert, die Möglichkeiten zur Verfolgung von Ölsündern zu verbessern.

Woran liegt es noch, daß die Nordsee weiterhin durch abgelassenes Öl aus Schiffen verschmutzt wird? Nach der Anlage 1 des Marpol-Abkommens, einer staatlichen Übereinkunft über die internationale Seeschiffahrt, die seit dem 2. Oktober 1984 in Kraft ist, müssen in allen Häfen, in denen Schiffe Öl als Massengutladung laden und löschen, und in allen Häfen, die über Reparaturwerften oder Tankreinigungsanlagen verfügen, Auffanganlagen für ölhaltige Gemische zur Verfügung stehen. Dabei allerdings gibt es Engpässe, wie Reeder bemängeln.

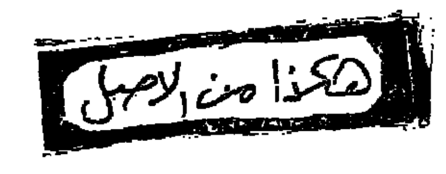
Mit dem Argument, das Ablassen von Öl in die See, das nach dem Marpol-Abkommen bis zu einem gewissen Maß erlaubt ist (sechzig Liter pro Seemeile in der Nordsee, nicht in der Ostsee, die zum „Sondergebiet" erklärt wurde), sei weniger eine Kostenfrage als vielmehr auf die mangelnden Möglichkeiten an Land zurückzuführen, reichen sie den Schwarzen Peter an die Landesregierungen weiter, die eine Arbeitsgruppe beauftragten, über eine kostengünstige und praktikable Entsorgung nachzudenken.

Zur Zeit müssen die Reedereien, wenn sie denn im Hafen reinigen, je nach Größe des Schiffes und nach Art des Produktes bis zu 100 000 Mark für die Säuberung bezahlen. Kostenintensivster Faktor ist dabei die längere Liegezeit im Hafen. Am besten also wären Entsorgungseinrichtungen, die das Schiff zur Zeit des Löschens reinigen; Zeit ist Geld.

Die Lösung eines größeren Problems steht den Ländern auch noch bevor. Wie sollen die chemischen Rückstände aus den Schiffen entfernt werden? Vom 1. April 1987 an müssen (Anhang 2 des Marpol-Abkommens) auch die Chemie-Tankschiffe ordnungsgemäß gereinigt werden.

Bis heute aber gibt es kein Konzept dafür. Kopfzerbrechen bereitet dabei die Tatsache, daß verschiedene Chemikalien wegen ihrer Unverträglichkeit untereinander und wegen ihrer Reaktionen jeweils eine Auffang- und Aufbereitungsanlage benötigen. Für die Häfen ist dies nicht finanzierbar, außerdem eine fast unlösbare Frage das Platzes. Beabsichtigt ist daher, die Tanks im Löschhafen einer Zwangswäsche zu unterziehen und die Waschreste dem Ladungsempfänger zur Aufbereitung mit an Land zu geben. Beschlossen ist allerdings noch nichts, doch wenn nicht bald etwas geschieht, so meinen die Reeder, bleibe nichts anderes übrig, als die Reste weiter ins Meer abzulassen.

Dieser Austausch von Argument und Gegenargument in der Diskussion um die Verunreinigung der Nordsee deckt vor allem ein Dilemma auf: Im Gestrüpp internationaler Abmachungen, nationaler Kompetenzen, Wettbewerbssituationen und Rechtswirklichkeit scheint der Wille zum Umweltschutz den Chancen seiner Realisierung weit vorauszueilen. Den Verantwortlichen stellt sich daher die Frage, ob sie nicht unter Berücksichtigung der Möglichkeiten in einem angemessenen Tempo Maßnahmen zum Schutz der Umwelt beschließen sollten.



Ein Schnäpschen oder ein Unfall, die Werber nutzen alles

Die Agentenwerber des Ostblocks lauern überall. Besonders aktiv widmen sie sich Besuchern aus der Bundesrepublik Deutschland. Ob auf Urlaub, auf Geschäftsreisen oder bei Verwandtenbesuchen: niemand ist vor Lockungen oder Erpressungsversuchen sicher.

Von WERNER KAHL

Das Picknick auf der einsamen Waldlichtung vor den Toren Wiens war nach feiner altenglischer Art organisiert. Aus einem Rolls-Royce älterer Bauart stiegen zwei Gentlemen; der dritte Mann, der als Chauffeur und zugleich Butler auftrat, richtete den Brunch an.

Aus Sorge über den anhaltenden Fahndungsdruck gegen Terroristen in Deutschland hatten die Werber des „DDR"-Geheimdienstes das Kontakttreffen mit einem Hamburger Ingenieur in den Wiener Wald verlegt. Doch das grüne Idyll täuschte die Agentenjäger nicht. Bei der Rückkehr nach Hamburg wurde der umworbene Geheimnisträger von der Abwehr in Empfang genommen und dieser packte aus. *Damit war auch* diese alternative aufwendige Anwerbungsmethode geplatzt.

Die Werbungsaktivitäten in der Spionage gehen in der Mehrzahl von den Geheimdiensten der „DDR" aus. Aber der „große Bruder" im Kreml überläßt das Marketing des Verrats den deutschen Genossen nicht allein, auch wenn der Staatssicherheitsdienst schon wegen der gemeinsamen Sprache für die Agentenrekrutierung prädestiniert ist. In die Werbung investieren auch die Nachrichtendienste Polens, der Tschechoslowakei, Rumäniens, Ungarns und nicht zuletzt das KGB.

Mehr als die Hälfte der erkannten Werbungsbemühungen dieser Staaten richtete sich in den letzten Jahren gegen Bürger der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin. *Zwei Drittel von ihnen wurden* bei Aufenthalten, vor allem bei privaten Besuchsreisen, im kommunistischen Machtbereich angesprochen.

Bei den Anbahnungskontakten bedienen sich die Geheimdienstler der verschiedensten Methoden. Gewöhnlich treten Kontakter mit einer Legende auf, um den umworbenen Westler über ihre Stasi-Herkunft zu täuschen. Bei „Ansprachen" in Ostblockländern reizt der Werber jedoch nicht selten offen mit finanziellen Offerten oder anderen Versprechen.

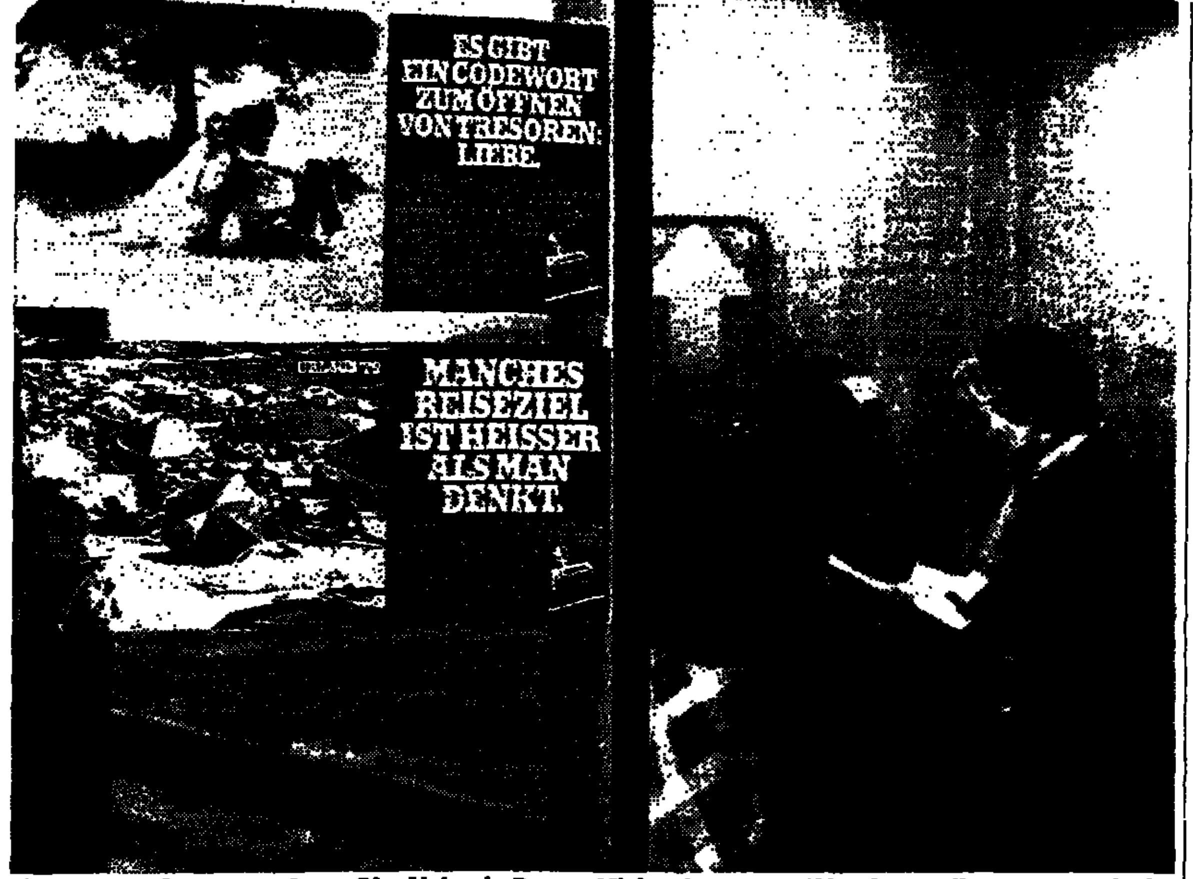
Eine Untersuchung der letzten Zeit listete die Werbungsanstrengungen der gegnerischen Nachrichtendienste nach Berufsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland auf: aktive Angehörige der Bundeswehr und Zivilbedienstete bei den Stationierungsstreitkräften 20,3 Prozent; industrielle und handwerkliche Berufe 18,7 Prozent; selbständige und unselbständige kaufmännische Berufe 15 Prozent; öffentlicher Dienst 15 Prozent; Studenten, Schüler und Auszubildende 8,8 Prozent; qualifizierte technische und naturwissenschaftliche Berufe 6,8 Prozent; geistige Berufe (Professoren, Wissenschaftler, Ärzte, Journalisten und Juristen) 5,5 Prozent; Rentner (ohne Beruf) 5,1 Prozent; Verkehrsberufe (Kraftfahrer u. a.) 4,8 Prozent.

Eine Analyse der Altersstruktur zeigt, daß mehr als zwei Drittel der Angesprochenen zum Zeitpunkt der „Ansprache" zwischen 20 und 40 Jahre alt waren. Das ist das Alter, in dem sie für den gegnerischen Nachrichtendienst in beruflicher Hinsicht „interessante Perspektiven" (Bundesinnenministerium) erwarten lassen.

Der Versuch, potentielle Agenten zu gewinnen, ist beim „DDR"-Geheimdienst nie dem Zufall oder Geschick des einzelnen Werbers überlassen. Vorausgeht eine gründliche Tip-Auslese. Die „Tipper", die der Stasi-Zentrale Daten, Lebensgewohnheiten, spezielle Interessen und berufliche Ziele zuliefern, suchen ihre Opfer überall dort, wo sich ihnen eine Gelegenheit bietet: unter den Besuchern der „DDR", Urlaubern zwischen Thüringen und der bulgarischen Schwarzmeerküste, Geschäftsreisenden, Messebesuchern in Leipzig, Posen oder Brünn.

Der Staatssicherheitsdienst behält selbstverständlich auch die Arbeiter aus der Bundesrepublik im Auge, die auf Montage in den Ländern des Ostblocks sind. „Das Interesse der Nachrichtendienste gilt jedem Menschen, der eine Information liefern kann", betont die Spionageabwehr.

Ist einer der Angesprochenen nicht sofort in der Lage oder gewillt, für den *östlichen Geheimdienst* zu arbeiten, versuchen es die Werber erneut, immer in der Hoffnung, daß sie später seine Unterschrift unter die Verpflichtungserklärung erlangen. Die hohe Ablehnungsquote von mehr als 80 Prozent spornt die östlichen Geheimdienste noch stärker an, die Werbung zu verbessern.



Warnung vor Agentenwerbern: Die Aktion in Bonner Ministerien mußte 1980 eingestellt werden, weil sich Mitarbeiter über das Mißtrauen beklagt hatten FOTO: JUPP DARCHINGER

Jeder Antrag auf ein Visum zur Einreise in die „DDR" wird sorgfältig von den Stasi-Mitarbeitern auf nachrichtendienstlich interessante Personen geprüft. Unter einem Vorwand, den Besucher nach seinen Eindrükken *in der „DDR" zu fragen*, stellen sich Mitglieder sogenannter „Friedenskomitees" oder „Freundschaftsgruppen" zur Begrüßung vor. In diesem Gespräch überraschen die „Friedensfreunde" plötzlich mit detaillierten Kenntnissen über das private und berufliche Leben des Gastes.

In einem Fallbeispiel aus der Praxis der Spionageabwehr legten die Gastgeber bald die Karten auf den Tisch. Unvermittelt zeigten sie sich an Informationen über die in dem Unternehmen des Besuchers hergestellten Bauteile für Waffensysteme interessiert. Die Maskerade war zu Ende. Nach der *Rückkehr* in die Bundesrepublik meldete sich der Techniker beim Verfassungsschutz und berichtete über die seltsame Begegnung im Haus seiner Tante in Jena. Mehr als ein Jahr später konnte aufgrund *seiner Angaben einer der Gesprächs*partner bei dem Versuch, mit dem Besucher erneut ins nachrichtendienstliche Geschäft zu kommen, in der Bundesrepublik Deutschland festgenommen werden.

Die moderne Datenspeicherung, die das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Ost-Berlin ständig erweitert, verschafft den östlichen Geheimdiensten ein immenses Wissen. Mit Computern kann der Nachrichtendienst jederzeit bei Bedarf umfassende Persönlichkeitsprofile abrufen.

Das Mosaik tragen Helfer zusammen, die als geheime Mitarbeiter am Ort tätig sind. Unter glaubhaften Legenden holen sie Auskünfte von Einwohnermeldeämtern oder Versicherungsgesellschaften ein; sie hören sich in der Nachbarschaft um, ziehen Anschriften *aus* Telefon- und Adreßbüchern und versuchen, durch anonyme Anrufe oder unter irgendeinem Vorwand beim Arbeitgeber Angaben über die berufliche Situation des Betroffenen zu erschleichen.

Passiert ein Mann oder eine Frau, die den Geheimdienst interessieren, die Grenze, liegen über den Reisenden bereits alle wichtigen Informationen vor. Von diesem Moment an bewegt er sich im Netz eines raffinierten Kontrollsystems, in dem fast jeder Schritt registriert werden kann.

Bei privaten Reisen werden in der „DDR" dann die Besuchten beauftragt, Begegnungen mit Vertretern der Staatsorgane in der Wohnung zu arrangieren. Ebenso nimmt der Ge*heimdienst Besuche zur Erledigung* von Formalitäten bei Behörden oder eine Veranstaltung zum Anlaß, sich an den West-Gast heranzumachen.

Angehörige des militärischen Nachrichtendienstes treten häufig als Mitarbeiter von wissenschaftlichen Institutionen, Arbeitskreisen und Forschungsgruppen auf; andere Anbahner stellen sich als Journalisten oder Behördenangestellte vor.

Das alte nachrichtendienstliche Mittel des Druckes und der Erpressung ist dabei selbstverständlich nicht verpönt. Etwa zehn Prozent der Anbahnungen gelangen in den letzten Jahren nach Rechtsverletzungen. Dazu gehören Vorwürfe, der „DDR"-Besucher habe einen *Verkehrsunfall* verschuldet oder sich nach einem Schnäpschen an das Lenkrad seines Wagens gesetzt; der Reisende sei in unzulässige Devisengeschäfte verwickelt gewesen oder habe verbotenerweise militärische Anlagen, Fahrzeuge, Häfen, Bahnhöfe oder Telegrafenanlagen fotografiert.

In anderen Fällen wurde dem Besucher aus dem Westen vorgeworfen, er habe Einreise- und Meldevorschriften verletzt oder gegen Ein- oder Ausfuhrbestimmungen verstoßen.

Psychologisch geschulte Agentenwerber versprechen sich bei den mit den Verhältnissen nicht vertrauten und ängstlichen Besuchern ein leichtes Spiel. In den „Gesprächen" wenden *sie eine Zermürbungstaktik* an. Mal drohen sie mit den Folgen der Vergehen, mal locken sie mit Großzügigkeit in der Erwartung, daß der so weichgeklopfte Gast aus dem Westen schließlich eine Verpflichtungserklärung etwa des Inhaltes unterschreibt: „Ich verpflichte mich, für die DDR sowie zur Sicherung des Friedens in Europa, Informationen und Dokumente zu übermitteln. Jede Seite verpflichtet sich, Stillschweigen gegenüber Dritten zu bewahren."

Morgen: Die Tricks östlicher Agentenwerber in der Bundesrepublik

Der Lehrer der Rebellion tritt in den Hintergrund

Seit einem Vierteljahrhundert stand Julius Nyerere an der Spitze Tansanias. Nun tritt der Mann, der mit seiner Lehre vom afrikanischen Sozialismus scheiterte, als Staatspräsident zurück. Doch die Fäden der Macht liegen weiter in seiner Hand.

Von HEINZ BARTH

Er *konnte es nie vertragen, wenn* die Wirklichkeit mit seinen Theorien des Sozialismus auf afrikanisch in Konflikt geriet. Julius Kambarage Nyerere, eines von 26 Kindern des Häuptlings eines der kleineren Stämme im ostafrikanischen Tanganjika, getaufter Katholik, auf englischen Missionsschulen erzogen, Master of Arts der Universität von Edinburgh, geformt von der Sozialethik der britischen Fabian Society, wird im Oktober die Präsidentschaft von Tansania niederlegen – eines Landes, das für afrikanische Verhältnisse einmal als zukunftsreich galt, aber in über zwei Jahrzehnten eines absolutistischen Regiments wirtschaftlich ruiniert wurde.

Der erst 63jährige Nyerere war mehr als ein praktisch allmächtiger Staats- und Parteichef, mehr auch als der intellektuelle Dirigent der afrikanischen „Frontstaaten", der jegliche Schuld am Versagen seines Systems automatisch dem Neokolonialismus, der seinen Ansprüchen nie genügenden Entwicklungshilfe des Westens, dem „Imperialismus" der großen Industrieländer, der monopolkapitalistischen Verschwörung und der Knauserigkeit der Weltbank zuschob.

Nyerere hatte über die politische Machtstellung im eigenen Land hinaus einen erzieherischen Einfluß auf die Mehrheit der Staaten des Schwarzen Kontinents, der die Mentalität von Millionen Afrikanern umformte. Die Stämme Tansanias hatten ihm einen der vollmundigen Ehrentitel verliehen, mit dem sich Diktatoren jeglicher Provenienz gern schmücken lassen: „Mwalimu", Lehrer.



Der „Mwalimu": Julius Kambarage Nyerere FOTO: CAMERA PRESS

Als Lehrmeister der afrikanischen Rebellion gegen die bestehende Weltordnung durfte er sich in der Tat fühlen. Mit Ausnahme einer Minderheit schwarzafrikanischer Länder, denen die Vorzüge einer funktionierenden Demokratie und freien Marktwirtschaft nicht entgangen sind, hatte er sich den durchaus berechtigten Anspruch erworben, als Vordenker der Revolutionierung Afrikas anerkannt zu werden.

Und als Literat, der Shakespeare-Dramen („Der Kaufmann von Venedig" und „Julius Cäsar") *in Suaheli* übersetzt hat, als Ehrendoktor amerikanischer und englischer Universitäten *fand der Reformer* Nyerere *im* Westen, nicht zuletzt auch in der Bundesrepublik viel Anerkennung, ja Bewunderung. Sein akademisches Prestige trug dazu bei, Tansania laufend eine Entwicklungshilfe zu verschaffen, die pro Kopf der Bevölkerung die jedes anderen afrikanischen Landes übertraf. Er fand, daß ihm das einfach zustand. Zu selbstbewußt, um dem in *Afrika verbreiteten Laster der* Korruption zu verfallen, obgleich er wenig gegen den korrupten und aufgeblähten Staatssozialismus Tansanias unternahm, fühlte er sich berufen, aller Welt Lektionen in Regierungsweisheit zu erteilen.

Herablassung und Selbstgerechtigkeit haben ihn bei anderen afrikanischen Staatschefs, die mit seinem intellektuellen Niveau nicht Schritt halten konnten, kaum populärer gemacht. Es gab manche Widerstände, bevor er zum Vorsitzenden der *Organisation* Afrikanischer Staaten gewählt wurde. Er verdankte die relative Stabilität seines Regimes dem Umstand, daß in Tanganjika Stammesrivalitäten nie die gleiche Rolle spielten wie in den meisten afrikanischen Ländern, die gleichzeitig die Unabhängigkeit erlangt hatten. Obzwar nur einem der kleineren Stämme angehörend, bereitete es ihm keine Schwierigkeiten, bei den Wahlen von 1960 mit der von ihm mitbegründeten TANU-Partei (Tanganjica African National Union), noch vor Ausrufung der Unabhängigkeit, 70 von 71 Mandaten zu erringen.

Seine Anfänge als Ministerpräsident und später als Staatsoberhaupt wurden von den internationalen Medien reichlich mit Vorschußlorbeeren geschmückt. Die Arusha-Erklärung von 1967, die einen Sozialismus der Eigenständigkeit proklamiert hatte, erwies sich als krasse Selbsttäuschung, nachdem sich herausgestellt hatte, daß Tansania, auch nach der für Tanganjika einträglichen Vereinigung mit Sansibar, in steigendem Maß von Auslandshilfe abhängig wurde. Nyerere hatte sich inzwischen *aus dem Dunstkreis des amerika*nisch-sowjetischen Großmachtkonfliktes zurückgezogen und Kontakte mit Peking gepflegt, wo er in Zhou Enlai einen seinem politischen Habitus angemessenen Partner und großzügige militärische Hilfe fand.

Immerhin reichten sein Charisma und seine subtile, jedoch keinesfalls zartbesaitete Machtpolitik, um die halbherzigen Putschversuche zu überstehen, die gegen ihn in großen Abständen unternommen wurden. Es hat auch unter ihm nicht an Verhaftungen ohne Prozeß und an polizeilicher Willkür gefehlt. Die Gefängnisse füllten sich mit „Wirtschaftssaboteuren", denen die Schuld am Versagen seines „Sozialismus der Brüderlichkeit" aufgebürdet wurde. Doch Dschungel-Putschisten *konnten* gegen eine Persönlichkeit seines Zuschnittes schwer ankommen.

Es war sicher kein Zufall, daß er schon 1982 begonnen hatte, die Tansanier auf seinen Rücktritt als Staatschef in diesem Herbst vorzubereiten. Auch konnte ihm kaum entgangen sein, daß etwas mit seinem System in Tansania nicht stimmte, das heute zu *den ärmsten Ländern Afrikas gehört*, nachdem es in der Kolonialzeit beträchtliche Überschüsse aus Agrar*exporten erzielt hatte. Mißwirtschaft*, Zwangsumsiedlung der Landbevölkerung in kontrollierte Dörfer, unterbezahlte Agrarprodukte und ein korrupter Staatsmonopolismus drängten die Tansanier auf den Schwarzmarkt.

Unter diesen Umständen war es nicht überraschend, daß der „Lehrer" die Verantwortung für das Scheitern seiner Wirtschaftspolitik nicht mehr allein tragen wollte. Gegen seinen hinhaltenden Widerstand mußte sich Tansania vor einem Jahr zu Verhandlungen über die strengen Bedingungen des Internationalen Währungsfonds bequemen, der auf Abwertung, auf Wegfall des staatlichen Subven*tionismus* und auf Revision des gescheiterten Nyerere-Systems beharrt. Doch es dürfte dem „Mwalimu", der den Kapitalismus und seine Schwächen in den Dienst des Sozialismus zu stellen gedachte, nicht leichtfallen, das Wirtschaftsfiasko auf andere Schultern abzuwälzen. Die neue Verfassung Tansanias, die die Amtszeit des Staatschefs auf zweimal fünf Jahre *beschränkt, aber der Einheitspar*tei praktisch unbegrenzten Einfluß auf die Regierung garantiert, dient ihm als Anlaß, die Verantwortung in andere Hände zu legen.

Mehr als ein Ablenkungsmanöver, das den Anschein der ideologischen Überfrachtung des Regimes abbauen soll, ist das natürlich nicht. Nyerere denkt nicht daran, die Position des Parteichefs aufzugeben, die ihm bis 1987 sicher ist – und wahrscheinlich darüber hinaus. Die „Politik des *Wechsels", zu der ihn die finanzielle* Misere seines Landes zwingt, kann kaum tief reichen, solange er vom ideologischen Hochsitz des allmächtigen Parteivorsitzenden die Situation kontrolliert.

Von den zahlreichen möglichen Nachfolgern als Staatschef, deren Namen auf dem politischen Kurszettel notiert wurden, hat keiner das Ziel erreicht. Nyereres Wahl fiel auf einen krassen Außenseiter, den 60jährigen Präsidenten der halbautonomen Verwaltung von Sansibar, Ali Hassan Mwinyi, der sich dort durch eine realistische Wirtschaftspolitik hervortat, aber ideologisch ganz auf der Linie Nyereres liegt. Der neue Mann quittierte seine fast einstimmige Wahl durch den Parteikongreß mit dem denkwürdigen Bekenntnis: „Ich bin mir bewußt, daß Mwalimu Nyerere da ist. Er ist ein Geschenk Gottes. Die Tansanier sollten nicht erwarten, daß ihnen ein solches Geschenk noch einmal zuteil wird."

Soviel über den „Wechsel", der in Tansania inszeniert wird.

Neben ‚Madame Pompadour' wartet eine Wanne auf Penner

Menschliches Strandgut werden sie genannt: Penner, Prostituierte, Süchtige. Einer der Strände, wo sie anlanden, ist *die Reeperbahn*. Ein besonderes Pflaster für die Heilsarmee, die sich um Leib und Seele der Gestrandeten kümmert.

Von HERBERT SCHÜTTE

Die Badewanne war ein Geschenk. *„Wir hatten lange dafür gebetet"*, sagt Pastor Dankmar Fischer vom Missionsteam Hamburg. Jetzt stand sie – mit hübschen Kacheln verkleidet – in einem blitzsauberen Zimmer im ersten Stock des Heilsarmeequartiers in einer Nebenstraße der Reeperbahn. Ein 70jähriger Stadtstreicher durfte sie einweihen. „Ich fühle mich herrlich", gestand der Penner, *als er nach einer* halben Stunde das Gemach verließ. „Und außerdem hat mich das junge Mädchen, das mir ein frisches Handtuch hinlegte, auch noch gesiezt."

Ein Mensch war zufrieden, vielleicht *glücklich – für diesen Tag. Heu*te läuft er vermutlich schon wieder struppig und weniger angenehm duftend mit seiner gesamten Habe, der obligaten Plastiktüte, durch St. Pauli. „Wir setzen bei den einfachsten Bedürfnissen der Leute an – und unsere ‚Kunden' sind die, die normalerweise auf der Parkbank übernachten", bekennt sich Fischer zu der Leitlinie des Heilsarmee-Gründers *William* Booth, die – in dieser Rangfolge – lautet: „Suppe, Seife, Seelenheil".

Doch wie kommt ein Team, das sich vorwiegend aus jungen Mädchen, Töchtern bürgerlicher Familien, aus einer heilen, meist kleinstädtischen Umwelt zusammensetzt, in der Kontrastwelt der Reeperbahn und ihrer *Nebenstraßen zurecht?* Verlauste Gammler und abgetakelte Prostituierte, Punker und Drogenabhängige *läuten* an der Tür Talstraße 13. Wie lange dauert es, bis die Tochter eines Ingenieurs, die kurz nach dem Abitur mutig, aber *unwissend in* den Sündenpfuhl springt, um ihn trockenzulegen, kalte Füße bekommt und den *Kampf aufgibt?*

Anette (21), aus Heilbronn, macht ihr Diakonisches Jahr auf St. Pauli. „Ich kann diese Menschen sehr lieb haben", sagt sie. Besonders junge Leute aus Süddeutschland, die im Hamburger Hafenviertel gestrandet sind, fühlen sich gut aufgehoben, wenn sie bei Anette den heimischen Dialekt vernehmen. Sonja, 20jährige Abiturientin aus Dreistiefenbach bei Siegen, bekennt: „Wenn man von einem kleinen Dorf stammt, kommt man noch mit sehr viel Naivität." Doch die Faszination, etwas ganz Neues zu tun, überwiegt gelegentliche Anflüge von Resignation und läßt die Erfahrung vergessen, „daß einige unserer Gäste arg stinken".

Die 26jährige Esther kann als Krankenschwester des Hamburger Universitätskrankenhauses nur an freien Tagen einspringen. Sie tut es gern, auch wenn *sie einräumt, daß* „der viele Schmutz Überwindung verlangt". Dankmar Fischer, seit 18 *Jahren* von seiner Evangelisch-Methodistischen Kirche für diese Arbeit der Heilsarmee freigestellt, sieht seine besten Mitarbeiter bei denen, „die wie ich vom Lande kommen". Ein Rezept gibt er ihnen mit auf den Weg: „Wehe, wenn ein Jugendlicher überheblich wird." Auf die Erkenntnis, warum seine weiblichen Teammitglieder so unbefangen mit den Menschen des St.-Pauli-Milieus umgehen können, hat ihm ein sonst sehr hartgesottener „Kunde" gestoßen, als er sagte: „Ich erlebe eure Mädchen anders als andere Mädchen – sie tragen alle einen unsichtbaren Schleier." Fischer folgert daraus: „Es gibt eine geheimnisvolle Balance, auf der einen Seite eine gewisse Distanz zu schaffen, aber gleichzeitig mit unse*ren Gästen liebevoll umzugehen*. Jedes Teammitglied muß da seinen eigenen Stil finden."

Simon aus Konstanz, der in der französischen Begegnungsstätte Taizé ein Mädchen aus der Missionsarbeit kennengelernt und durch sie für das Engagement auf St. Pauli Feuer gefangen hatte, fand seinen Stil durch *ein offenes Springmesser, das gegen* ihn gerichtet war: Ein „ausgerasteter" junger Mann bedrohte ihn, eine Stunde lang redete Simon auf ihn ein – dann klappte das Messer zu. „Durch ihn bin ich in ganz andere Kreise gekommen", berichtet der 20jährige Ersatzdienstleistende. „Ich bin jetzt voll in der Jugendarbeit tätig." Eine Arbeit mit 35 bis 40 Leuten, viele von ihnen Alkoholiker.

Fischer, der sich bei seinen Predigten gern mit den Abmessungen „1,97 Meter groß, Schuhgröße 49" vorstellt und damit auf Anhieb ein Stück Zaun zwischen Prediger und Penner einreißt, ist ein straffer Organisator – muß es sein, sonst ginge er in diesem Milieu selber baden. Kaffeestunde, Freiversammlungen, Kleiderausgabe – erst vor wenigen Tagen wurden sechs Tonnen Textilspenden angeliefert –, Bibelstunde, Coffeebar, Beratungsstunde – das 15-Mann-Team hat einen genauen Zeitplan. Ergebnis: 50 bis 60 Wochenarbeitsstunden, und *das alles für ein einheitliches* Taschengeld von 150 Mark.

Der Jahresetat beträgt 300 000 Mark. Vor vier Jahren waren es 80 000 Mark; aber auch nur sechs Mitarbeiter. „Wir haben jeden 1000-Mark-Schein neu erbetet", sagt Fischer. Hilfe kommt oft von unerwarteter Seite: So stellte eine wohlhabende Gemeinde der Landeskirche im Elbvorort Blankenese gut 20 000 Mark Überschuß von einem Bazar zur Ver*fügung. Eines Tages standen* 30 hochreputierliche Damen und ein Herr aus Hamburgs feinster Gegend vor der Tür an der Talstraße, dort, wo nebenan der Club „Madame Pompadour" und die „Ritze" um Kundschaft werben und wo in einschlägigen Etablissements zur Zeit das „Happy Weekend" – was immer darunter verstanden werden darf – um 25 Prozent ermäßigt worden ist.

Als die Damen den Aufenthaltsraum betraten – mit 70 Gammlern ziemlich voll besetzt – waren sie etwas schockiert. Und als der Blankeneser Herr sich dem Plenum als Arzt vorstellte und dafür mit dem Zuruf „Du bürgerlicher Stinker" begrüßt wurde, wuchs das Entsetzen. Doch der Schock verflog. Und der Scheck blieb.

Der geistliche Ertrag? Fischer erlebt nach eigenen Worten „kaum einen Sonntag, an dem nicht jemand an der Bußbank niederkniet". Aber er gibt auch offen zu, daß „mancher unter ihnen durch unsere Arbeit angedieselt wird und schnell wieder abspringt". Doch es bleiben auch ein paar, „die sich für Jesus entscheiden". Die Adresse des 1897 ursprünglich als Gewerkschaftshaus errichteten, *immer wieder reparaturanfälli*gen und damit kostenträchtigen Gebäudes ist weit über die Grenzen St. *Paulis hinaus ein Begriff*, Fischer bekannt wie ein bunter Hund.

Ein Brief mit der Anschrift „An die *Oberin der St.-Pauli-Mission" wurde* prompt zugestellt. Die Post weiß, wer in einem solchen Fall gemeint ist. Die *sogenannten „frommen Kreise"* wissen es auch: Sie laden Fischer und seine Mitarbeiter, vielleicht mit ein paar Bekehrten aus der Gosse, gern zur Verkündigung in ihr Gotteshaus ein. Doch Fischer läßt diese Menschen nicht gern als „Rennpferde" gebrauchen. Er ist allerdings froh, daß er nicht mehr wie zu Beginn seiner Arbeit die Kneipen und den Kiez durchkämmen muß, „sondern daß heute die Leute zu uns kommen". Für ihn ist inzwischen „eine Woche mit weniger als 500 Gästen eine Seltenheit". Frauen sind dabei in der Minderheit.

Vor wenigen Tagen trat eine Punkerin auf Fischer zu. 16 Jahre alt, schon mit 14 nahm sie Drogen. Fischer: „Ich habe noch nie ein so altes Gesicht bei einer 16jährigen gesehen." Das Mädchen Tina nahm die Badewanne in Anspruch, froh über die Annehmlichkeiten einer Reinigungsprozedur. Ihr Hund durfte solange in einem Nebengelaß Platz nehmen. „Er ist", so sagte Tina in einem Anflug von Selbstironie – „genauso verhaltensgestört wie ich: er bellt nicht." Die Badewanne hat gewirkt: Tina kommt wieder.



Einsatzgebiet Reeperbahn: Heilsarmee-Prediger Dankmar Fischer bietet „Suppe, Seife, Seelenheil" FOTO: CHRISTA KUJATH

Kommunen um mehrere Millionen Mark geprellt

Umfangreicher Bestechungsskandal in Braunschweig vor Gericht

mj. Braunschweig

Mit der ersten Anklageerhebung *beim Landgericht* Braunschweig rollen die Strafverfolgungsbehörden von heute an den offenbar *umfangreichsten* und schadenträchtigsten Bestechungsskandal Niedersachsens auf. Bauunternehmer und Kommunalbeamte sollen sich in jahrelangem *Zusammenspiel zu Lasten* der Stadt Braunschweig, der Großgemeinden Oberharz (Clausthal), Boldecker Land (bei Wolfsburg), Baddeckenstedt (bei Salzgitter) und eines kommunalen Wasserzweckverbandes in Millionenhöhe bereichert haben.

Allein die Gemeinde Baddeckenstedt wurde nach Angaben der Staatsanwaltschaft *um mindestens* 1,3 Millionen Mark geprellt. Sechs Staatsanwälte, zwei Steuerfahnder und zehn Kriminalbeamte ermitteln seit Dezember 1984 gegen fünfzehn Hauptverdächtige sowie weitere 35 vermutlich Tatbeteiligte.

Im Falle des bisher „größten Brokkens" Baddeckenstedt steht jetzt der 45jährige *Chef einer Tiefbaufirma* aus Clausthal-Zellerfeld unter Anklage. Seinem Geständnis zufolge hat er zwischen 1979 und 1983 an den Kämmerer der Gemeinde sowie einen leitenden Mitarbeiter eines Braunschweiger Ingenieurbüros, das kommunale *Bauarbeiten* zu beaufsichtigen hatte, 130 000 Mark Bestechungsgelder gezahlt. Mit Deckung des Kämmerers soll allein von dieser Seite *die Gemeinde durch fingierte* Rechnungen um 210 000 Mark geschädigt worden sein.

Der 38jährige Kämmerer wird zusammen mit seiner Ehefrau und einem weiteren Tiefbauunternehmer aus Salzgitter im Herbst vor Gericht stehen. In *diesem Fall sollen Ende* 1980 etwa 350 000 Mark aus Baddeckenstedt an die Baufirma geflossen sein – gegen Rechnungen, für die „kein einziger Spatenstich" ausgeführt wurde. Dafür erteilte der Kämmerer privat Aufträge für Bau und Einrichtung seines *Eigenheimes*.

Den „Reingewinn" hätten sich der *Unternehmer, der Kämmerer und* jenes Braunschweiger Ingenieurbüro geteilt, das nach Angaben des Braunschweiger Staatsanwalts Hans Grasemann „als Querverbindungs-Scharnier" zwischen den verschiedenen Korruptionsfällen gelten muß.

Der Umfang der Ermittlungen ist, wie Grasemann der WELT mitteilte, „bei *weitem noch nicht* ausgeschöpft". Erst vor einer Woche wurde in der Welfenstadt der 48jährige Prokurist einer ortsansässigen Tiefbaufirma festgenommen, weil er gemeinsam mit einem Angestellten des städtischen Tiefbauamtes die Stadt Braunschweig um mindestens 40 000 Mark betrogen haben soll.

„Außergewöhnliches Vorgehen der Anklage"

Am Donnerstag beginnt in Bonn der Prozeß um die Flick-Spenden / Verfahrensstreit nicht ausgeschlossen / Lambsdorff von Freispruch überzeugt

STEFAN HEYDECK, Bonn

In der Flick-Affäre beginnt am Donnerstag die zweite spektakuläre Runde vor den Augen der Öffentlichkeit. Zunächst hatte der parlamentarische Untersuchungsausschuß des Bundestags in monatelangen, zähen Befragungen von prominenten Zeugen aus Politik und Wirtschaft nach zu ziehenden politischen Konsequenzen geforscht. Jetzt geht es im Strafverfahren vor dem Bonner Landgericht für die ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und Hans Friderichs (beide FDP) sowie den früheren Konzern-Manager Eberhard von Brauchitsch um Freispruch oder Verurteilung. Nach vorsichtigen Schätzungen wird es mindestens ein Jahr dauern, bis der Vorsitzende, Richter Hans-Henning Buchholz, die Entscheidung der 7. Großen Strafkammer verkünden wird. Dabei wird in dem Mammut-Prozeß bis zum Jahresende an zwei Tagen, von 1986 an sogar voraussichtlich an drei Tagen pro Woche ganztägig *verhandelt*.

Die Ermittlungsbehörden haben unter Leitung von Oberstaatsanwalt Dieter Irsfeld Anklage in fünf Fällen erhoben, bei denen es um Beträge in Millionenhöhe geht:

- Gegen Brauchitsch und Friedrichs wegen Bestechung beziehungsweise wegen Bestechlichkeit.
- Gegen Brauchitsch und Lambsdorff wegen derselben Vorwürfe.
- Gegen Brauchitsch wegen Steuerhinterziehung unter anderem im Zusammenhang mit der Parteienfinanzierung.
- Gegen Friderichs wegen Steuerhinterziehung während seiner Tätigkeit als Vorstandssprecher der Dresdner Bank im Zusammenhang mit den als Spendenwaschanlagen eingestuften staatsbürgerlichen Vereinigungen.
- Gegen Lambsdorff wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung gegenüber elf *aus der Wirtschaft stammenden* Spendengebern.

Unmut der Betroffenen

Bei den Anklagen wegen Bestechung und Bestechlichkeit – zunächst wurde wegen Vorteilsnahme und Vorteilsgewährung ermittelt – geht es um die steuerbegünstigte Wiederanlage des 1,9-Milliarden-Mark-Erlöses aus dem Verkauf des Daimler-Benz-Aktienpakets durch Flick. Hier will die Staatsanwaltschaft nachweisen, *daß im Zusammenhang* mit der Genehmigung nach dem Steuersparparagraphen 6 b Brauchitsch Geld an Friderichs und Lambsdorff gezahlt hat.

Auch wenn die Verteidiger verständlicherweise ihre Strategie nicht offenlegen, ist ein Verfahrensstreit zu Prozeßbeginn nicht ausgeschlossen. *Das nicht nur wegen der vom Lambs*dorff-Anwalt Egon Müller kritisierten „außergewöhnlichen Vorgehensweise" der Bonner Staatsanwaltschaft. Nach seinen Worten hat der FDP-Politiker wegen „der Schwere des Vor*wurfs der Bestechlichkeit eines* Ministers" und der „verfahrensrechtlich nur losen Verbindung" zum Vorwurf der Beihilfe zur Steuerhinterziehung Anspruch auf eine vorgezogene Klärung der Bestechlichkeitsanschuldigung. Lambsdorff selbst hatte wiederholt erklärt: „Ich habe in meiner Zeit als Minister von der Firma Flick weder Geld erhalten noch angefordert oder vermittelt."

Natürlich herrscht bei den Beschuldigten, die bisher keinerlei Kritik am Gericht geübt haben, nach wie vor Unmut über die Staatsanwaltschaft. Das zum einen, weil Ermittlungsakten in den Besitz von Medien gerieten. Zum anderen wird inzwischen 20 *Monate* lang, seit der aufsehenerregenden Pressekonferenz der Ermittlungsbehörde am 29. November 1982, über die Vorgänge berichtet, ohne daß die Betroffenen sich vor einem unabhängigen Gericht dazu äußern konnten.

Hinzu kommt, daß die Staatsanwaltschaft laut Müller „mit besonderer Eile" und „unter Verkürzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör" am 4. Januar die Anklage wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung nachgeschoben hatte. Dabei habe sie selbst jeden rechtlichen Zusammenhang mit dem anderen Fall verneint. Wegen dieses Vorgehens hatte dann die für den 10. Januar angesetzte Prozeßeröffnung aufgehoben werden müssen.

Auch *hieraus könnten sich für den* Verfahrensablauf Schwierigkeiten ergeben. Denn mit Ausnahme von Brauchitsch ist noch gegen keines der anderen zehn Unternehmen Anklage wegen Steuerhinterziehung bei Parteispenden erhoben worden. Von *den meisten wurden noch nicht ein*mal Steuernachzahlungen verlangt.

Offene Fragen

In einem Fall stellte eine andere Staatsanwaltschaft sogar die Ermittlungen gegen einen Spender, dessen Name noch in der Anklageschrift enthalten ist, mit der Begründung „nicht verfolgbar" und „nicht strafbar" ein.

Das Landgericht wird aller Voraussicht nach vor einem Urteil nicht um die Prüfung umhin können, ob diese Unternehmen Steuerhinterziehungen begangen haben. Die wären dann gezwungen, *aus ihrer Zeugenrolle* heraus ihre Verteidigung zu führen. Erst wenn hier in jedem Einzelfall Klarheit besteht, könnte Lambsdorff möglicherweise wegen Beihilfe belangt werden; denn andernfalls könnte dies für die Beschuldigten eine Art „Vorverurteilung" bedeuten. Eine weitere, nicht unerhebliche Rolle dürfte die Frage spielen, ob die Finanzverwaltungen – auch in Nordrhein-Westfalen – Kenntnis vom Charakter der damals als gemeinnützig *eingestuften Organisationen* aller Parteien gehabt und diesen gebilligt hatten. Auch die Untersuchung dieses Themas, so Lambsdorff, „würde zu interessanten Zeugen führen".

Im Gespräch mit Journalisten bekräftigte der Politiker, der sein „großes Interesse" an einer baldigen Klärung betonte, noch einmal, daß er kein Geld „in die *eigene Tasche*" gesteckt hat. Er werde aber auch nichts *unternehmen*, um möglicherweise zu Lasten anderer „schneller herauszukommen". Dabei weiß er, daß die nächste Zeit „eine Leidensphase" sein wird. Dies schon wegen des Zeitaufwands und weil er bei der Behandlung von Fragen „dabeisitzen" müsse, die „*mich* nichts angehen".

Er ist überzeugt, daß er am Ende des Verfahrens einen Freispruch erhält. Deshalb wird er auch trotz der Bedeutung des Vorwahljahres 1986 für sich und die FDP seine „politische Präsenz" behalten: „Eine Aufgabe wird es *nicht* geben." Im Gegenteil: Lambsdorff will wieder für seinen alten Listenplatz bei den Bundestagswahlen, wieder für seinen Posten als *stellvertretender FDP-Chef* in Nordrhein-Westfalen und für das Par*teipräsidium kandidieren*. Überhaupt will er weiter „ganz entscheidenden Einfluß" in der Bundestagsfraktion und in seiner Partei nehmen.

Johannes Rau und die plötzliche Reiselust

WILM HERLYN, Düsseldorf

Als Botschafter von Nordrhein-Westfalen verstand sich Ministerpräsident Johannes Rau bislang, wenn er auf Reisen ist. Aber es steckte auch schon immer ein wenig mehr dahinter: Rau sollte langfristig aufgebaut werden und als „Enkel" von SPD-Chef Willy Brandt einen weltgewandten Schliff erhalten. Der Charme des Geburtsortes Wuppertal-Barmen reicht eben nicht aus, wenn höhere *Weihen winken – und für die* SPD ist Rau „allerste Wahl" (Brandt).

Vorsorglich gab denn der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung schon bekannt, er werde – *zum* Wohl des Landes – viel auf Reisen sein. Soviel, daß manche argwöhnen, er habe zum Regieren gar keine Zeit mehr. So erstaunt der Fahrplan nicht, den jetzt die Düsseldorfer Staatskanzlei herausgegeben hat. Vom 8. bis 11. September reist Rau nach Moskau zu „politischen Gesprächen und Wirtschaftsverhandlungen". Noch sind die Gesprächspartner nicht bekannt, aber es ist sicher, *daß* er die erste Garde im Kreml treffen wird. Denn *auch dort sind die Ambitionen* der SPD bekannt, Johannes Rau zu überreden, die Kanzlerkandidatur für das Wahljahr 1987 anzunehmen.

Rau ist kein Unbekannter in der Sowjetunion. Seine erste Begegnung *im Herbst 1981 mit dem damaligen* Staats- und Parteichef Leonid Breschnew fand zu einem denkwürdigen Zeitpunkt statt: Eine Woche nach der ersten großen Friedensdemonstration – Bundeskanzler Helmut Schmidt lag im Koblenzer Bundeswehrkrankenhaus, ihm war gerade ein Herzschrittmacher eingesetzt worden. Es war Schmidts Auftrag für Rau, dem Kreml-Herrscher klarzumachen, *daß die Friedensbewegung* nicht einseitig antiamerikanisch sei. Rau erklärte Breschnew, dies sei eine „Fehlinterpretation" der Russen, die Friedensbewegung fordere auch die gleichwertige Abrüstung der russischen SS-20-Raketen. Damals bewies Rau Standfestigkeit auf dem glatten diplomatischen Parkett.

Der Moskau-Reise schließt sich eine Visite in Österreich an, und auf dem weiteren Programm stehen Besuche in Paris, Genf, Saudi-Arabien, Washington und Peking. Die Reisen sind langfristig vorbereitet. So heißt es in einer Notiz seiner Berater: „Es *erscheint nach dem Besuch von Präsident Reagan in der Bundesrepublik im Zusammenhang* mit dem Weltwirtschaftsgipfel und dem 8. Mai dringend ratsam, daß Ministerpräsident Rau regelmäßig die USA besucht." Zuletzt war er im Frühjahr in Washington und Pittsburgh.

Daß seine Berater vorgeschlagen haben, die UdSSR-Reise auf Mitte September zu legen, scheint verständlich. Denn am 13. September wird der 30. Jahrestag der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion gefeiert – und es ist absehbar, daß dieses Ereignis von den beiden Regierungen entsprechend gewürdigt wird. Wie gut, sagte die *Staatskanzlei*, wenn dann der SPD-Wunschkandidat kurz zuvor die Schlagzeilen auf sich zieht.

Großes Interesse zeigt Rau selbst an einem erneuten Besuch Israels, wobei ins Gewicht fällt, daß die gegenwärtige Regierung unter Ministerpräsident Perez langjährig gute Ver*bindungen* zur SPD pflegt.

Die CDU-Opposition reagiert gereizt und wirft Rau vor, er absolviere ein „internationales Jet-set-Show-Programm". *Die Unionspolitiker* argwöhnen offenbar, daß sach- und lan*despolitisch nur wenige konkrete* Ergebnisse dabei herumkommen. Und da hat Nordrhein-Westfalen in der Tat einen starken Nachholbedarf.

Grüne Energie-Wende

***Niedersachsens Alternative* stellen der SPD Konditionen**

MICHAEL JACH, Hannover

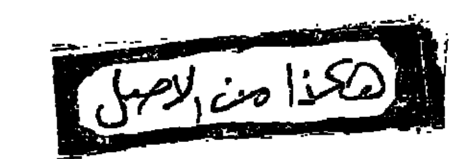
Mit einem „Ausstieg aus der Atomenergie" innerhalb von sechs Monaten wollen die niedersächsischen Grünen nach der Landtagswahl 1986 eine „*Energie-Wende*" zwischen Weser und Elbe einleiten. Der energiepolitische Sprecher der derzeitigen Grünen-Landtagsfraktion, Horst Schörshusen (Buxtehude), und der bereits nominierte Lüchow-Dannenberger Landtagskandidat Hannes Kempmann ließen gestern bei der Vorstellung des entsprechenden Wahlprogramm-Teilentwurfs in *Hannover* keinen Zweifel, daß auf den SPD-Spitzenkandidaten Gerhard Schröder als möglichen künftigen Bündnispartner damit eine gewichtige Herausforderung zukommt. In den Programmaussagen der Landes-SPD wird eine *Stillegung* von *Kernenergie-Anlagen* „auf längere Sicht" befürwortet; dies angesichts von SPD-Kreisverbänden wie in Stade oder Lüchow-Dannenberg, bei denen Betrieb und Ausbau der örtlichen Kraftwerks- und Entsorgungsanlagen be*jaht* werden.

Grünen-Kandidat Kempmann, bekannt geworden als Sprecher der Anti-Kernkraft-Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, erklärte die Entsorgung zum „Hauptkonfliktstoff"; insbesondere über unverzüglichen Abbruch der Aufschlußarbeiten für das geplante Endlager Gorleben („Atomklo der Republik") würden die Grünen wohl kaum mit sich handeln lassen. Zuvor hatte Schörshusen Andeutungen über die drei in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke Stade, Esensham/Unterweser und Grohnde als „Verhandlungsmasse" gemacht. Einig sind beide in der Einschätzung, daß die „Atompolitik" für ein „wie immer geartetes" Bündnis mit der SPD entscheidend sein werde.

Zur Durchsetzung des „Ausstiegs" sei nämlich die Bereitschaft nötig, politisch den „Konflikt mit den Energieunternehmen" zu suchen. Diese verteidigten aus betriebswirtschaftlichem Eigennutz ihre mit der Kernkraft „sinnlos aufgebauten Überkapazitäten" zur Stromerzeugung. Diese zu beseitigen, sei deshalb Voraussetzung zur Verwirklichung der energiepolitischen Alternativen unter dem Stichwort „Umweltfreundliche Nutzung fossiler Energieträger".

Dazu sollen ohne Rücksicht auf Kosten herkömmliche Kraftwerke „möglichst schnell und ausnahmslos" mit höchstwirksamer Entschwefelung und Entstickung ausgerüstet und nur noch mit „Vollwertkohle" befeuert werden. Neubau-Kraftwerke dürften nur noch mit Kraft-Wärme-Kopplung zur Nutzung der Abwärme genehmigt werden. Stromlieferungs-Konzessionen seien vorrangig den Gemeinden zu vermehrter Eigenversorgung zu erteilen, um auch auf diesem Wege die „Übermacht der Großversorger zu brechen".

Zur Schonung der begrenzten fossilen Energiereserven empfehlen die Grünen Sonnenkollektoren und Windkraftanlagen sowie Wasserkraftturbinen, „die wegen der Überkapazitäten stillgelegt wurden".



Auch „Einbläser“ gehören zur Spionagestrategie

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die jüngsten Spionage-Affären – vom Verschwinden der beiden „zuverlässigen“ Sekretärinnen bis zum Absprung des Regierungsdirektors Tiedge aus dem Verfassungsschutz – werfen nicht nur die Frage auf, ob die Bundesrepublik ihre eigene staatliche Sicherheit genügend ernst nimmt.

Zugleich erscheint auch das Problem, daß die bürgerliche, westliche, „pluralistische“ Definition des Agenten und Spions mit der östlichen Wirklichkeit nicht übereinstimmt. Der Agent, der im Stile der „Roten Kapelle“ des Zweiten Weltkriegs mit seinem Funkgerät im Keller sitzt und militärische Geheimnisse weitergibt, ist nur ein Aspekt – und nicht einmal der einzige, vielleicht nicht einmal der wichtigste – im Spionagekrieg der Sowjets gegen den Westen.

Mindestens ebenso wichtig ist die psychologische Schiene, auf der Moskau bereits seit der Zarenzeit große Erfahrung gesammelt hat. In diesem Sinne ist zunächst nicht entscheidend, ob eine für den Osten arbeitende Sekretärin – sei es in einem Bonner Ministerbüro oder im Bund der Vertriebenen – Zugang zu militärischen oder staatlichen Geheimnissen hat. Der Bundeswirtschaftsminister und die Vertriebenen-Führung haben erklärt, bei ihnen gebe es im Grunde „nichts zu spionieren“.

Hier aber wird bereits ein fatales Mißverständnis sichtbar: Es ist für jeden östlichen Nachrichtendienst hochinteressant, aus dem Vorzimmer Bonner Politiker einiges über den persönlichen Charakter des auszuspähenden Chefs zu erfahren – und wer könnte das besser als eine Sekretärin in Vertrauensposition, womöglich mit Familienanschluß – jemand, der also auch persönliche intime Situationen miterlebt, der alles oder fast alles über den Chef weiß, der Äußerungen über andere Politiker hört – Worte, die der Betreffende vor keinem Mikrophon oder keiner Kamera je aussprechen würde. In diesem Sinne könnte sich die „andere Seite“ für persönliche Schwächen, Eigenheiten, Vorlieben und Abneigungen des Politikers (oder Beamten) interessieren. Etwa: Hat er Schulden? Hat er eine Schwäche für Frauen? Auf wen hört er? Wie ist seine Ehe? Ist er ehrgeizig? Ist er für Schmeicheleien und Lob zugänglich? Ist er im Grunde seines Herzens für oder gegen Amerika?

Der Katalog ließe sich beliebig fortsetzen. In den fünfziger Jahren kamen die Sowjets an den BND-Mann Felfe offenbar dadurch heran, daß dieser aus seiner Kriegsgefangenschaft, wo er von den Amerikanern mißhandelt wurde, einen tiefen Haß gegen die USA zurückbehalten hatte. Auch beim Bonner Verfassungsschützer Tiedge gab es eine Reihe von psychologischen Schwachpunkten, bei denen die Gegenseite leicht einhaken könnte: Alkohol, persönlicher Kummer, persönliche Frustrationen, vielleicht ein Gefühl, nicht so zum Zuge gekommen zu sein, wie man sich das erwartet oder erhofft hatte.

Schließlich wird eine ganz besondere Kategorie des Agenten im Westen und in der Bundesrepublik fast völlig außer acht gelassen: der sogenannte „Einflußagent“, dessen Aufgabe gar nicht darin besteht, irgendwelche Erkenntnisse nach Osten weiterzuleiten, als vielmehr darin, Stimmungen zu verbreiten, Personen und Institutionen in ihrem Urteil und ihren politischen Entscheidungen zu beeinflussen. Im Falle des Kanzleramtspions Guillaume überkreuzten sich etwa beide Eigenschaften: er war nicht nur Späher, sondern auch Einflußagent und Einbläser. Daß er nach außen als strammer Antikommunist auftrat, war kein Widerspruch. Schon oft haben die kommunistischen Geheimdienste scheinbare Antikommunisten als Agenten eingesetzt.

Solange der Westen das psychologische Vorfeld der sowjetischen Spionage- und Agententätigkeit nicht besser in den Griff bekommt, solange man nicht auch diese dritte Dimension zu erkennen vermag, ist die Abwehr in Gefahr, die wirklichen kritischen Punkte und Personen zu spät oder gar nicht zu erkennen – wie jetzt in den spektakulären Bonner Fällen. Für die östliche Seite gilt immer noch der alte marxistische Lehrsatz: „Wissen ist Macht“.

Das Wahlrecht macht in Polen jede Abstimmung zur Farce

Nichtwählen erfordert große Zivilcourage / Absolute Vormacht der KP zementiert

Von SIEGFRIED LAMMICH

Am 13. Oktober 1985 sollen nun die bereits um eineinhalb Jahre verschobenen Wahlen in das „sozialistische Parlament“ Polens, den Sejm, abgehalten werden. Die Opposition hat zum Boykott dieser Wahlen aufgerufen. Dennoch wird es auch bei diesen Wahlen vermutlich eine Wahlbeteiligung von 80 bis 90 Prozent geben.

Obwohl das polnische Wahlrecht keinen Wahlzwang vorsieht, dürfte es für den einzelnen ein großes Maß an Zivilcourage bedeuten, dem Wahlaufruf nicht Folge zu leisten und damit seine Ablehnung gegenüber dem herrschenden Regime offen zum Ausdruck zu bringen.

Der Opposition bleibt bloß noch der Boykott

Dennoch ist der Wahlboykott für die Opposition praktisch der einzige Weg, im Rahmen der Wahlen festzustellen, welche Popularität sie bei der Bevölkerung genießt, denn auch das neue polnische Wahlgesetz vom 29. Mai 1985 schreibt die Institution der Einheitsliste fest und nimmt damit dem Wähler von vornherein die Möglichkeit, zwischen verschiedenen politischen Programmen zu wählen.

Die Kandidaten können zwar sowohl von den politischen Parteien (KP und zwei nichtkommunistische „Blockparteien“ – Demokratische Partei und Volkspartei) als auch von einer Vielzahl der zugelassenen gesellschaftlichen Organisationen vorgeschlagen werden, ob sie jedoch in die Wahlliste aufgenommen werden, entscheiden die sogenannten Wahlkonvents, die aus Vertretern der entsprechenden Führungsgremien der obengenannten Parteien und Organisationen bestehen.

Die Vormachtstellung der (kommunistischen) PVAP in diesem Konvent stellt sicher, daß keine Kandidaten in die Wahllisten aufgenommen werden, die nicht von den entsprechenden Führungsgremien dieser Partei akzeptiert worden sind.

Die „Demokratisierung“ des Wahlrechts stellt in Polen seit der „Entstalinisierung“ im Jahre 1956 so etwas wie ein Dauerthema dar, welches freilich nach den Ereignissen von 1980 an Aktualität gewonnen hat.

Die systemkonformen „Reformer“ waren sich von vornherein darüber einig, das in einem sozialistischen System, in dem die Vormachtstellung der KP verfassungsrechtlich festgeschrieben ist, die Einheitsliste, die eine Auswahl zwischen mehreren politischen Programmen ausschließt, die einzige systemkonforme Lösung darstellt. Die von ihnen geforderte „Demokratisierung“ des Wahlrechts sollte dem Wähler lediglich die reale Möglichkeit geben, eine Auswahl zwischen mehreren, wenn auch ein und dasselbe politische Programm repräsentierenden Personen zu treffen. Die Voraussetzung dafür sah man vor allem in der Abschaffung der im Wahlrecht vorgesehenen und bisher als Regel praktizierten Möglichkeit der offenen Abstimmung ohne Streichungen.

Auch diesen, nach westlichem Empfinden recht bescheidenen „Demokratisierungs-Forderungen“ ist die Wahlordnung von 1985 nicht nachgekommen; sie sieht weiterhin nur die Möglichkeit vor, daß der Wähler den ihm von der Wahlkommission ausgehändigten Wahlzettel umgeht, indem er ohne Benutzung der Wahlkabine und ohne Vornahme irgendwelcher Streichungen oder Kennzeichnungen den Zettel in die Wahlurne wirft. In einem solchen Fall gilt außerdem derjenige Kandidat als gewählt, der auf dem Wahlzettel als erster aufgeführt ist.

Unverdächtig ist nur die offene Abstimmung

Angesichts der Erfahrungen, die die polnischen Wähler bei allen in der 40jährigen Geschichte Volkspolens durchgeführten Wahlen gemacht haben, daß nämlich allein die offene Abstimmung ohne Streichungen als die einzig vorbehaltlos „regimekonforme“ Abstimmung gilt, kann man davon ausgehen, daß die große Mehrheit der Wähler auch bei den Wahlen am Oktober 1985 auf ihr Recht, die Wahlkabine zu benutzen und geheim abzustimmen, verzichten und die demonstrative offene Abstimmung ohne Streichungen bevorzugen wird. Die Befürchtung „aufzufallen“ dürfte bei einer Großzahl dieser Wähler ebenso das Motiv für diese Abstimmungsform sein wie das Desinteresse am Wahlausgang, den man ja schon von vornherein kennt.

Sozialistisches Parlament lediglich Erfüllungsgehilfe

Die Bestimmung des Wahlrechts, das dem Wähler die Möglichkeit einer Wahl zwischen zwei Kandidaten zusichert (lediglich die 50 aus der Landesliste kandidierenden „zentralen Kandidaten“ haben keine Gegenkandidaten), wird dadurch zur Farce.

Eine Chance oder, präziser gesagt, die Sicherheit, „gewählt“ zu werden, haben infolge dieser Abstimmungspraxis nur diejenigen Kandidaten, die auf dem Stimmzettel auf den ersten Plätzen aufgeführt sind.

Mit Parlamentswahlen im westlich-demokratischen Verständnis sind die Wahlen zum „sozialistischen Parlament“ also nicht vergleichbar. Allerdings wird dem „sozialistischen Parlament“ auch eine völlig andere Funktion als den Parlamenten in den westlichen Demokratien beigemessen. Seine Hauptaufgabe wird darin gesehen, die rechtlichen Bedingungen für die Verwirklichung der von der KP (beziehungsweise von deren Führungsgremien) gefaßten politischen Beschlüsse zu schaffen.

Die seit 1980 zu verzeichnende Aktivierung des polnischen Sejm sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß politische Entscheidungen weiterhin nicht vom Sejm, sondern von den KP-Instanzen getroffen und vom Sejm nachträglich in eine rechtliche Form gebracht und – auch wenn nicht unbedingt einstimmig – formell gebilligt werden.

Der promovierte Jurist Siegfried Lammich lehrt am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Er ist Autor zweier Bücher über das polnische Wahlrecht. Für die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt nahm er als Beobachter am Prozeß gegen die Mörder des Priesters Popieluszko teil.

Tricots Bericht erklärt Paris für unschuldig

Agenten hatten nur Observierungsauftrag / Weiterhin Zweifel

A. GRAF KAGENECK, Paris

48 Stunden früher als erwartet hat Bernard Tricot, der Sonderbeauftragte der französischen Regierung zur Aufklärung des „Greenpeace-Falles“ (Versenkung des Greenpeace-Schiffes „Rainbow Warrior“ im Hafen von Auckland am 26. Juli), seinen Untersuchungsbericht Premierminister Fabius übergeben. Tricot kommt nach 18tägigen Anhörungen auf 25 Seiten zu dem Schluß, daß weder der französische Nachrichtendienst DGSE noch die ihm übergeordneten Stellen, insbesondere Verteidigungsminister Charles Hernu, als für den Anschlag auf das Schiff verantwortlich erklärt werden können. Hernu hatte dahingehende Gerüchte schon vor einer Woche öffentlich dementiert.

Zugegeben wird in dem Tricot-Bericht indes, daß der DGSE (Generaldirektion für die äußere Sicherheit) sechs seiner Agenten mit dem Auftrag nach Neuseeland entsandt hatte, die Greenpeace-Bewegung zu infiltrieren und die Regierung über deren Absichten hinsichtlich künftiger französischer Atomwaffenversuche im Pazifik zu unterrichten.

Die neuseeländische Polizei hatte inzwischen drei der Agenten auch identifiziert, zwei von ihnen, die als das Schweizer Ehepaar Turenge aufgetreten waren, sind in Wahrheit der DGSE-Major Pierre Mafart und DGSE-Hauptmann Dominique Prieur. Beide sitzen in Auckland in Untersuchungshaft. Eine dritte Agentin, die ebenfalls identifiziert ist, konnte sich mit zur Zeit noch unbekanntem Ziel absetzen.

Drei weitere DGSE-Angehörige im Unteroffiziersdienstgrad, die sich, zur fraglichen Zeit aus Neukaledonien kommend, mit der Jolle „Ouvea“ in neuseeländischen Gewässern aufgehalten hatten und dann spurlos verschwunden waren, haben sich auf Bernard Tricots Anraten am Montagmorgen den französischen Behörden gestellt. Laut Tricot hatten die drei ehemaligen Kampfschwimmer ebenfalls einen Observierungsauftrag und sollten sich darüber hinaus im Hinblick auf „weitere Aktionen“ mit der Navigation im südlichen Pazifik vertraut machen.

Bernard Tricot, dessen Bericht schon am Montagmorgen der Presse zugänglich gemacht wurde, äußerte am Mittag in einem ausgiebigen Fernsehauftritt, daß er nach bestem Wissen und Gewissen und dem „augenblicklichen Stand seiner Informationen“ die Versicherung abgeben könne, daß zu keiner Zeit die französische Regierung den Auftrag gegeben habe, die seit Mitte Juli im Hafen von Auckland vertäute „Rainbow Warrior“ zu versenken. Bei dem durch zwei Haftminen hervorgerufenen Attentat war auch ein Besatzungsmitglied, ein portugiesischer Fotograf, ums Leben gekommen.

Tricot, ein ehemaliger Generalsekretär der Präsidentschaft der Republik unter General de Gaulle und allseits anerkannter integrer Mann, der auch am Fernsehen einen eindrucksvoll souveränen Eindruck machte, schloß indes nicht aus, daß „unkontrollierbare Elemente“, die politisch motiviert sein könnten, eine über den Observierungsauftrag hinausgehende Aktion geplant und das Attentat ausgeübt haben könnten. Tricot räumte ein, daß die neuseeländischen Behörden, die loyal mit ihm zusammengearbeitet hätten, zu einem anderen als seinem Ergebnis kommen könnten und vermutlich kommen würden. Beweise für ihre Behauptung, die französische Regierung stehe hinter dem Attentat, müßten sie allerdings erst erbringen.

Auch erste französische Pressereaktionen ließen erkennen, daß die Findungen des Tricot-Berichtes nicht restlos überzeugten und die Schuldigen an dem Attentat trotzdem unter den Agenten des DGSE zu suchen seien. Auch tauchten schon vorher angestellte Spekulationen wieder auf, wonach auswärtige, womöglich britische, Geheimdienste die Versenkung arrangiert haben könnten, um die französische Regierung wegen ihrer ungeliebten Atompolitik im Pazifik in Schwierigkeiten zu bringen.

Tricot deutete ähnliches an, indem er auf die „unglaubliche Leichtfertigkeit“ hinwies, mit der das Attentat ausgeübt worden sei und die wenig auf französische Exekutanten schließen ließ. Auch verteidigte der ehemalige hohe Funktionär das Vorgehen der Geheimdienste, sich angelegentlich um die Greenpeace-Bewegung im Pazifik und ihr erklärtes Ziel, die französischen Atomversuche unmöglich zu machen, zu kümmern.

Die „neue Republik" brachte Brasilien eine Parteienschwemme

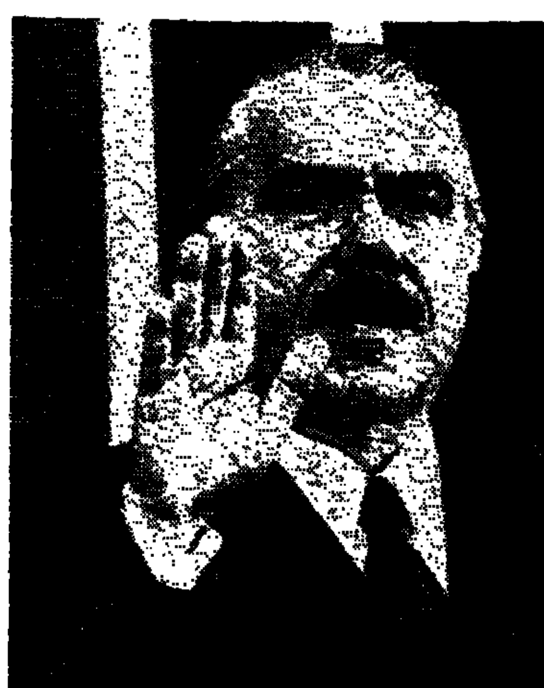
WERNER THOMAS, Miami

Als die Militärs noch die Macht ausübten, war die brasilianische Parteienlandschaft übersichtlich. Zunächst erlaubten die Uniformträger zwei Gruppen. Die eine stand hinter der Regierung, die andere bildete die Opposition. Später kamen drei weitere oppositionelle Bewegungen dazu. Die „neue Republik" der demokratischen Sarney-Regierung startete Mitte März mit diesen fünf politischen Organisationen.

Heute bietet sich ein verwirrendes Bild. Nach letzten Statistiken existieren bereits 26 Parteien. Fast wöchentlich wächst die Zahl. Selbst manche Politiker finden diese Entwicklung bedenklich. Politische Beobachter glauben jedoch, daß sich die Reihen bald wieder lichten. Schon bei den Kommunalwahlen im November könnten einige Gruppen auf der Strecke bleiben.

Die Wähler werden Probleme haben beim Studium der Stimmzettel. Viele Parteien tragen leicht zu verwechselnde Namen und Abkürzungen. Es gibt allein fünf Arbeiterbewegungen, darunter die des Gouverneurs von Rio de Janeiro, Leonel Brizola, und die des Metallarbeiterführers Luiz Inacio da Silva, beides erklärte Sozialisten. Die Marxisten ließen bisher eine Kommunistische Partei Brasiliens und eine Brasilianische Kommunistische Partei registrieren.

Die plötzliche Parteienexplosion ist ein Vermächtnis der Militärherrschaft. Die frühere Oppositionsgruppe „Demokratische Bewegung Brasiliens" (PMDB), die heute die Regierung trägt, war einmal ein Sammelbecken von Politikern verschiedener ideologischer Richtungen. Auf der einen Seite konservative Männer wie Tancredo Neves, der gewählte Präsident, der Anfang Mai verstorben ist. Auf der anderen Seite Marxisten. Jene Politiker, die sich bei der sozialdemokratisch orientierten PMDB nicht zu Hause fühlten, suchten nun eine neue politische Heimat.



Populärer denn je: Präsident José Sarney FOTO: DPA

Auch bei den Sozialdemokraten (PDS), der früheren Regierungspartei, ihrem Namen zum Trotz eine konservative Bewegung, hatte es eine Abspaltung gegeben, allerdings noch während der alten Regierung.

PDS-Dissidenten, die den kontroversen Ex-Gouverneur Paulo Maluf nicht als Präsidentschaftskandidaten unterstützen wollten, gründeten die „Partei der Liberalen Front" (PFL). Der frühere Vizepräsident Aureliano Chaces, mittlerweile Bergbau- und Energieminister, und Präsident José Sarney sind heute die prominentesten PFL-Vertreter.

Die PMDB, die PFS, die PFL und Brizolas „Demokratische Arbeiterpartei" (PDT) spielen wahrscheinlich in Zukunft die Schlüsselrollen. Sie repräsentieren eine breite politische Palette.

Viele Wahlen können jedoch wie in der Vergangenheit entschieden werden: durch Charme und Charisma eines Kandidaten. Anders als im Nachbarland Argentinien haben die Parteien Brasiliens keine lange Tradition. Persönlichkeiten dominieren.

Das hat der Vollblutpolitiker Brizola bewiesen, der bei den nächsten Präsidentschaftswahlen zu den Favoriten zählt. Von dieser Regel profitiert auch Präsident Sarney, der sich schnell zu profilieren vermochte, obgleich seine Regierungskoalition nicht immer den Eindruck der Einigkeit vermittelt. Er ist populär. Er genießt die Unterstützung der Bevölkerung. (SAD)

„Schiller als Kampfgenossen mißbraucht"

dpa, Göttingen

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat es als „Zeichen des wiedergekehrten Vertrauens" gewertet, daß 40 Jahre nach dem Krieg der Weltkongreß der Germanisten erstmals wieder in Deutschland stattfindet. Bei der Eröffnung des 7. Kongresses der Internationalen Vereinigung für germanische Sprach- und Literaturwissenschaft sagte von Weizsäcker gestern in Göttingen vor 1400 Teilnehmern aus 53 Ländern: „Wir wissen, warum die Germanisten nicht früher gekommen sind. Unser Land, dessen Sprache und Kultur sie sprechen und lieben, wurde in den Jahren des Hitlerreiches zum Repräsentanten dessen, was sie fürchten und bekämpfen mußten."

Zum Entsetzen der Außenstehenden hätten die Nationalsozialisten „das große geistige Vermächtnis des Landes für sich in Anspruch " genommen und „es als Wasser auf ihre Todesmühlen" gegossen. Schiller, Kleist und andere seien als Wegbereiter oder als Kampfgenossen Hitlers mißbraucht worden, sagte der Bundespräsident.

Ob sich Deutsch als Fremdsprache im Ausland in nennenswertem Maße wird halten können, werde davon abhängen, wieviel Wichtiges in deutscher Sprache in Zukunft publiziert werde. Diese Auffassung vertrat der Leiter des Kongresses, Professor Albrecht Schöne. Während das Interesse im anglo-amerikanischen Sprachraum deutlich nachlasse, sei im Ostblock und in China die entgegengesetzte Tendenz spürbar.

Der neue Miniatur-Koppler verbindet Terminals mit dem Telefonnetz FOTO: FIZIT

Wenn sich Computer heimlich unterhalten

Die ständig zunehmende Zahl von Computern und Terminals führt zu einem verstärkten Einsatz von Systemen zur Datenfernübertragung. Inhalte von Rechnern werden dabei so umgewandelt, daß sie per Telefonleitung über den gesamten Erdball verschickt werden können. Gerade tragbare Mikrocomputer profitieren von der Miniaturisierung der dazu notwendigen Schaltstellen, den Modems (Modulator-Demodulator).

Ein neues „Datenendgerät", hergestellt von der französischen Thomson-Gruppe, läßt die Abmessungen jetzt kräftig schrumpfen. Die „Aufschaltung" ins Telefonnetz erfolgt automatisch, d.h. ohne die Beteiligung eines „Operators"; die Datenstation ist permanent einsatzbereit.

Die Übermittlungsgeschwindigkeit der elektronischen Schaltung im Format 25x60x95 mm beträgt 1200 Baud (1 Baud = 1 Byte pro Sekunde. Eine Serie von acht Bits, der kleinsten Dateneinheit aus 0- oder 1-Impulsen, ergibt 1 Byte).

Zum Vergleich: Bei einer normalen Unterhaltung wird mit ca. zehn Baud gesprochen. D.T.

„Hier wird die Folter unerträglich"

Ein russischer Psychiater schreibt der UNO / Dokument der Hoffnungslosigkeit

Ein Psychiater, seit Jahren in einer der berüchtigten psychiatrischen Kliniken der Sowjetunion tätig, weigerte sich plötzlich, weiterhin Christen ihres Glaubens wegen für geistig krank zu erklären. Sie wären, so behauptete er seinem Vorgesetzten gegenüber, vollkommen gesund.

Schlimmer noch: Er schrieb einen Brief an die Weltgesundheitsorganisation und an die UNO-Menschenrechtsorganisation. In diesem Brief, welchen er, nun selber ein Gefangener, im April 1982 verfaßte, schrieb der Psychiater Dr. Anatoly I. Korjagin: „Das grundsätzlichste Menschenrecht ist das Recht auf Leben. Diese Wahrheit benutzt die Sowjetpropaganda derzeit als ihren Hauptslogan... Als politischer Gefangener und Arzt in der Sowjetunion stelle ich fest, daß die Bedingungen, unter denen die Gefangenen in den politischen Straflagern festgehalten werden, darauf ausgerichtet sind, ihre physische und geistige Gesundheit zu zerstören. Diese Bedingungen bedrohen und verkürzen das Leben der Gefangenen unmittelbar. Dies ist nicht im geringen Umfang auf die körperlichen Folterungen durch Hunger, Kälte und Schlafentzug zurückzuführen..."

„Ich war die längste Zeit in einer Einzelzelle von 3,2 qm mit nur sehr schwacher Beleuchtung. Die Zelle hatte noch nicht einmal einen Wassereimer. Ich wurde für etwa 30 Minuten pro Tag aus dieser Zelle herausgeholt, um in einem winzigen Innehof herumzugehen. Die Essensrationen (eine kleine Schale mit Suppe oder drei bis vier Löffel Grütze) reichen für die grundlegenden Bedürfnisse des menschlichen Organismus nicht aus. Man hat also ständig das Gefühl des Verhungerns und denkt ständig nur an das nächste Essen. Dieses Hungergefühl ist so andauernd und intensiv, daß es die Wirkung einer echten Folter hat.

In der Strafzelle, wo man jeden zweiten Tag nur Brot und Wasser bekommt, wird die Folter schier unerträglich. Während der Wintermonate liegt die Temperatur in den Sälen des Lagergefängnisses meistens zwischen neun und 14 Grad Celsius. In einer Zelle mit dieser Temperatur hat man ständig das Gefühl zu erfrieren, auch dann, wenn man eine Jacke trägt. Sobald die Zimmertemperatur 18 Grad Celsius erreicht, nehmen die Wärter sofort die Jacke weg.

In der Zelle kann man nur auf dem eiskalten Boden sitzen und essen. Wegen der knappen Essensration ist die Kälte in dem Strafzellenloch viel schwerer zu ertragen und wird der Schlaf eine Unmöglichkeit. Die Nacht wird zur endlosen Qual. Der Schlaf besteht aus kurzen Momenten des Dösens, die von Anfällen unbeherrschbaren Zitterns unterbrochen werden. Sogar der Kopf friert, da er immer kahl geschoren ist. Die Kälte kriecht durch das Fenster, durch die Eisentür, durch die Zementwände. Man muß immer wieder aufstehen und sich mit Bewegungen Wärme verschaffen. Danach ist es wiederum ganz unmöglich, auf dem bloßen Boden ohne jegliche Bedeckung wieder einzuschlafen. Tagsüber ist man ständig von einer bleiernen Müdigkeit befallen. Man ist träge und voller Angst vor der nächsten Nacht.

Hoffnungslosigkeit, Enttäuschungen, Ausbrüche der Verzweiflung und Zorn sind die üblichen Gefühle der Gefangenen in einer Strafzelle. Alle diese ‚unerzieherischen' Maßnahmen erschöpfen die körperliche und moralische Widerstandskraft eines Menschen und zielen direkt auf seinen biologischen Kern. Die Insassen erkranken, und bereits bestehende Leiden verschlimmern sich. ‚Das ist kein Sanatorium' ist eine der typischen Antworten der Lagerfunktionäre. Ein Arzt, der bei Juri Orlow mit seinen 58 Jahren ein verdächtiges Herzgeräusch feststellte, lehnte es ab, ihn von der schweren körperlichen Arbeit zu befreien.

Die Gewissensgefangenen – besonders die Christen – leiden am meisten. Die Funktionäre versuchen aus den Gefangenen die Geständnisse herauszuholen, die das KGB verlangt. Es ist der totale Widerruf der eigenen überzeugung im Tausch für Gesundheit und Leben. Wiederholt wurde ich für meine Weigerung bestraft, mit den KGB-Funktionären zu sprechen. Der letzte Funktionär, der mich aufsuchte, äußerte unverhüllt die Drohung: ‚Je länger du schweigst, desto länger sitzt du!' Als Strafe für meine Weigerung, mit dem Funktionär zu reden, wurde ich sofort 15 Tage lang in die Strafzelle gebracht."

Widerspruch gegen Asylrecht-Pläne

dpa, Bonn/Stuttgart

In einer Expertenanhörung ist von mehreren Seiten Widerspruch gegen die Asylrechts-Pläne der unionsregierten Länder im Bundestag laut geworden. Die katholische und evangelische Kirche, die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), die Gefangenenhilfsorganisation amnesty international, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, SPD und FDP haben sich gegen die Bestrebungen gewandt, das Asylrecht zu verschärfen. Flüchtlingszahlen und -probleme nähmen zu; deshalb könne es keine Lösung sein, „wenn stabile Länder wie die Bundesrepublik ihre Grenzen möglichst dicht schließen", hieß es in einer Denkschrift der EKD.

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Harald Schäfer, erklärte, seine Partei werde sich allen Bestrebungen widersetzen, das Grundrecht auf Asyl zur Disposition zu stellen.

Nach dem Unionsländer-Antrag, der einem Mißbrauch des Asylrechts entgegenwirken soll, soll künftig kein Anspruch auf Asyl mehr bestehen, wenn ein Ausländer nach Verlassen seiner Heimat länger als drei Monate in einem anderen Staat gelebt hat. Weiter soll die Asylberechtigung künftig alle zwei Jahre neu überprüft und eine Arbeitserlaubnis bis zur unanfechtbaren Anerkennung der Asylberechtigung verweigert werden.

Das Interesse an der Bibel in der „DDR"

epd, Bad Blankenburg

Mehr als 5000 Gäste nahmen auch in diesem Jahr an der fünftägigen Bibel-Konferenz der Evangelischen Allianz in thüringischen Bad Blankenburg teil. Die meisten von ihnen waren Jugendliche, die aus allen Teilen der „DDR", und viele zu Fuß, gekommen waren. 600 von ihnen zum ersten Mal. Ohne jede Reklame oder Werbung in den Gemeinden wurde diese Begegnung der weltweiten Einigungsbewegung pietistisch geprägter Christen vorbereitet, und die Unterkünfte in Gemeindesälen und auf Zeltplätzen waren so primitiv, daß die Erwachsenen die Bibelarbeit ohne Komfort scheuten.

Die Jugendlichen waren mit Schlafsack und eigenem Eßbesteck versehen, aber eine Bibel hatten viele noch nie in der Hand gehabt. Das stellte die Veranstalter vor die neue Aufgabe einer Bibelarbeit in Form von Vorträgen und Gesprächen mit einer säkularen Jugend. Die Veranstalter wollten nicht auf das traditionell hohe Niveau der Konferenz verzichten, aber die Redner waren gehalten, „die Sprache derer zu sprechen, die noch nicht zur Herde gehören, weil sie auch bei Jesus den Vorrang hatten".

Die Konferenz, die am Sonntag zu Ende ging, wurde zu einem großen Erfolg. Geduldig und aufgeschlossen nahmen die Jugendlichen an den Evangeliumsveranstaltungen teil. Der sächsische Pfarrer Theo Lehmann, der unter den Jugendlichen als „Evangelisations-Star" gilt, konnte seinen Vortrag gleich zweimal vor überfülltem Haus halten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

UN-Kommission soll für Sacharow intervenieren

AFP, Genf

Der in den USA lebende Schwiegersohn des sowjetischen Regimegegners Sacharow, Efrem Jankelewitsch, hat gestern in Genf die Unterkommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen aufgefordert, bei den sowjetischen Behörden zugunsten Sacharows zu intervenieren und dessen Freilassung zu erwirken. Jankelewitsch forderte die UNO-Kommission im Namen der Internationalen Menschenrechtsliga auf, zusammen mit den sowjetischen Behörden die Lage Sacharows zu untersuchen, für dessen Freilassung einzutreten und öffentlich über Sacharow auszusagen.

Durch einen in den Westen gelangten Brief der Frau Sacharows, Jelena Bonner, erfuhr Jankelewitsch nach eigenen Aussagen, daß Sacharow während seines Hungerstreiks im Mai 1984 zwangsernährt worden sei, an Bluthochdruck leide und häufig das Bewußtsein verliere. Die im Juli dieses Jahres veröffentlichten Videoaufnahmen Sacharows zeigten den Physiker beim Verlassen des Krankenhauses, vermutlich am 11. Juli, nachdem er im April 1985 erneut in Hungerstreik getreten war. Jankelewitsch erklärte weiter, dies seien die neuesten zur Verfügung stehenden Informationen über den sowjetischen Regimegegner, der in Gorki in der Verbannung lebt.

Sudan: Libyen liefert Rebellen wieder Waffen

dpa, Kairo

Sudans Regierungschef Gisuli Daffaalah hat Libyen beschuldigt, es habe sein Versprechen gebrochen und die Unterstützung für die Rebellen im Süden des größten afrikanischen Landes fortgesetzt. Die Waffenlieferungen für die Rebellenbewegung unter John Garang seien nach kurzer Unterbrechung wiederaufgenommen worden. Libyen hatte nach dem Putsch gegen Sudans Staatschef Numeiri Khartum zugesichert, die Unterstützung für die im überwiegend christlich-animistischen Süden Sudans kämpfenden Rebellen einzustellen. Danach hatten sich die Beziehungen zwischen Khartum und Tripolis erheblich verbessert, und die beiden Staaten unterzeichneten sogar ein Verteidigungsprotokoll. Inzwischen nahmen die Kämpfe im Süden Sudans an Stärke wieder zu. Nach Angaben des Verteidigungsministers Osman gelang es den Regierungstruppen in der Nähe der Stadt Bor (700 Kilometer südlich von Khartum), 700 Rebellen zu vernichten.

Wie westliche Diplomaten berichteten, war der Einfluß Libyens in Khartum nach dem Sturz Numeiris in besorgniserregender Weise gewachsen. Zahlreiche radikale Sudanesen kehrten aus dem libyschen Exil zurück. Unter ihnen befanden sich Hunderte von Agenten, die „Revolutionskomitees" gründeten.

Ugandas Militärs machen Guerrilla Konzessionen

DW. Kampala

Ugandas Finanzminister Abraham Waligo ist von den Militärmachthabern zum neuen Chef der Übergangsregierung ernannt worden. Waligo hatte bereits unter dem durch einen Staatsstreich gestürzten Präsidenten Milton Apollo Obote dem Kabinett angehört. Den bisherigen Chef der Übergangsregierung, Paulo Muwanga, der unter Obote Vizepräsident war, setzten die Militärs wieder ab. Dies gilt nach Einschätzung politischer Beobachter als eine entscheidende Konzession an die Rebellen der Nationalen Widerstandsarmee (NRA). Diese größte Guerrillabewegung unter dem früheren Verteidigungsminister Yoweri Museveni wirft Muwanga vor, als Vizepräsident persönlich Folterungen und Inhaftierungen politischer Gegner angeordnet zu haben.

Gestern sollten in Kenias Hauptstadt Nairobi formelle „Friedensverhandlungen" zwischen Ugandas Militärs und der NRA beginnen. Museveni war kürzlich bereits mit Ugandas Außenminister Olara Otuno zusammengetroffen. Die Rebellen fordern eine paritätische Beteiligung an dem in Kampala herrschenden Militärrat. Die NRA hatte schon seit mehr als vier Jahren gegen das Regime Obotes gekämpft. Sie verfügt über schätzungsweise 5000 Bewaffnete.

Schon ein paar Eimer Wasser helfen der grünen Klimaanlage

Wie Bürger durch aktives Handeln die städtische Baumpflege unterstützen können

Von H. de la CHEVALLERIE

In den Städten der Bundesrepublik gibt es schätzungsweise zwei Millionen Straßenbäume. Große Städte, wie zum Beispiel West-Berlin, betreuen über 300 000 Straßenbäume, in kleineren Städten, wie zum Beispiel in Wiesbaden, sind es rund 14 500. Seit jeher repräsentieren baumbestandene Straßen bevorzugte Wohnlagen. Der Slogan „Die grüne Stadt" bezieht sich besonders auf ihren Baumbestand.

Seit gut zwei Jahrhunderten gehört die Straßenbaumpflege zu den intensivsten Aufgaben der Stadtgärtner. Diese Aufgabe ist heute wegen der zunehmenden Umweltverschlechterung äußerst aufwendig und schwierig geworden.

Städte investieren heute viel Mühe und Geld in Straßenbäume, und das nicht nur aus ästhetischen Gründen. Das war vor gar nicht langer Zeit noch ganz anders. Noch Anfang der 70er Jahre war mit dem Straßenausbau mehr Politik zu machen als mit dem Schutz und der Vermehrung von Straßenbäumen. Herrliche Alleen wurden abgeholzt, Bäume bis zum Stamm einasphaltiert. Das zunehmende Umweltbewußtsein, insbesondere einer sensibilisierten Öffentlichkeit, hat auch hier erfreuliche Änderungen herbeigeführt.

Neben der Schönheit eines Baumes stehen nun sein ökologischer und biologischer Wert sowie seine stadtklimatischen und stadthygienischen Funktionen im Vordergrund. Straßenbäume filtern 70 Prozent der in der Luft befindlichen Stäube. Bäume sind also die besten Klimaanlagen in den Städten und, gemessen an ihren Leistungen, keineswegs zu teuer in der Unterhaltung.

Zuviel Gleichgültigkeit

Für viele Städter ist der Blick auf einen Straßenbaum das einzige Grün, das er in Wohnungsnähe hat. Natürlich wächst Grün in einer Stadt aus Asphalt und Beton nicht von alleine. Die Erhaltung einer Grünanlage ist relativ teuer. Ein Vielfaches dieser Kosten wird in den Städten jedoch für die Straßenunterhaltung ausgegeben, gemessen an der Grünunterhaltung etwa im Verhältnis 3:1.

Erstaunlich ist die Gleichgültigkeit, mit der viele Städter ihren „Sauerstoffspender" betrachten. Viele sehen nur die Nachteile, das störende Laub in ihrem Garten, in der Dachrinne, die manchmal beschattete Wohnung. Andere wieder sehen in einem Baum nur ein Hundeklo, ohne daran zu denken, daß der Urin die Rinde der Bäume angreift.

Wieder andere benutzen die Baumscheibe als Parkplatz, verdichten und vergiften dabei den Boden. Es gibt nur wenige, die ihr Verständnis für die Bedeutung des Stadtbaumes in aktives Handeln umsetzen und einen Beitrag für die notwendige Baumpflege leisten.

Gemeint sind hier die „Baumpaten", die im eigenen Interesse wie im Allgemeininteresse den Stadtgärtner bei der Unterhaltung der Bäume unterstützen. Manche dieser Baumpaten verwandeln die vier Quadratmeter große Baumscheibe in ein mit Sommerblumen und Stauden bepflanztes Straßenbeet. Sie ernähren damit nicht nur den Baum zusätzlich, sondern verschönern auch den Vorgarten und das meist trostlose Trottoir. Das Unkraut auf Baumscheiben erfüllt ebenfalls viele Aufgaben. Es dient Insekten als Nahrung, beschattet den Boden, hält ihn feucht und verbessert damit wiederum den Wasserhaushalt des Baumes.

In Wiesbaden z. B., einer Stadt mit rund 350 000 Einwohnern, sind es noch keine hundert, die einen praktischen Beitrag zur Grünunterhaltung ihrer Stadt leisten. Sie lockern den festgetretenen Boden, wässern im Sommer den Baum in regelmäßigen Abständen (vier bis fünf Eimer sollten es schon sein), je nachdem wie aufnahmefähig der meist sehr verdichtete Boden ist. Oft haben hier allerdings die Stadtgärtner schon Vorsorge getroffen, indem sie in die Baumscheibe Bewässerungsschächte eingebaut haben.

Keineswegs sollte man Herbizide, also Unkrautgifte, einsetzen. Herbizide töten nicht nur die Wildkräuter, sondern beeinflussen auch die Bodenökologie negativ und letztlich auch den Baum selbst.

Als die Bäume vor Jahrzehnten gepflanzt wurden, fanden sie noch ausreichende Ernährung im Boden und den gepflasterten Straßen und Gehwegen sowie in den Vorgärten. Heute sieht das Baumumfeld dagegen trostlos aus. Die Baumwurzeln vermögen nicht mehr unter den halben Meter starken Packlagen der Asphaltstraßen Nahrung zu finden. Oft sind die Gehwege auch asphaltiert und damit luft- und wasserabweisend.

Bäume sind dann dazu verurteilt, einen langsamen Tod zu sterben. Selbst gute gärtnerische Pflege kann nicht die Natur ersetzen. Dies wird deutlich an den hohen Verdunstungswerten eines Baumes. Jedes der vielen tausend Blätter verdunstet Wasserdampf; dieser Effekt, die sogenannte Transpirationskühle, trägt wesentlich zur Kühlung der Umgebung bei, so daß in baumbestandenen Straßen die Temperatur um mehrere Grad niedriger liegt als in baumlosen.

Den Bäumen fehlt Wasser

Ein ausgewachsener Baum verdunstet an einem sonnigen Sommertag mehrere hundert Liter Wasser. Diese Mengen besorgt sich der Baum aus dem Untergrund, aus dem Grundwasser; sie könnten nicht künstlich in dieser Menge geliefert werden. Fehlt die Versorgung aus dem Grundwasser, stirbt der Baum ab.

In Wiesbaden pflegt ein Team von rund 25 Gärtnern den Bestand der Straßenbäume. Als Durchschnittsmenge werden den Bäumen pro Jahr ca. drei Millionen Liter Wasser gegeben. Zusätzlich werden sie mit etwa 250 000 Liter flüssigem organischem Dünger pro Jahr versorgt.

Die Unterhaltung der Straßenbäume ist, will man Erfolg haben, relativ aufwendig. Wiesbaden hat allein vier Millionen DM innerhalb von vier Jahren ausgegeben, um in einem „Entasphaltierungsprogramm" Umweltsünden vergangener Jahre auszugleichen.

Die Anpflanzung eines neuen Baumes kostet im Schnitt ein- bis zweitausend DM einschließlich aller Nebenkosten wie zum Beispiel das Aufstellen von Pfählen, um Autos am Parken auf der Baumscheibe zu hindern. Leider werden nicht alle Bäume in deutschen Städten so gut behandelt. Bürgerhilfen und Bürgerinitiativen sind deshalb jetzt gefragt.

Gartenbaudirektor Hildebert de la Chevallerie ist Leiter des städtischen Grünflächenamtes in Wiesbaden und Obmann der Ständigen Konferenz der Gartenbauamtsleiter im Deutschen Städtetag.

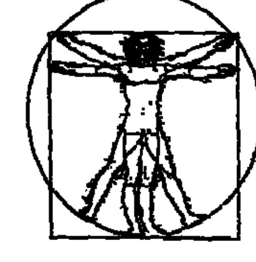
NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Medizingeräte getestet

München (dpa) – Nur jedes zehnte medizinische Gerät hat in Bayern auf Anhieb die Sicherheitsprüfung des Technischen Überwachungs-Vereins (TÜV) bestanden. Dazu zählen so lebenswichtige Geräte wie Herz-Lungen-Maschinen, Beatmungs- und Dialysegeräte, Infusionspumpen oder klimatisierte Kleinkammern (Inkubatoren). Als typische Mängel fand der TÜV falsche Absicherungen der elektrischen Ausrüstung, unzureichenden Schutz gegen Stromschläge, das Fehlen von Sicherheitsvorkehrungen beim Ausfall wichtiger Bauelemente und schlechte Bedienungsanleitungen. Nach der neuen Medizingeräte-Verordnung ist die Sicherheitsprüfung vom Januar 1986 an für den Verkauf dieser Geräte Vorschrift, bereits installierte Apparaturen müssen bis Ende 1987 sicherheitsgeprüft sein.

Regionale Chemotherapie

Gießen (DW.) – Die sogenannte „regionale Chemotherapie" bei der Behandlung bösartiger Tumoren steht im Mittelpunkt eines internationalen Kongresses, der seit gestern



an der Universität Gießen tagt. Dabei geht es um Verfahren, einzelne Organe gezielt mit krebszerstörenden Medikamenten zu behandeln, ohne daß der übrige Körper stark geschädigt wird. So können etwa Lebertumoren inzwischen isoliert behandelt werden. An der Tagung nehmen 400 Forscher aus fünf Kontinenten teil.

Integrierter Obstbau

Stuttgart (dg.) – Eine Minimierung chemischer Pflanzenbehandlungsmittel sowie die Schonung landwirtschaftlicher „Nützlinge" hat sich das baden-württembergische Umweltministerium mit dem integrierten Pflanzenschutz im Apfelanbau zum Ziel gesetzt – nach Meinung der Behörde eine „Pionierleistung für das gesamte Bundesgebiet". Schon heute beteiligen sich 450 Obstbauern mit zehn Prozent der Gesamtanbaufläche daran. Die Methoden sind für Erzeuger und Verbraucher kostenneutral. Erhöhte Aufwendungen für die Pflege werden durch Einsparungen bei Chemikalien kompensiert.



Aus der Orientierungslosigkeit die Flucht in die exotische Sekte: Baghwan-Meeting im Erdinger Moos bei München. Musik und Meditation – statt Realitätsbezug nur rauschhafte Halluzination. Satt wird am Ende auf alle Fälle der Guru. FOTO: MÄCHLER/DPA

Was ist los mit den Deutschen? (3. Folge)

Demokratien haben leider für Sinnsucher wenig Charme

Laqueur lehnt „Repression" als Erziehungstechnik ab. Langfristig schädlicher noch erscheint ihm aber das Abschieben pädagogischer Verantwortung auf die damit überforderte „Jugend", deren Lebenstüchtigkeit leiden mußte. Doch Laqueur tröstet auch: Eine neue, kaum erforschte, mit Sicherheit aber andersgeartete Generation betritt die Szene.



Aus der Orientierungslosigkeit der Rückzug in die totale Leere des Ich: Sprachloses Paar in einem Hamburger Haus. Selbstmitleid und Chaos – statt Erfüllung nur Einübung in die psychische Katastrophe. Der Sozialhelfer wartet schon. FOTO: JANKE/ARGUS

Von WALTER LAQUEUR

In den späten siebziger Jahren dachte man allgemein, daß die revolutionäre Welle von 1968 abgeebbt sei. Dafür gab es viele Anzeichen. Die Schul- und Universitätsreformen schienen, was immer sie sonst bewirkt haben mochten, die an diesen Institutionen bestehenden Spannungen aufgelöst zu haben; die meisten politischen Aktivisten der späten sechziger Jahre hatten sich den etablierten Parteien oder irgendwelchen Sekten angeschlossen.

Der Terrorismus war abgeflaut, in Bonn war eine sozialdemokratische Regierung an der Macht. Es hatten allerdings hier und dort noch Kundgebungen stattgefunden, etwa gegen die Startbahn West des Frankfurter Flughafens, in Gorleben und an anderen Orten in Verbindung mit Kernkraftwerken. Die Demonstrationen und die Zusammenstöße mit der Polizei verliefen nicht viel anders als ähnliche Aktionen in anderen Teilen Europas.

Dann, 1981, entstand ebenso plötzlich wie dreizehn Jahre zuvor eine Welle von Gewaltdemonstrationen, die Politiker, Lehrkräfte und Eltern schockierte und in Verwirrung stürzte. Die neuen Revolutionäre, die Spontis und Autonomen, wiesen einige bemerkenswerte Unterschiede zu ihren Vorgängern auf. Sie hatten keine Anführer und kaum eine Organisation; sie waren rudimentär und mitunter buchstäblich sprachlos. Ihre Motivation war nicht politisch in dem ideologisch-doktrinären Sinn der alten APO von 1968, die denn auch diese Produkte einer Erziehung, die sie selbst bewirkt hatte, mit großer Skepsis betrachtete. Die Spontis ihrerseits verschmähten jeden Versuch der gealterten Revolutionäre von 1968, zu ihnen umzuschwenken.

Was hatte den neuerlichen Ausbruch verursacht? War die Bundesrepublik in eine Periode der permanenten Jugendrebellion eingetreten? Ein von der Regierung eingesetzter Untersuchungsausschuß veröffentlichte im Februar 1983 seine Ergebnisse; während der Bericht viel Zutreffendes enthielt, übersah er doch bei wesentlichen Punkten das Offensichtliche.

Die Bonner Experten bemerkten (übereinstimmend, wie es in dem Bericht heißt), daß der Jugendprotest als Antwort auf ungelöste soziale Probleme und nicht als „klassischer Generationenkonflikt" gesehen werden solle. Sie hielten den Protest für den Ausdruck grundlegender Veränderungen im Verhalten und Denken nicht nur der Jugend, sondern großer Teile der Gesellschaft. Dies bezog sich offensichtlich auf den Begriff der „neuen sozialen Bewegung", der in den siebziger Jahren aufgekommen war. Danach war der Jugendprotest nicht nur die Manifestation einer Generationsrevolte, sondern eine Antwort auf die Krise des industriellen Systems und der repräsentativen Demokratie. Er signalisierte das Auftreten neuer sozialer Randgruppen, die vom Übergang zur postindustriellen Gesellschaft direkt betroffen waren.

Es war eine interessante Theorie, die einige richtige Elemente enthielt, aber doch vieles außer acht ließ: die Schwächen einer Bewegung dieser Art, ihre vielen disparaten Gestalten, ihren Antiintellektualismus, ihre Forderung nach „autonomen Sphären", ihre Neigung zur Entsolidarisierung. Kurz, während man ihre oppositionelle Einstellung klar erkannte, übersah man, daß eine auf der Suche nach dem „wahren Selbst" und nach „Authentizität" befindliche Bewegung unmöglich ein ernstzunehmender Streiter um politische oder soziale Macht sein konnte, unter welchen Umständen auch immer.

„Ungelöste soziale Probleme" kann eine Menge bedeuten. Dachte man vielleicht an die Jugendarbeitslosigkeit oder die Repression in der Schule? Nein, sagte der Ausschuß, nur wenige Arbeitslose hätten sich an dem Protest beteiligt, und die Schule sei nicht mehr repressiv; im Gegenteil, die Demokratisierung habe Eltern und Lehrer verunsichert.

„Ungelöste soziale Probleme" aber gibt es immer, sie sind ein beliebter Sündenbock. In diesem besonderen Fall dürften die tiefer liegenden Gründe in einer anderen Richtung zu suchen sein – in der Existenz von etwas, das man mangels eines besseren Ausdrucks eine geistige Leere, eine Sinnkrise, ein Bedürfnis nach Idealen nennen könnte, womit eher Kreativität und Gemeinschaftsgeist als Wohlstand gemeint wären.

Auch die Angst der jungen Generation vor der Zukunft wurde erwähnt, ihre der Verzweiflung nahe Gemütsverfassung und andererseits die Legitimitätskrise: die Tatsache, daß die Autoritäten, der Staat oft von den Jugendlichen nicht akzeptiert werden. Verzweiflung ist freilich ein in der Geschichte häufig anzutreffender Gemütszustand der Jugend. Legitimität ist die Achillesferse freier Gesellschaften.

Dem Nationalsozialismus machte dieses Problem nicht zu schaffen, seine Legitimität wurde von der Jugend praktisch nicht in Frage gestellt. Anderswo habe ich die typische Reaktion eines Mitglieds der deutschen Jugendbewegung am Tage der Machtübernahme durch Hitler 1933 beschrieben:

„Tatsache war, daß der Nationalsozialismus einem jungen Menschen alles gab, was er in seinen geheimsten und stolzesten Gedanken ersehnte – Tätigkeit, Verantwortung für seine Mitmenschen und Arbeit mit gleichermaßen begeisterten Kameraden für ein größeres und stärkeres Vaterland. Man bot uns offizielle Anerkennung und Karrieren an, die vorher undenkbar gewesen wären, während es auf der anderen Seite nichts gab als Schwierigkeiten und Gefahren, eine leere Zukunft und Zweifel im Herzen.")*

Was wir über den sowjetischen Komsomol der zwanziger und frühen dreißiger Jahre wissen, beweist einen ähnlichen Idealismus, die Bereitwilligkeit, große Anstrengungen zu unternehmen und für eine gute Sache Opfer zu bringen.

Der Nationalsozialismus und der Kommunismus hatten eine Pseudolegitimität, propagierten die falschen Ideale und beuteten den angeborenen Idealismus junger Menschen zu unmenschlichen Zwecken aus. Die parlamentarische Demokratie kann nicht einmal damit dienen, sie kann nur eine relative Freiheit bieten. Und das ist nicht sehr viel für eine Generation mit utopischen Erwartungen. Die modernen Diktaturen haben ebensowenig eine Antwort auf die Sinnkrise wie sonst jemand, es eignet ihnen aber eine Anziehungskraft, die der Demokratie fehlt. Sie wissen, wie große Schaustücke zu inszenieren sind, sie schaffen sich kraftvolle Mythen, und sie lassen der Jugend keine Zeit, etwa über eine geistige Leere nachzudenken.

Außer der Botschaft einer neuen Religion oder Weltanschauung ist kein Heilmittel für Sinnkrisen bekannt. Probleme können gelindert, Spannungen gemindert werden, aber eine Lösung gibt es nicht. Wenn dies aber ein weltweites Problem ist, wie soll man dann erklären, daß die Bundesrepublik mehr betroffen ist als andere Länder?

Das traditionelle Trachten der Deutschen nach dem Absoluten, Vollkommenen sowie ihre Weigerung, Kompromisse einzugehen, ist bereits erwähnt worden. Deutschland war das Land der Romantik *par excellence* und auch das einzige, das eine neuromantische Jugendbewegung hervorbrachte. Eben diese Tradition mag der gegenwärtigen Unruhe zugrunde liegen. Die Protestbewegung ist in gewissem Umfang global gewesen, aber die jungen Deutschen haben mehr gelitten und heftiger reagiert als die übrigen.

Reformen und Diskussionen dürften nur eine begrenzte Wirkung auf eine Bewegung dieser Art ausüben. Jedenfalls sind Reformen wünschenswert, und Diskussionen werden keinen Schaden anrichten, vorausgesetzt, die Erwachsenen legen es nicht allzu sehr darauf an, jung in Geist, Herz, Körper und in der Mode zu erscheinen. Ein Zuviel an Verständnis verursacht nur Irritation, denn Protest ist eine psychologische Notwendigkeit und den Heranwachsenden inhärent. Die jungen Leute haben seit undenklichen Zeiten behauptet, daß die Älteren sie nicht verstehen können, und teilweise sind sie im Recht. Wenn dem aber so ist, können die mit dem Protest konfrontierten Erwachsenen nicht viel tun, außer offenkundige soziale Mißstände abzuschaffen und der Bewegung mit Gelassenheit gegenüberzutreten.

Irgendwie ist etwas Ungesundes an der übermäßigen Beschäftigung mit den Problemen der Jugend. Nie zuvor in der Geschichte war deren wechselnden Stimmungslagen und Ansichten so viel Aufmerksamkeit gewidmet und nie weniger damit erreicht worden. Einer der ersten, die das Problem erkannten, war der niederländische Kulturhistoriker Johan Huizinga, der in den dreißiger Jahren das Wort „Puerilismus" prägte. Er definierte es als permanente Pubertät (oder, wie heutige Sozialwissenschaftler sagen würden „Post-Adoleszenz"), als Mangel an persönlicher Würde, anständigem Benehmen und Achtung vor anderen, als Schwächung des kritischen Bewußtseins und halbfreiwillige Betörung. War das alles, in Verbindung mit der Schwärmerei für die Jugend und dem Zurücktreten der älteren Generation zugunsten der Unreifen, nicht ein offenkundiges Symptom von Dekadenz oder Senilität?

Die meisten blühenden Kulturen hätten die Jugend geliebt und verehrt (schrieb Huizinga), sie aber weder verwöhnt noch vergöttert, sondern ihr Gehorsam und Respekt abverlangt. Huizinga beklagte das Phänomen, gab aber der jungen Generation nicht die Schuld, denn sie hatte schließlich den Kult der Jugend nicht erfunden.

Auch Karl Jaspers beschäftigte sich mit dem Thema. Wenn die Dinge sich im Zustand der Auflösung befinden (schrieb er in den frühen dreißiger Jahren), gewinnt die Jugend einen Wert an sich. Junge Leute verlangten, was ihren Lehrern nicht mehr zu Gebote stehe, und die ältere Generation wende sich an die Jugend und erwarte, daß sie ihr eine Botschaft liefere, die aus der Welt verschwunden ist. Derlei Ansichten wurden zu einer Zeit geäußert, als der Faschismus auf der europäischen Szene erschien. Faschismus und Nationalsozialismus waren unter anderem auch eine Protestbewegung der jüngeren Generation. Hitler war der jüngste Kanzler Deutschlands, seine engsten Mitarbeiter wie Joseph Goebbels und Heinrich Himmler waren in den Dreißigern, manche andere erst Anfang zwanzig. Die italienische Faschistenhymne hieß *Giovinezza*: Jugend.

Parallelen zu dieser furchtbaren Periode der deutschen Geschichte werden vielleicht verübelt; aber es gibt Analogien, die man nicht ignorieren soll. Viele Erwachsene stehen einem schwierigen Dilemma gegenüber: daß nämlich einerseits so viel Wertvolles und Großes in der Geschichte der Menschheit von jungen Menschen getan wurde, und daß es andererseits der Jugend fast schon ex definitione an Reife fehlt, daß sie Führung, Erziehung und gelegentlich auch eine feste Hand braucht. Es hat sich immer als schwierig erwiesen, einen Mittelkurs zwischen Repression und Verherrlichung der Jugend zu steuern.

Repression löst das Problem nicht, ebensowenig der Verzicht auf Verantwortung seitens der Erwachsenen. Die Jugendlichen wehren sich gegen Repression, scheinen aber noch mehr zu leiden, wenn Eltern und Lehrer ihnen nicht helfen, einer verwirrenden Welt einen Sinn zu geben, ihnen nicht zeigen, wie man leben, was man tun soll. Eine solche Führung ist schwierig in einer Zeit, da feste Grundsätze selten geworden sind. Dagegen haben manche Erzieher die Jugend ermuntert, sich als das Maß aller Dinge zu betrachten und Erfahrungen der Vergangenheit zu mißachten. Ein solcher Rat, im empfänglichsten Alter gegeben, kann nur zu bedenklicher Desorientierung führen und öffnet jeglicher Art von Scharlatanen, falschen Gurus und politischen Demagogen Tür und Tor.

Ein deutscher Philosoph bemerkte, daß jemand, der auf zwei oder drei Generationen zurückblickt, das Gefühl haben müsse, er sitze in einer Zauberbude bei einem Volksfest und sehe dauernd Tricks, die man eigentlich nur einmal sehen sollte.**) Das mag auf normale Perioden zutreffen, aber das 20. Jahrhundert war ein Zeitalter der Unbeständigkeit. Da war die Generation Adenauers, die in der Geborgenheit der „Welt von gestern" aufwuchs. Die Anschauungen der nächsten Generation wurden von den Erlebnissen des Ersten Weltkriegs geformt. Darauf folgten jene, die gegen Ende der Weimarer Republik oder unter Hitler erwachsen wurden.

Nach dem Zusammenbruch kam die „skeptische Generation", an die sich in jüngster Zeit zwei „revolutionäre" Generationen anschlossen. Als die Autorität ins Wanken geriet und die Selbstsicherheit von Eltern und Lehrern nachließ, schien der Jugendprotest zu einer Art permanenter Revolution geworden zu sein. Wie bei Trotzkis Konzept handelt es sich dabei aber zum guten Teil um ein Phantasieprodukt: Auf Perioden hektischer Aktivität folgt Apathie; einmal liegt der Nachdruck auf kulturellem Wandel, dann wieder auf politischen Forderungen. Es finden ziemlich rasche Umschwünge der Anschauungen und Stimmungen statt: Als diese Zeilen geschrieben wurden, waren die Demonstrationen der beginnenden achtziger Jahre schon fast wieder vergessen.

Während meiner Reisen durch die Bundesrepublik hatte ich es mir zur Aufgabe gemacht, die Oberklassen höherer Schulen und auch gelegentlich eine Diskothek zu besuchen, mit den Jugendlichen zu sprechen und ihnen zuzuhören. Als Resultat habe ich zunehmend den Verdacht gewonnen, daß das in diesem Kapitel Gesagte auf Endzwanziger und Dreißiger zutreffen mag, daß es aber bei den 17- und 18jährigen nicht länger stimmt. Eine von der vorhergehenden sich unterscheidende Generation betritt die bundesdeutsche Szene. Es ist aber zu früh, verläßlich und genau auf die Eigenart von jungen Menschen hinweisen zu wollen, die noch nicht geboren waren, als Rudi Dutschke in Berlin das Banner der Revolte entrollte.

Ich las kürzlich irgendwo, daß sich die Jugendforschung immer auf der Höhe der Unwissenheit befindet; das liegt im Wesen der Sache und trifft wohl auch auf das hier Gesagte zu. Es dauert ein paar Jahre, bis man Beobachtungen anstellt, Meinungsumfragen durchführt und die gewonnenen Erkenntnisse verdaut. Und bis dann die Studien veröffentlicht sind, ist gewöhnlich schon wieder eine neue Generation auf der Bildfläche erschienen. Und so gibt es über die Jugend immer etwas Neues zu berichten …

*) Walter Laqueur, Die deutsche Jugendbewegung. Köln 1962.
**) Arthur Schopenhauer, Parerga kai Paralipomena.

Huizinga und der Kult der Jugend

Der niederländische Kulturhistoriker Johan Huizinga erkannte als einer der ersten, daß nie zuvor der Jugend soviel Aufmerksamkeit gewidmet wurde wie im 20. Jahrhundert und nie weniger damit erreicht wurde. Huizingas Hauptwerke: „Herbst des Mittelalters" und „Homo Ludens". Auf die Spannung zwischen seelenloser Maschinenwelt und sinnsuchender Jugend zielten alle seine Ansätze.



Johan Huizinga (1872–1945)

Morgen lesen Sie:
In der Wirklichkeitsferne der deutschen Intellektuellen, ihrer oft maßlosen Kritik, in ihrer Unfähigkeit, die Situation der Bundesrepublik mit früheren deutschen Epochen oder auch nur mit dem Zustand der Nachbar-Gesellschaften in Beziehung zu setzen, sieht Laqueur die Ursache für die depressive Stimmung, die im krassen Gegensatz zu der im ganzen erstaunlich positiven Lage steht.


Wer nebenher anlegt, kann ganz schön drauflegen.
Gute Geschäfte brauchen gute Kontakte. Und deshalb gehören Vermögens-Anlagen von der Stange in den seltensten Fällen zu den guten Geschäften.
Gewinne lassen sich nicht aus irgendeinem Ärmel schütteln, sondern sind stets das Ergebnis sorgfältiger Maßarbeit nach individuellen Voraussetzungen und Zielen.
Solche Maßnahmen kosten Zeit – und die nehmen wir uns. In jedem Fall.
Und ob die Zeit gut angelegt war, messen wir nicht an den investierten Stunden, sondern ausschließlich an der Rendite, die wir für unsere Kunden erzielt haben.
Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.
HYPO BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.
Imogen Klarwasser
HYPO-BANK

TENNIS / Wimbledonsieger Boris Becker schlägt vor den US-Open den Schweden Mats Wilander

„Er weiß noch gar nicht, wie gut er ist"

FRITZ WIRTH, Cincinnati

Selten hat Mats Wilander so einsam und verloren auf einem Tennisplatz gestanden. 65 Minuten hatte Boris Becker zur Demontage des Schweden gebraucht. Seine Niederlage gegen den 17 Jahre alten Deutschen war noch deutlicher und vor allem psychologisch schmerzhafter, als es das Ergebnis von 6:4 und 6:2 ausdrückt.

Denn Wilander muß mit dieser Niederlage in die Offenen Amerikanischen Tennismeisterschaften ziehen, die heute in New York beginnen. Er ist in diesem Turnier als Nummer drei hinter McEnroe und Lendl gesetzt. Als man ihn nach dem Spiel gegen Becker fragte, für wie stark er denn den Deutschen halte, machte Wilander ihm großzügig, ehrlich und selbstkritisch seinen eigenen Platz frei: „Ich glaube, er ist heute die Nummer drei in der Welt." Becker ist jedoch für die US-Meisterschaften als Nummer acht gesetzt, was bedeutet, daß er bereits im Viertelfinale auf McEnroe stoßen kann.

Beckers Sieg im Finale der ATP-Meisterschaften von Cincinnati war sein dritter Turniererfolg in sechs Wochen. Er selbst war mit sich hochzufrieden. „Ich glaube, ich habe heute so gut wie in Wimbledon gespielt", sagte er, „vielleicht sogar noch besser."

So eindeutig und so eindrucksvoll sein Sieg gegen Wilander war, Becker hat bei allem Selbstbewußtsein immer noch Schwierigkeiten, seine eigene Stärke richtig einzuschätzen: „Manchmal habe ich das Gefühl, daß ich auf Platz 100 rangiere, manchmal glaube ich, ich könnte Nummer zwei oder drei sein." Zur Stunde hält er sich für die Nummer drei in der Welt. Der Amerikaner Hank Pfister, von Becker auf dem Weg ins Finale ausgeschaltet, hat eine bessere Meinung von dem Deutschen: „Er weiß gar nicht, wie gut er ist. Ich halte ihn heute schon für die Nummer eins."

Für Becker war es nicht nur ein Sieg, es war süße Revanche an Wilander, der ihn bei den Meisterschaften von Frankreich ebenso resolut mit 6:3, 6:2, 6:1 vom Platz gejagt hatte, wie es Becker nun tat. Der Sieg war für Becker zugleich die Krönung und der Schlußstrich einer Serie, in der er innerhalb der letzten sechs Wochen praktisch die gesamte schwedische Tennis-Elite geschlagen hat.

Wilander ist in diesem Jahr selten so schnell und eindeutig besiegt worden. Bis 3:3 lagen beide gleichauf. Dann durchbrach Becker mit einer Serie von Assen das Spiel des Schweden, der sich von diesem Schock nicht wieder erholte. Im zweiten Satz konnte Becker den Aufschlag des Schweden zum 2:1 und 4:1 durchbrechen. Wenn es eines Beweises bedarf, wie eindeutig Becker den Schweden beherrschte: Wilander gelang es nicht ein einziges Mal, in Beckers Aufschlagspiel bis auf „Einstand" heranzukommen.

Der Sieg Beckers hat die amerikanischen Tennis-Propheten aufgeschreckt, die in den letzten Tagen den Becker-Kult, der sich auch in den USA ausbreitet, zu stoppen versuchten. Tony Trabert beispielsweise erinnerte daran, daß Beckers Sieg in Wimbledon durchaus als glücklich zu bezeichnen sei, weil Becker ins Finale vordringen konnte, ohne auf die vier Ersten der Tennis-Weltrangliste, nämlich McEnroe, Lendl, Wilander und Connors, zu stoßen.

Das hatte im Vorfeld dieses New Yorker Turniers für den Deutschen eine gesunde und willkommene Außenseiterposition geschaffen. Sein Sieg in Cincinnati jedoch hat das über Nacht korrigiert. Es gibt spätestens seitdem niemanden mehr, der ihn als einen „glücklichen Wimbledonsieger" bezeichnet.

Becker trifft in New York in seinem ersten Spiel auf den weithin unbekannten Australier Peter Doohan. Sollte er sich bis zum Viertelfinale durchkämpfen, dürfte sein Duell mit McEnroe das Spiel des Turniers werden. Denn der Amerikaner hat niemals so viele gute Gründe gehabt, zu gewinnen: Er brennt darauf, ein für allemal klarzumachen, wer die Nummer eins in der Welt ist, und möchte ferner demonstrieren, daß die Niederlage der USA im Daviscup nur seiner Abwesenheit in Hamburg zuzuschreiben war. Außerdem hat McEnroe in diesem Jahr noch kein großes Turnier gewonnen. Nichts wäre für den New Yorker McEnroe schöner, als dies daheim zu tun.



Wilander (rechts) über Becker: „Er ist jetzt die Nummer drei." FOTO: AFP

RAD / WM in Italien

Die Revanche: USA-Sprinter klar geschlagen

sid, Bassano del Grappa

Zum drittenmal nach 1977 und 1979 gelang der „DDR" in der Sprint-Konkurrenz der Amateure der totale Triumph. Bei den Radweltmeisterschaften im italienischen Bassano del Grappa gewann Titelverteidiger Lutz Hesslich vor Michael Hübner und Ralf-Guido Kuschy (alle „DDR"). Nach dem Sieg von Jens Glücklich im 1000-m-Zeitfahren war es der zweite WM-Titel für die „DDR". Der 26 Jahre alte Sportstudent Hesslich aus Cottbus, der 1980 in Moskau Olympiasieger war, ist in dieser Saison noch ungeschlagen und dominierte bei allen neun Grand-Prix-Rennen. Gemeinsam mit seinen Mannschaftskameraden sorgte er jetzt in Bassano del Grappa für eine eindrucksvolle Olympia-Revanche gegen die Amerikaner, die in Los Angeles Gold und Silber durch Gorski und Vails gewonnen hatten, jetzt aber nicht den Hauch einer Chance besaßen. Gorski wurde nur Vierter.

Enttäuschend verliefen die Titelkämpfe auch für den zweimaligen Amateursteher-Weltmeister Rainer Podlesch (Berlin). Mit 40 Jahren der älteste Teilnehmer, hatte er keine Chance, seinen im Vorjahr an den Holländer Jan de Nijs verlorenen Titel zurückzugewinnen, und wurde nur Neunter. Weltmeister wurde erstmals nach 27 Jahren wieder ein Italiener, der 24jährige Roberto Dotti.

FUSSBALL / Vor dem Länderspiel in der UdSSR

Piontek: „Ich kann vor den Sowjets nur warnen"

DW./sid, Düsseldorf

Wenn die deutsche Fußball-Nationalmannschaft morgen nachmittag (17.00 Uhr) in Moskau zum Freundschaftsspiel gegen die UdSSR antritt, wird sie auf eine wiedererstarkte sowjetische Nationalmannschaft treffen. Nach einigen Jahren mäßiger Erfolge wird den Sowjets inzwischen von allen europäischen Experten ein hohes Niveau bescheinigt – trotz der jüngsten 2:4-Niederlage gegen Dänemark in einem WM-Qualifikationsspiel.

„Die Sowjets sind ungeheuer stark. Ich kann den Franz nur ganz eindringlich warnen", sagt Dänemarks deutscher Nationaltrainer Sepp Piontek, und Sören Lerby, dänischer Nationalspieler beim deutschen Meister FC Bayern München, unterstrich: „Wir haben die Russen zwar mit einer Weltklasseleistung besiegt, aber die Mannschaft hat mir ungeheuer imponiert und gehört derzeit zu den Spitzenteams in Europa."

Trotz der Komplimente aus dem Ausland waren die sowjetischen Spieler und Trainer Eduard Malofejew bei ihrer Rückkehr in die UdSSR herber Kritik ausgesetzt. Sie führte dazu, daß Malofejew eine seiner wichtigsten Entscheidungen revidieren und einige alte Spieler zurückholen mußte, die er zuvor aus der Nationalmannschaft verbannt hatte.

Zum Spiel gegen Rumänien am 7. August (2:0 gewonnen) lud er den langjährigen Kapitän und Libero Alexander Tschiwadse (30) ebenso wieder ein wie den früheren Stürmerstar Oleg Blochin (32). Während sich Blochin zuvor wegen nachlassender Leistungen selbst aus dem Kreis der sowjetischen Elitekicker herausgespielt hatte, war Tschiwadse nach kontroversen Auseinandersetzungen mit Trainer Malofejew ausgebootet worden. Mit souveräner Abwehrleistung und lautstarker Regie im Spiel gegen Rumänien rechtfertigte er jedoch sein internationales Comeback.

Franz Beckenbauer, der deutsche Teamchef, hat sich von der zurückgewonnenen Stärke der Sowjets selbst noch nicht überzeugen können, hat das Spiel der UdSSR in Dänemark jedoch von dem ehemaligen Bundesligatrainer Dettmar Cramer beobachten und analysieren lassen. Cramer war besonders beeindruckt von den ständigen Positionswechseln und gelungenen Doppelpaßangriffen der Sowjets. In die Angriffe schalten sich alle Spieler, mit Ausnahme der beiden Innenverteidiger, ein, und Linksverteidiger Anatoli Demjanenko sorgt vor allem mit gefährlichen Weitschüssen häufig für Überraschungen.

„Die Sowjets spielen äußerst modern und diszipliniert. Da merkt man, daß ihr Trainer Malofejew in Holland gelernt hat", bestätigte Sören Lerby Cramers Erkenntnisse.

RUDER-WM / Kolbe

Eine große Mannschaft, kaum Chancen

DW/sid, Hazewinkel

Großes Aufgebot – winzige Erfolgsaussichten: Unter diesen Voraussetzungen nimmt der Deutsche Ruderverband (DRV) seit gestern an den Weltmeisterschaften in Hazewinkel (Belgien) teil. Immerhin ist der DRV dort mit 14 von maximal möglichen 21 Booten vertreten - nur England, Kanada, die USA und die UdSSR stellen mehr Teilnehmer.

Mit einem Trainingslager in Ratzeburg hat der deutsche Verband seine Athleten auf die Titelkämpfe vorbereitet – doch die Medaillenhoffnungen ruhen auf einem Mann, der sich der Kontrolle des Verbandes längst entzogen hat: Erneut ist der inzwischen 32jährige Peter-Michael Kolbe der einzige deutsche Medaillenkandidat. Seit mehr als einem Jahrzehnt ist er der Vorzeige-Ruderer des hiesigen Verbandes, obwohl er schon seit Jahren in der Nähe der norwegischen Hauptstadt Oslo lebt und dort völlig unabhängig von Verbandsvorstellungen sein Training absolviert.

Viermal war er in der Vergangenheit Weltmeister, doch an einen fünften WM-Titel glaubt nicht einmal er selbst. Der scheint schon jetzt für den finnischen Feuerwehrmann Pertti Karppinen (31) reserviert zu sein, der sich seit zwölf Jahren große Duelle mit Kolbe liefert und ihm schmerzhafte Niederlagen beibrachte, doch erst einmal Weltmeister wurde.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die zelebrierte Angst

Sehr geehrter Herr Gillies,

zu Ihrem Leitartikel „Potzblitz – wir leben noch" in der WELT vom 22. 8. möchte ich Sie beglückwünschen.

Es ist allerhöchste Zeit, den groben Vereinfachungen das Differenzierungsgebot entgegenzusetzen und gleichzeitig deutlich zu machen, daß humorlose, unfröhliche Medienmacher zwar (leider) die Möglichkeit, nicht aber das Recht haben, ihren langlebigen Mitbürgern den Alltag zu vergällen. Sie mögen mit ihrer zelebrierten Angst selbst die Konsequenzen aus ihren eigenen „Skandal"-Meldungen ziehen und essen und trinken einstellen; sie werden dann zwar früher als die anderen, aber im Bewußtsein sterben, bis dahin unvergiftet und gesund geblieben zu sein, derweil werden sich die anderen wieder mehr ihrer verdoppelten Lebenserwartung erfreuen. Sie werden sich wieder der Tatsache bewußt, daß das Nahrungsangebot bei uns noch niemals so vielseitig und reichhaltig gewesen ist, und werden darauf gelegentlich ein Glas erheben, um einen Mosel, auch einen Wein von der Saar oder der Ruwer, um ein deutsches Bier zu trinken.

Apropos „Skandal": Ein Gutes haben diese unerfreulichen Gesellen erreicht. Sie haben den Inhalt dieses Begriffs inzwischen auf die Bedeutung eines alltäglichen „Druckfehlers" zusammenschrumpfen lassen.

Machen Sie weiter so!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Herbert W. Köhler, MdB,
Düsseldorf

*

Sehr geehrter Herr Gillies,

ganz hervorragend Ihr Aufsatz. Gratulor!

Bei der Niederschrift ist Ihnen das Wort „Rauchen" unterlaufen. Einige Stunden später hätten Sie bereits gewußt, daß sich auch im Tabak Diethylenglykol befindet. Ein Bremer Umweltlabor hat das herausgefunden. Übrigens: Sind das nicht dieselben Leute, die unlängst Gift im Tee dingfest gemacht haben?

Fazit: Umwelt ist eine Aufgabe, wahrscheinlich für Generationen. Bei uns ist es ein Mythos geworden, eine „Weltanschauung". (Das Wort stammt von Gundolf, nicht von Goebbels). Wenn man weiß, welche katastrophalen Wirkungen die Bildung von Mythen in unserer Geschichte gehabt hat, so kann man Ihnen für Ihre Mahnungen und Warnungen nicht dankbar genug sein.

Die These, der Mensch lerne aus der Geschichte, ist mit Recht sehr zu bezweifeln. Eines sollten wir aus der Hitler-Diktatur aber doch gelernt haben: Man darf nie jemandem Macht in die Hand geben, ohne ihn auf das schärfste zu kontrollieren.

Entgegen der Absicht unserer Verfassungsväter (man lese die Herrenchiemsee-Protokolle des Parlamentarischen Rates) sind bei uns Kräfte herangewachsen, die keinerlei Kontrolle unterliegen, deren Geldgeber, Hintermänner und Drahtzieher man nicht kennt.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr sehr ergebener
Gerd Koenemann,
Hamburg 65

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

erneut hatte ich Veranlassung, mich über einen Artikel von Herrn Gillies ganz besonders zu freuen. Dieses Mal spricht er dem Verbraucher direkt aus dem Herzen, der durch die ständige Negativ-Berichterstattung der Medien allmählich total verunsichert wird.

Es geht ja kaum noch darum, was man essen und trinken darf, sondern ob man überhaupt noch essen, trinken oder atmen darf. Es kommt in diesem Artikel überzeugend und vor allem allgemein verständlich zum Ausdruck, daß aller Panikmache zum Trotz die Menschen heute länger leben. Selbstverständlich müssen Mißstände aufgedeckt werden; Wein mit Giften zu versetzen, ist gewiß nicht legitim und gesundheitsschädigend, genau wie andere Dinge im Lebensmittelbereich.

Aber es darf nicht heute dies und jenes morgen verteufelt werden, was man übermorgen dann wieder zu sich nehmen darf, während dann schon wieder anderes nicht auf dem bundesdeutschen Eßtisch landen darf.

Ich hoffe, daß dieser vorzügliche Artikel von weiten Kreisen gelesen wird.

Mit freundlichen Grüßen
Monika v. Loeben,
Hamburg 61

Widerspruch

Sehr geehrte Herren,

in den drei Monaten, in denen ich, ein polnischer Journalist, in der Bundesrepublik zu Gast war, habe ich Ihre Zeitung mit Interesse gelesen. Im übrigen habe ich Ihre Redaktion vor einigen Jahren auf Initiative von Inter Nationes besucht und wurde dort gastfreundlich aufgenommen.

Ihre Zeitung schenkt Polen viel Aufmerksamkeit, doch fast immer schreiben Sie kritisch über unser Land. Wenn die Kritik begründet ist, kann man Ihnen das nur schwerlich verübeln. Haltlose und angriffslustige Artikel jedoch führen die deutschen Leser in die Irre und dienen nicht der Versöhnung zwischen unseren Völkern; vor allem aber werden sie den Polen, die so sehr unter den faschistischen Besatzern zu leiden hatten, nicht gerecht.

Am 30. Juni veröffentlichte die WELT den Artikel „Gefährliche Erbschaft", in welchem unsere Rechtsansprüche auf die wiedergewonnenen Gebiete in Frage gestellt wurden; am 17. Juli erschien unter dem eindeutigen und unwahren Titel „Wer Deutsch spricht, wird verfolgt" ein Artikel, der in klarem Widerspruch zu allem steht, was jeder bundesdeutsche Tourist in Polen feststellen kann.

An dieser Stelle jedoch erlaube ich mir, die Falschnachricht eines Herrn JGG mit dem Titel „Vermehrt Landflucht polnischer Bauern" (WELT v. 30. Mai) zu berichtigen. Die WELT schreibt: „Nachdem in den vergangenen Jahren bereits rund 70 000 private polnische Landwirte ihre Höfe wegen Unrentabilität aufgegeben haben, ganze schlesische Bergdörfer de facto von der Landkarte verschwunden sind, hat jetzt die Landflucht in der Umgebung von Glogau im Bezirk Liegnitz verheerende Ausmaße angenommen." Seit Jahren indessen ist in ganz Niederschlesien weder ein Dorf ausgestorben noch eine Landschule geschlossen worden. Sollte die WELT den Namen auch nur eines einzigen derartigen Dorfes oder einer einzigen derartigen Schule angeben können, werde ich meinen Hut verspeisen, wie die Amerikaner sagen.

Daniel Passent,
Hamburg 76

Wort des Tages

»Findet ihr den Trost nicht in der Nähe, so erhebet euch und sucht ihn immer höher; der Paradiesvogel flieht aus dem hohen Sturm, der sein Gefieder packt und überwältigt, bloß höher hinauf, wo keiner ist.«

Jean Paul, deutscher Autor (1763–1825)

Bildungsdefizit

„Gratweg am Kap"; WELT vom 17. August

Sehr geehrte Redaktion,

ich habe den Kommentar des Herrn Herbert Kremp über die Regierungserklärung Pieter Bothas in Südafrika zunächst mit großem Interesse, dann jedoch mit wachsender Enttäuschung und Empörung über die besorgniserregenden Ansichten des Schreibers gelesen.

Ich kann nur feststellen, daß Botha die essentiellen Forderungen der Einheimischen – und das sind immer noch nur die Schwarzen – in seiner Rede kaum oder gar nicht berücksichtigt hat.

Wenn Sie sagen, dies sei ein Problem von Generationen, dann kann ich darauf nur antworten, Sie scheinen nicht ganz im Bilde zu sein. Die meisten der afrikanischen Staaten haben das Gegenteil bewiesen. Auch das Beispiel Indiens zeigt deutlich, daß ein Volk trotz Bildungsdefizit durchaus in der Lage ist, eine eigene Regierung kompetent zu legitimieren.

Herzlichst, Ihr
Roy Soumabrata,
Hamburg 26

Auch Subvention

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter dem Titel „Das 100-Milliarden-Spiel", von Hans-Jürgen Mahnke, bringen Sie zum 20. August ausführliche Stellungnahme zur Subventionspolitik.

Mahnke weist darauf hin, daß der Gesamtbetrag der Subventionen nicht ermittelt werden könne, weil es keine verbindliche Definition gäbe. Das mag sein. Jedoch fehlt in seinem Artikel ein Vorgang, der nach den Definitionen, die man z. B. in Lexika findet, fraglos zu den Subventionen gehört, der aber nie erwähnt wird. Ich meine die Tatsache, daß die Weniger- und Nichtverdienenden über die progressive Einkommensteuer laufend mit Beträgen subventioniert werden, die alle genannten Subventionen bei weitem übertreffen.

Auch wenn dieser Vorgang vielleicht vielen Mitbürgern peinlich erscheint, sollte er m. E. doch nicht verschwiegen werden. Und sei es auch nur, um die immer wieder publizierten diffamierenden Lügen über angebliche „Umverteilungen von unten nach oben" zu entlarven.

Mit freundlichem Gruß
G. Albers,
Hamburg 90

STAND ● PUNKT / *Woronin*

Als ob der Wert einer großen internationalen Leichtathletik-Veranstaltung nur noch an Weltrekorden gemessen werden kann! Als es in Köln nicht zum Rekord-Versuch über 6,01 Meter im Stabhochsprung kam, als der sowjetische Weltrekordler Sergej Bubka gar nur Vierter geworden war, gab es Pfiffe im weiten Rund des Müngersdorfer Stadions.

Als der brasilianische Olympiasieger Joaquim Cruz über 800 Meter in der hervorragenden Weltjahresbestzeit von 1:42,54 Minuten an seinem Rekordvorhaben gescheitert war, empörte sich Organisator Klaus Ulonska: „Ich kann den Rekord doch nicht selbst laufen."

Zählt nur noch das Absolute, nur noch der Rekord – und sonst gar nichts?

Fünf vor fünf war es in Köln, als sich eine der großen Überraschungen zutrug, unbemerkt von den meisten der über 40 000 Zuschauer. Als der 29jährige Pole Marian Woronin über 100 Meter die amerikanischen Stars Carl Lewis, Kirk Baptiste und James Butler und gleich auch noch die beiden kanadischen Weltklasse-Läufer Desai Williams und Ben Johnson schlug. Überzeugend klar in 10,19 Sekunden.

Ein Europäer ist schneller als die farbigen Amerikaner! Das war früher allemal eine Schlagzeile. Heutzutage, wo sich das Rekordkarussell der Mittelstreckenläufer immer schneller dreht, verkümmert so etwas zur Fußnote. Leider. Denn Woronin scheint mit seinen 29 Jahren alle Thesen über den Sprint außer Kraft zu setzen. Mit 24 Jahren erreiche ein 100-m-Spezialist den Zenit seiner Leistungsfähigkeit, heißt es. Marian Woronin lief die 100-m-Strecke in diesem Alter genauso schnell wie am Sonntag nachmittag in Köln: in 10,19 Sekunden.

Im letzten Sommer, also im Alter von 28, schaffte er in Warschau die 100 Meter aber sogar in 9,992 Sekunden, was gemäß den internationalen Verbandsparagraphen auf 10,00 Sekunden aufgerundet wurde. Vor 14 Tagen in Moskau, beim Europacup, gewann Woronin selbstredend über 100 Meter, und seitdem tingelt er durch Westeuropa, von Sportfest zu Sportfest.

In Köln hat nun er, der weiße Europäer, die farbigen Sprinter aus Amerika besiegt, was kein Zufallstreffer war. Sein Trainer Tadeusz Cuch, mit dem er schon seit neun Jahren zusammenarbeitet, sagt nämlich: „Marian ist in seinem Wesen viel ruhiger geworden. Er weiß heute viel besser als vor Jahren, was er will und was er kann."

Von solchen konstanten Größen lebt die Leichtathletik. Oder von solchen wie Stefka Kostadinowa aus Bulgarien, die in Köln den Frauen-Hochsprung mit übersprungenen zwei Metern gewann und dabei wiederum, wie in Moskau, die große Tamara Bykowa aus der Sowjetunion schlug. Es war zum 20. Mal hintereinander, daß ihr ein Weltklasse-Ergebnis gelang.

Nun könnte man sagen: Weder Marian Woronin noch Stefka Kostadinowa haben einen Weltrekord gebrochen. Doch was soll's? Die Leichtathletik braucht die außerordentlichen, die großen Sieger. So, wie in Köln. Und das war dort gut so.

KLAUS BLUME

SPORT-NACHRICHTEN

Streiff statt Cesaris

Zandvoort (sid) – Der Franzose Philippe Streiff ersetzt im Ligier-Team für den Rest der Formel-1-Saison den Italiener Andrea de Cesaris. Er war von Ligier entlassen worden, weil er zu viele Autos zu Schrott gefahren habe.

Zuerst Qualifikation

Basel (sid) – Der deutsche Meister VfL Gummersbach und Cup-Vertreter TV Großwallstadt müssen im Handball-Europapokal 1985/86 in die Qualifikation. Der Weltverband begründete seinen Entschluß damit, daß Gummersbach und Großwallstadt im Vorjahr nicht im Europapokal vertreten waren. Außerdem gab es in beiden Wettbewerben die meisten Nennungen.

Schockemöhles Sieg

Hickstead (sid) – Der dreimalige Europameister Paul Schockemöhle (40) gewann das englische Spring-Derby in Hickstead. Er siegte auf seinem zweiten Pferd Lorenzo vor dem Engländer John Whitaker. Mit Deister belegte Schockemöhle außerdem den vierten Rang.

Hockey: Weltmeister

Vancouver (sid) – Die Junioren des Deutschen Hockey-Bundes (DHB) haben ihren Weltmeistertitel erfolgreich verteidigt. Bei den dritten Titelkämpfen in Vancouver (Kanada) wurde im Endspiel Holland mit 4:1 (3:1) besiegt.

Pokalfinale in Berlin

München (sid) – Ab 1987 wird das Volleyball-Pokalfinale der Herren und Damen in Berlin ausgetragen. Man folgt damit dem Vorbild des Deutschen Fußball-Bundes (DFB).

ZAHLEN

FUSSBALL

DFB-Pokal, erste Runde: Stuttgarter Kickers – FC Homburg 3:3 (3:3, 3:0) n. V. (Spiel muß wiederholt werden).

GEWICHTHEBEN

Weltmeisterschaft in Sjödertälje (Schweden): Leicht (67,5 kg): 1. Petrow 335,0 (145/190) kg, 2. Galabarow (beide Bulgarien) 330,0 (150/180), 3. Jingyuan (China) 315,0 (140/175).

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Cincinnati, Finale, Einzel: Becker (Deutschland) – Wilander (Schweden) 6:4, 6:2. – Doppel: Edberg/Jarryd – Wilander/Nystroem (alle Schweden) 4:6, 6:2, 6:3.

RAD

Weltmeisterschaften in Bassano del Grappa, Finale, Amateursprinter: 1. Hesslich, 2. Hübner, Platz 3: Kuschy (alle „DDR"), 4. Gorski (USA). – Steher-Finale, Amateure (50 km): 1. Dotti (Italien) 40:33,76, 2. Königshofer (Österreich) 30 m zur., 3. Gentili (Italien) 40 m, ... 5. Renn 1/310 m, ... 9. Podlesch (Deutschland) 4/290 m.

MOTOR

Großer Preis der Niederlande in Zandvoort (301,892 km): 1. Lauda (Österreich) 1:32:29,263, 2. Prost (Frankreich) beide McLaren-Porsche 0,232 zur., 3. Senna (Brasilien) Lotus 48,491, 4. Alboreto (Italien) Ferrari 48,83, eine Rd. zur. 5. de Angelis (Italien) Lotus, 6. Mansell (England) Williams, WM-Stand: 1. Prost 56 Punkte, 2. Alboreto 53, 3. de Angelis 30, 4. Johansson und Senna je 19, 6. Rosberg 18, 7. Lauda 14, ... 13. Bellof 4.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 1, 1, 1, 2, 2, 2, 1, 1, 2, 2. – **Auswahlwette** „6 aus 45": 2, 14, 19, 21, 23, 33, Zusatzzahl: 44. (Ohne Gewähr).

Personalien

KIRCHE

Neuer Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei dem Landtag und der Landesregierung Nordrhein-Westfalens in Düsseldorf wird Superintendent **Helmuth Friedrich Alfred Koegel-Dorfs** (54) aus Paderborn. In Abstimmung mit der Lippischen und Rheinischen Kirche berief ihn die Leitung der Westfälischen Kirche jetzt zum Nachfolger von Kirchenrat **Albrecht von Mutius**, der im April nach zwölfjähriger Amtszeit im Alter von 69 Jahren verstorben war. Koegel-Dorfs erhält den Titel Kirchenrat und soll zum Jahresende die Leitung des evangelischen Büros in Düsseldorf übernehmen. Pfarrer Koegel-Dorfs stammt aus Duisburg, studierte Theologie in Bethel, Heidelberg, Göttingen und Münster, dazu Soziologie in Hamburg, war nach Ende seiner Ausbildung ab 1960 zehn Jahre Gemeindepfarrer in Paderborn und ist seit Oktober 1970 Superintendent des dortigen Kirchenkreises.

AUSZEICHNUNGEN

Der Werbeleiter des Zeitungsverlages Aachen (Aachener Volkszeitung/Aachener Nachrichten), **E. R. Jürgen Eidens**, ist vom Bundespräsidenten **Richard von Weizsäcker** mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Er wurde vor allem für sein besonderes Engagement um das Leseförderungsprojekt „Zeitung in der Schule" gewürdigt. E. R. Jürgen Eidens hat seine langjährige Tätigkeit als Werbeleiter des Zeitungsverlages Aachen weniger darin gesehen, gleichsam Reklame für sein Produkt zu betreiben, als vielmehr darin, sich für ein übergeordnetes Ziel einzusetzen: nämlich vor dem Hintergrund des stagnierenden beziehungsweise rückläufigen Leseinteresses offensiv für den Kulturträger Zeitung einzutreten.

*

Mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland hat Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** den Frankfurter **Fritz Schade** ausgezeichnet. Schade erhält die Auszeichnung, weil er sich schon seit mehr als 20 Jahren ehrenamtlich im Deutschen Guttemplerorden um die Arbeit an Suchtkranken kümmert. Auch an seinem Arbeitsplatz bei der Deutschen Lufthansa ist Fritz Schade als Sozialbetreuer tätig und für die Beratung von Suchtkranken und Suchtgefährdeten zuständig. Darüber hinaus leitet er einen Gesprächskreis von Alkoholkranken, der sich regelmäßig in der Universitätsklinik zu Frankfurt am Main trifft.

UNIVERSITÄT

Professor **Hansmartin Buchmann**, Direktor des Seminars für englische Sprache und ihre Didaktik an der Rheinischen Friedrichs-Wilhelms-Universität Bonn, ist in diesem Monat emeritiert worden. Hansmartin Buchmann ist 1920 geboren. Nach dem Studium der Fächer Philosophie, Anglistik, Germanistik an der Universität zu Köln promovierte er zum Dr. phil. 1952 trat er in den Schuldienst. Als außerordentlicher Professor wurde er an die Pädagogische Hochschule Ruhr berufen. An die Bonner Pädagogische Hochschule kam er 1965. Seit 1966 war Professor Buchmann als Lehrstuhlinhaber und Direktor des Seminars für „Englische Sprache und ihre Didaktik" tätig.

*

Frau Professor Dr. **Auguste Schlarb**, Professorin für Heimatkunde und Didaktik der Erdkunde an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, wurde ebenfalls in diesem Monat emeritiert. Geboren wurde Auguste Schlarb 1920. Von 1946 bis 1958 war sie als Volksschullehrerin im Schuldienst tätig und studierte daneben an der Universität Bonn und Frankfurt am Main, wo sie 1961 zum Dr. phil. nat. promovierte. In der Zeit von 1959 bis 1961 war sie wissenschaftliche Angestellte an der Pädagogischen Akademie Bonn. Im Jahre 1961 erfolgte dann ein Wechsel nach Neuss. Die Ernennung zur Dozentin erfolgte 1962. Ab 1963 wurde sie außerordentliche Professorin und 1965 ordentliche Professorin. 1971 erfolgte die Berufung an die Pädagogische Hochschule, Abteilung Bonn als Lehrstuhlinhaberin des Faches „Heimatkunde und Didaktik der Erdkunde".

THEATER

Wolfgang Rommerskirchen übernimmt die Direktion des Wolfgang-Borchert-Theaters in Münster. In den vergangenen drei Jahren hat er überwiegend am Kölner „Theater im Keller", das vom früheren Leiter des Borchert-Theaters, **Wolfgang Trautwein** geführt wird, gearbeitet.

Der Kanzler hält sich „alle Konsequenzen offen“

● Fortsetzung von Seite 1

stände seiner Flucht immer noch für die Möglichkeit eines emotionalen „Durchdrehens“ – eventuell ausgelöst durch die vom neuen BfV-Präsidenten Holger Pfahls am 16. August angeordnete erneute Sicherheitsüberprüfung, die Zurücksetzung auf der hausinternen Beförderungsliste *oder auch die* Zuspitzung seiner Finanzprobleme.

Tiedge hat möglicherweise auch geheime Methoden der amerikanischen Spionageabwehr verraten. Er soll nach der WELT vorliegenden Informationen vor wenigen Jahren an einer sogenannten „nachrichtendienstlichen Bildungsreise“ hoher deutscher Spionage-Experten in die USA teilgenommen haben. Zweck solcher Reisen ist es, die deutschen Geheimdienst-Beamten mit der Arbeitsweise und neuen Methoden der Spionageabwehr in den Vereinigten Staaten bekanntzumachen.

Noch am Wochenende hatten sich Bundeskanzler *Helmut Kohl und der* CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß getroffen und *ihre Haltung in der* nach den Verratsfällen entstandenen Lage, aber auch zu den bevorstehenden politischen Aufgaben nach der parlamentarischen Sommerpause abgestimmt. Am Samstagabend hatte Kohl nach Abschluß seines Gesprächs mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand im südfranzösischen Bregançon Strauß in dessen Ferienhaus an der Côte d'Azur im Raum Nizza getroffen. Beide Politiker *konferierten dort unter* vier Augen. Kohl übernachtete *dort und flog erst am Sonntagmittag* nach Bonn. Regierungssprecher Friedhelm Ost sagte, dieses Treffen sei seit langem verabredet gewesen.

Die verhaftete Sekretärin Höke aus dem Präsidialamt hatte als Mitarbeiterin der für Auslandsfragen zuständigen Abteilung offenbar auch Zugang zu allen wichtigen Lageberichten aus den Botschaften der Bundesrepublik Deutschland.

Gestern sollten auch die Geheimdienste der NATO-Verbündeten erstmals offiziell informiert werden. NATO-Stellen verfolgen die Spionage-Affäre in Bonn „aufmerksam“, hieß es in Brüssel. Dabei stütze man sich „auf offizielle Kanäle und auf die Berichterstattung der Medien“.

In der Diskussion um die Verantwortung für die offenbar lasche *Handhabung der Sicherheitsbestimmungen* im Fall des durch Trunksucht und hohe Schulden *zum Risiko* gewordenen Hans Joachim Tiedge konzentrierte sich auch gestern in Bonn die Kritik auf den ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heribert Hellenbroich. Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, sagte in einem Interview des Saarländischen Rundfunks: „Aus dem, was mir bisher bekannt ist, ist es ein unverzeihlicher Fehler, einen Mann, der so labil ist, psychisch und physisch, so lange an einer solchen Stelle zu lassen.“ Mit einer Ablösung Hellenbroichs, der seit dem 1. August den Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach bei München leitet, wird nach Aufklärung aller internen Versäumnisse und des durch Tiedges Verrat angerichteten Schadens allgemein gerechnet. Möglicherweise muß auch der Vizepräsident im BfV, Pelny (SPD), gehen, da er im Amt für Personalfragen zuständig war. Im Kölner Verfassungsschutzamt kam der neue Amtschef Ludwig-Holger Pfahls gestern mit den Präsidenten der Landesämter für Verfassungsschutz zu Beratungen zusammen.

Im Streit um Paragraph 218 sucht Mainz „politischen Weg“

Soziale Hilfen sollen für einen „größeren Empfängerkreis“ verbessert werden

ULRICH REITZ, Mainz

Rheinland-Pfalz wird es, wie in der WELT berichtet, nicht auf sich nehmen, als einziges Bundesland vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die sogenannte Abtreibung auf Krankenschein nach der Notlagenindikation anzufechten. Mainz wird nach Ankündigung von Mini*sterpräsident Bernhard Vogel (CDU)* statt dessen einen Gesetzentwurf in *den Bundesrat* einbringen, der eine Änderung der Reichs-Versicherungs-Ordnung (RVO) vorsieht. Dabei soll der entsprechende Paragraph der RVO, der die Voraussetzungen für die Kostenerstattung bei Schwangerschaftsabbrüchen regelt, verschärft werden. „Wir haben uns damit für den politischen Weg entschieden“, sagte Vogel.

Ein Gang nach Karlsruhe hätte nach Einschätzung des Landesjustizministers zwar erfolgreich beschritten werden können. Aber: „Auf eine Entscheidung der Verfassungsrichter hätten wir drei bis vier Jahre warten müssen“, sagte Vogel. Dagegen sei der politische Weg schneller zu beschreiten und könne in absehbarer Zeit zu einem Erfolg führen. Vogel will die Leistungen der Krankenkassen deshalb an folgende Voraussetzungen binden:

– Die erforderliche Feststellung für einen Abbruch wird von einem nach Landesrecht bestimmten, besonders qualifizierten Arzt getroffen.

– Dieser Arzt bejaht das Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen des Paragraphen 218 und begründet schriftlich und unter Abwägung aller für die Entscheidung maßgebenden Umstände des Einzelfalles das Vorliegen der Voraussetzungen.

– Der Arzt, der den Abbruch der Schwangerschaft vornimmt, teilt der Krankenkasse mit, welche Voraussetzungen des Paragraphen 218 er bejaht hat, daß ihm die vorweg genannte Feststellung des anderen Arztes vorliegt und welcher Arzt diese Feststel*lung getroffen hat.*

Mit dieser Initiative soll die „bestehende Rechtsunsicherheit beendet und dem Mißbrauch begegnet wer*den, der mit der Möglichkeit getrieben* wird, sich auf soziale Gründe für *eine Abtreibung zu berufen,“ sagte* Vogel. Denn schließlich belege die *hohe Zahl von Abtreibungen,* daß die vom Gesetzgeber gewollten Leistungsvoraussetzungen für die Kostenerstattung bei Schwangerschaftsabbrüchen nur in den wenigsten Fällen erfüllt würden. Vogel bezeichnete es außerdem als „dringend notwendig“, neben der von Rheinland-Pfalz betriebenen Änderung der Reichs-Versicherungs-Ordnung in Bund und Ländern die sozialen Hilfen für werdende Mütter und für Familien zu verbessern. So sollten nach Auffassung Vogels die Mittel der mit derzeit 50 Millionen Mark ausgestatteten und von Bundesfamilienminister Heiner Geißler initiierten Stiftung Mutter und Kind „deutlich erhöht“ werden. Zu den Anstrengungen des Bundes, so Vogel, müßten „verstärkte Leistungen aus den Ländern“ hinzu kommen. Mainz wolle hier mit gutem Beispiel vorangehen.

So sei geplant, das 1984 eingeführte und ursprünglich bis zu der Gewährung von Erziehungsgeld durch Bonn terminierte Familiengeld weiterzuzahlen. Zudem sollen nach dem Willen der CDU-Regierung die finanziellen Mittel von derzeit 300 Mark pro Familie und Jahr aufgestockt werden. Ein „größerer Empfängerkreis“ soll außerdem erschlossen werden. Weiter sollen im Rahmen eines Landesprogramms „Mutter und Kind“ Leistungen, die bereits nach dem Bundessozialhilfegesetz alleinerziehenden Müttern gewährt werden, durch eine finanzielle Erziehungs*hilfe des Landes* ergänzt werden. Vogel äußerte die Erwartung, „daß in anderen Bundesländern ähnliches geschieht“. Mit dem Maßnahmenkatalog solle „ein Weg beschritten werden, der alle politisch Verantwortlichen in die Pflicht nimmt, mehr als bisher für den Schutz des ungeborenen Lebens zu tun“.

Die Zahl von 200 000 Abtreibungen jährlich sei „erschreckend hoch, und das in einem der wohlhabendsten Länder der Welt“, sagte Vogel, der um so weniger Verständnis dafür zeigte, daß 83 Prozent der Abtreibungen mit sozialen Notlagen begründet würden.

Die Staatskanzlei versuchte dem Eindruck zu begegnen, Vogel habe mit seiner Entscheidung, den Gang nach Karlsruhe nicht anzutreten, den Bundeskanzler desavouiert. Der Hintergrund dazu: Kohl hatte durch Regierungssprecher Ost verkünden lassen, Rheinland-Pfalz werde in Karlsruhe klagen, während Vogel lediglich zugesagt hatte, eine Klage zu prüfen. Wegen des zu erwartenden Widerstandes des Koalitionspartners FDP hatte die Bundesregierung eine Klage erst gar nicht erwogen. Auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion konnte sich nicht, wie von Bayern gefordert, für eine Klage entscheiden.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung äußerte sich nun zuversichtlich, daß Kohl „mit uns zufrieden ist“. Dem Kanzler gehe es um eine möglichst schnelle Reduzierung der Abtreibungszahlen, die am besten durch eine Änderung der RVO erreicht werden könne.

Ziel der Eureka-Projekte: „Europa der Technologie“

Ministerkonferenz in Hannover wird intensiv vorbereitet

BERNT CONRAD, Bonn

In intensiven Gesprächen wird derzeit die zweite Eureka-Ministerkonferenz vorbereitet, die für den 5. und 6. November nach Hannover einberufen worden ist. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wird darüber heute und morgen mit seinem italienischen Amtskollegen Giulio Andreotti in Rimini beraten, nachdem er zuvor schon *bilateral mit den* Außenministern Sir Geoffrey Howe *(Großbritannien) und Roland Dumas* (Frankreich) konferiert hatte. Am 18. *September werden sich* Experten der siebzehn an Eureka beteiligten Staaten zu einer Vorbereitungskonferenz in Bonn treffen.

Die Bundesregierung betrachtet es als die entscheidende Aufgabe der Ministertagung in Hannover, Ziele und Kriterien für Eureka-Projekte zu bestimmen, Strukturen für das anvisierte „Europa der Technologie“ festzulegen und Finanzierungsmodalitäten zu umreißen.

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger hatte am Wochenende in einem Interview der französischen Zeitschrift „Le Point“ erklärt, er habe bisher „nicht verstanden, worin Eureka besteht“. Tatsächlich wird es sich bei dem Programm – wie Genscher seinem US-Kollegen George Shultz schon vor einiger Zeit erläutert hat – um eine sehr flexible Koordinierung der technologischen Forschung handeln, an der außer den zehn Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft, der EG-Kommission und den künftigen EG-Partnern Spanien und Portugal auch Norwegen, Schweden, die Schweiz, Österreich und Finnland teilnehmen werden.

Mit dem eigentlichen Titel „European Research Coordination Agency“, der sich hinter der Kürzel Eureka verbirgt, hat die derzeitige Planung nicht mehr viel zu tun, weil die ursprünglich von Frankreich ins Auge gefaßte „Agentur“ mit einer eigenen Bürokratie auf deutschen Wunsch längst gestrichen worden ist.

Heute wird nur noch an einzelne Forschungsprojekte *mit* jeweils wechselndem Teilnehmerkreis gedacht, für *die beispielsweise* folgende Sachbereiche möglich sind:

– *Die neue Computer-Generation;*
– Höchstgeschwindigkeits-Schalt*kreise;*
– Moderne Kommunikationsstruktu*ren für Europa;*
– Bio-Technologien für den Umweltschutz.

Derartige Forschungsprojekte sollen von Firmen und Instituten aus den jeweils interessierten Teilnehmerstaaten gemeinsam betrieben werden, wobei ein in dem konkreten Bereich besonders engagiertes Land oder auch die EG-Kommission die „Projektführerschaft“ übernehmen soll. Dafür wird jeweils ein Sekretariat benötigt werden. Außer diesen projektgebundenen Sekretariaten und den zuständigen Ministerkonferenzen soll es keine weiteren Institutionen geben.

Das von den anderen Teilnehmern weitgehend akzeptierte deutsche Prinzip für Eureka lautet: Soviel Flexibilität und unternehmerische und wissenschaftliche Eigeninitiative wie möglich. Für besonders wichtig hält man es in Bonn, daß die bisher egozentrische nationale Auftragspraxis verschwindet und durch eine koordinierte und bedarfsorientierte Nutzung der europäischen Forschungskapazitäten ersetzt wird. Zur Finanzierung sollen – neben einem staatlichen Startkapital – die beteiligten Industriefirmen, Eigenmittel der EG, nationale Etatmittel und eventuell auch Kredite herangezogen werden.



Der „Neuen Demokratie“ droht nun die Spaltung

Wiederwahl des Parteichefs Mitsotakis gilt als sicher

E. ANTONAROS, Athen

Die partei-interne Krise bei der größten bürgerlichen Partei Griechenlands, der liberal-konservativen „Neuen Demokratie“, hat sich dramatisch zugespitzt. Wider Erwarten hat sich nun Fraktionssprecher Konstantin Stefanopoulos geweigert, für das Amt des Parteivorsitzenden zu kandidieren, das durch den überraschenden Rücktritt des seit einem Jahr amtierenden Parteichefs Konstantin Mitsotakis am Wochenende vakant geworden ist.

Stefanopoulos, der als die Nummer *zwei der Partei gilt, hat Mitsotakis* beschuldigt, durch seine Haltung ei*ne „künstliche Krise“ ausgelöst* zu haben. Ferner hielt er ihm vor, „nur *an seine persönlichen Belange“, näm*lich sein Festhalten an der Macht, zu denken. Aus diesem Grunde habe er beschlossen, diese „unnötige und gefährliche Herausforderung“ zurückzuweisen. Stefanopoulos will der Fraktionssitzung am Donnerstag fernbleiben, auf der ein neuer Parteiführer gewählt werden soll. Stefanopoulos hatte sich in der vergangenen Woche mit Mitsotakis zerstritten, dem er vorwirft, von einem „demokratischen Dialog innerhalb der Partei“ nichts zu halten.

Nun gilt es fast als sicher, daß Mitsotakis, der aufs neue kandidieren will, seine Wiederwahl praktisch in der Tasche hat. Dazu braucht er laut Parteisatzung die Stimmen von 61 der insgesamt 121 Fraktionsmitglieder. Zwei jüngere Politiker, die möglicherweise kandidieren werden, haben keine Erfolgsaussichten.

Falls Mitsotakis wiedergewählt wird, was sehr wahrscheinlich ist, so wird dies die Krise der „Neuen Demokratie“ nicht beenden. Im Gegenteil: Die Äußerungen von Stefanopoulos verdeutlichen, daß er das Abstimmungsergebnis unter keinen Umständen anerkennen will. Ähnlich werden sich höchstwahrscheinlich auch die 20 bis 25 Abgeordneten verhalten, die zu ihm stehen.

Vor diesem Hintergrund wird in der griechischen Presse mittlerweile *offen darüber spekuliert, daß eine* Spaltung dieser 1974 gegründeten *großen Partei die Folge wäre.* „Die Neue Demokratie steht unmittelbar *vor der Spaltung. Stefanopoulos ist* nicht mehr bereit, mit Mitsotakis zusammenzuarbeiten“, kommentierte die links von der Mitte angesiedelte Tageszeitung „*Eleftherotypia*“.

Während die den regierenden Sozialisten nahestehenden Zeitungen mit offener Schadenfreude über die Vorgänge in der „Neuen Demokratie“ berichten, bringt die bürgerliche Presse ihre Sorgen über das Geschehen bei der wichtigsten Oppositionspartei zum Ausdruck: „Die bürgerlichen Politiker tragen die große Verantwortung, unter einem Dach zu bleiben. Keine ihrer Differenzen können unüberbrückbar sein. Die 41 Prozent der Griechen, die für sie stimmten, werden ihnen eine Spaltung nie verzeihen“, stellte das konservative Blatt „Vradyni“ fest. (SAD)

Offener Streit bei Frankreichs Sozialisten

AFP, Paris

Auf der Sitzung des Direktionsko*mitees der Sozialistischen Partei* Frankreichs sind am Wochenende *zwischen dem ehemaligen Landwirt*schaftsminister Michel Rocard und der *Parteimehrheit* Meinungsverschiedenheiten offen zutage getreten. *Rocard hatte zu dem* Resolutionsentwurf von Parteichef Lionel Jospin Änderungsvorschläge vorgelegt, in denen Fehler der sozialistischen Regierung analysiert und die Partei zu einer „Modernisierung“ aufgefordert werden.

Wichtigster Streitpunkt war die Frage nach der Taktik für den Fall einer sozialistischen Niederlage bei den Parlamentswahlen im kommenden Jahr. Rocard sprach sich für ein „*Minimalprogramm*“ aus, das eine Koalition mit den derzeit in der Oppo*sition stehenden bürgerlichen* Parteien ermöglichen würde. Jospin jedoch bestand auf seinem Text, der die Mobilisierung der Partei und ihrer Wähler in den Vordergrund stellt.

Rocard, den Umfragen seit langem als populärsten sozialistischen Politiker ausweisen und der seine Präsidentschaftskandidatur für 1988 angemeldet hat, war im Frühjahr aus Protest gegen die Einführung des Verhältnis-Wahlrechts von seinem Amt als Landwirtschaftsminister zurückgetreten.

BBU nutzt Konten der Stadt Bonn

hey, Bonn

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), *den die* großen Parteien als eine Art Vorfeldorganisation der Grünen eingestufen, kann zwei Konten der Stadtverwaltung Bonn für Spendensammlungen nutzen. In Briefen führt der BBU für Einzahlungen die Stadtsparkasse und das Postscheckamt Köln an. Danach soll auf Überweisungen als Empfänger die „Stadt Bonn“ angegeben werden. Beim Postkonto soll außerdem eine „Buchungsstelle“ mit einer zwölfstelligen Nummer sowie „Spenden zugunsten des BBU“ vermerkt werden.

Diese Hilfe auf Kosten des Steuerzahlers für den BBU, der unter seinem ehemaligen Vorsitzenden und jetzigen saarländischen Umweltminister Jo Leinen (SPD) wegen strittiger Abrechnungen ins Gerede gekommen war, wurde gestern von der Bonner Stadtverwaltung verteidigt: Die Organisation dürfe keine Spendenquittungen ausstellen. Deshalb erteile die Stadt die Bescheinigungen und leite die Gelder dann weiter. Pressesprecher Werner D'hein erklkärte dazu der WELT, man unterscheide nicht „zwischen links und rechts“. Es würden zum Beispiel auch Konten „für die Feuerwehr“ geführt. Der FDP-Stadtverordnete Wolfgang Weber will nun wissen, ob hier „*Mißbrauch*“ vorliegt.

BDI: Freiraum der Industrie nicht einengen

Mk. Bonn

Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Hans Joachim Langmann, hat die jüngsten Vorstöße für eine erweiterte Mitbestimmung bei der Einführung neuer Technologien als für die neu erweckte wirtschaftliche Dynamik schädlich bezeichnet. Im Vorfeld des bevorstehenden Dreiergesprächs beim Bundeskanzler am 5. September wies er darauf hin, die unbestreitbaren Beschäftigungserfolge seien nur durch eine schnelle und im wesentlichen ungehinderte Umsetzung moderner Techniken in neue Verfahren und Produkte zustande gekommen. Die Arbeitnehmer und ihre Vertretungen seien in den Betrieben in diesen Prozeß durch ein System von Informations- und Mitwirkungsrechten eingebunden, *das im internationalen* Vergleich ohne Beispiel sei.

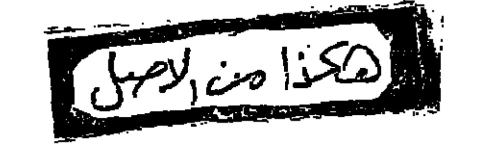
Für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer auch bei der Einführung neuer Technologien gäben die Regelungen des Betriebsverfassungsgesetzes vielfältig nutzbaren Raum. Jede weitere Ausdehnung des geltenden Rechtsrahmens würde den Freiraum für unternehmerisches Handeln weiter einschränken und den technischen Anpassungsprozeß behindern. Sie bringe nur mehr Bürokratie und unternehmensfremden Einfluß, aber sicherlich nicht mehr Beschäftigung.

Langmann warnt auch davor, die bisherigen Beschäftigungserfolge durch eine wirklichkeitsfremde Diskussion über eine zwangsweise Begrenzung der Überstunden zu gefährden. Diese lägen mittlerweile seit mehreren Jahren auf einem Tiefstand. Der auch von Langmann getragene Appell, die Einstellung von zusätzlichen Arbeitskräften der Anordnung von Überstunden vorzuziehen, müsse sich in jedem einzelnen Fall an den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen und daran messen lassen, ob das notwendige Angebot an Fachkräften überhaupt vorhanden sei. Jeder Versuch einer gesetzlichen Reglementierung würde die Flexibilität der Unternehmen weiter einschränken und letztlich beschäftigungsfeindlich wirken.

Möllemann in Genf Delegationsleiter

AP, Bonn

Die Bundesregierung wird bei der Konferenz zur Überprüfung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV), *die heute in Genf* beginnt, „für die Stärkung und umfassende Geltung des Vertrages eintreten“. Das versicherte gestern das Auswärtige Amt in Bonn. Die Ziele des NVV blieben von grundlegender Bedeutung. Bonn werde sich weiterhin dafür einsetzen, daß keine Verbreitung von Kernwaffen erfolge und die friedliche Nutzung der Kernenergie gewährleistet und gefördert werde. Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland wird der Staatsminister im Auswärtigen Amt Jürgen Möllemann (FDP) sein. Die Konferenz, an der sich rund 130 Mitgliedsstaaten des NVV beteiligen, wird voraussichtlich bis zum 24. September dauern.



Besser akzeptiert

tl. – Es ist uns noch in unguter Erinnerung: Polit-Randalierer hatten die Kernenergie ausgeguckt, um auf ihrem Rücken den Kampf gegen die wirtschaftliche Ordnung insgesamt auszufechten. Brokdorf war der traurige Höhepunkt einer Reihe gewalttätiger Auseinandersetzungen um den Strom aus dem Uran. Auch viele ehrbare Gemüter nutzten ihr Demonstrationsrecht, um gegen die anfangs unheimliche Energie auf die Straße zu gehen. Fehlende Aufklärung ist sicher mitverantwortlich.

Inzwischen haben sich die Gemüter beruhigt. Der schrumpfende Geldbeutel der Bundesbürger hat wohl viele zum Umdenken bewogen: In den Regionen mit dem größten Kernenergieanteil – in Bayern und Norddeutschland inzwischen mehr als 60 Prozent – stieg der Strompreis am geringsten. Doch der schnöde Mammon allein hat das Umdenken nicht bewirkt.

Hersteller und Betreiber haben nach 25 Jahren des Lernens und der die Öffentlichkeit oft aufrüttelnden technischen Schwierigkeiten demonstriert, daß sie Kernkraftwerke inzwischen einwandfrei errichten und betreiben können. Auch die Sorge um die heimische Kohle war unbegründet. Die Elektrizitätswerke halten sich an den Jahrhundertvertrag und stehen zur Nutzung der heimischen Steinkohle – allerdings aus wirtschaftlichen Gründen nur in der Kombination zusammen mit der Kernenergie.

Doch die Kernenergie hat ihren Überzeugungsfeldzug noch nicht endgültig gewonnen. Es geht jetzt um die Entsorgung. Die bessere Akzeptanz durch Politik und Öffentlichkeit darf aus Gründen der Vernunft nicht wieder aufs Spiel gesetzt werden.

Erste Hilfe

hdt. – Wer sich in unserer Gesellschaft beruflich selbständig machen will, tut das gewiß nicht ohne Risiko. Das gilt vor allem für die Anlaufzeit. Die überdurchschnittlich vielen Pleiten im Bereich von Neugründungen unterstreichen das sehr deutlich. Offensichtlich schreckt dies jedoch wenig ab. Die wachsende Zahl der Neugründungen beweist das. So wurden 1983 und 1984 jeweils rund 17 000 solcher Existenzgründungen aus Bundesmitteln gefördert. Für das neue Ansparprogramm, das am 1. August dieses Jahres in Kraft trat, liegen bereits mehr als 13 000 Anträge vor. Die staatliche Unterstützung von Eigeninitiativen erweist sich so als Art Initialzündung zum Aufbau neuer Existenzen. Hier wird dem geholfen, der selbst bereit ist, etwas zu unternehmen. Von den so geförderten Neugründungen wurden immerhin rund 170 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Auch das ist ein Beispiel dafür, daß die Zeichen und die Notwendigkeiten der Zeit verstanden wurden.

WIRTSCHAFTSLAGE / „Zahl der Beschäftigten wird sich um 100 000 erhöhen"

Minister Stoltenberg rechnet mit einer Beschleunigung des Wachstums

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg rechnet für 1986 mit einer Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums und einer Zunahme der Beschäftigtenzahl um mehr als 100 000. Wichtig sei, betonte er anläßlich des Vorstandstreffens der Unternehmen mit Bundesbeteiligung in Berlin, daß die Tarifpartner den Spielraum für einen Anstieg der verfügbaren Einkommen nutzen und auf kostspielige, aber nachfrageschädliche weitere Arbeitszeitverkürzungen verzichten. Die Beschlüsse des Bundeskabinetts zur Privatisierung befänden sich „in der Phase der Umsetzung".

Der wichtigste Motor des Wachstums sei seit 1983 ein anhaltend starker Export gewesen. In diesem Jahr sei die Belebung der Ausrüstungsinvestitionen *hinzugekommen*, für die Stoltenberg mit einem Zuwachs von zwölf Prozent 1985 rechnet.

Die Voraussetzungen für ein Anziehen der privaten Nachfrage bezeichnete er als günstig: „Die erste Stufe der Steuerentlastung wird mit elf Milliarden Mark 1986 wirksam, und vier Milliarden Mark für höhere Transferleistungen, vor allem für die Familien und das Wohngeld, kommen im nächsten Jahr hinzu."

Im Gegensatz zu den meisten vorangegangenen Expansionsphasen gehe dieser Aufschwung nicht mit zunehmenden, sondern mit sinkenden Inflationsraten und Zinssätzen einher. Stoltenberg erwartet, daß der Preisanstieg, der noch im Sommer 1982 bei fast sechs Prozent lag und zuletzt auf 2,3 Prozent gefallen war, auf weniger als zwei Prozent sinken werde.

Dadurch werde bei nahezu stabilen Wechselkursen im europäischen Währungssystem die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nachhaltig gestärkt. „Sozialpolitisch ist Geldwertstabilität für die Bezieher kleinerer Einkommen am wichtigsten." Die Kapitalmarktsätze lägen heute bei rund 6,5 Prozent, also bei Werten, wie sie zuletzt im Frühjahr 1978 in einer besonders günstigen außenwirtschaftlichen Situation registriert wurden.

Auch auf dem Arbeitsmarkt gebe es erste positive Anzeichen. Für 1985 zeichne sich eine Zunahme der Beschäftigtenzahl um mehr als 100 000 ab. Wachstum allein reiche für mehr Beschäftigung jedoch nicht. Erforderlich seien auch eine Reihe struktureller Veränderungen. „Dazu gehören mehr berufliche und räumliche Mobilität genauso wie Lohn- und Gehaltsstrukturen, die mehr als bisher den häufig sehr unterschiedlichen regionalen und sektoralen Gegebenheiten Rechnung tragen." Stoltenberg appellierte an die Unternehmer, die Möglichkeiten des Beschäftigungsförderungsgesetzes zu nutzen.

Der Finanzminister betonte, daß auch in den nächsten Jahren bis 1989 die Ausgaben des Bundes um weniger als drei Prozent steigen sollten. „Ausgabendisziplin ist die wichtigste Voraussetzung für eine Rückführung des überhöhten Staatsanteils." Dieser habe 1982 rund 50 Prozent betragen und dürfte sich 1987 auf 46 bis 47 Prozent belaufen. „Unser Ziel ist, ihn in den folgenden Jahren auf etwas über 40 Prozent zu reduzieren."

Die konjunkturelle Belebung und die eingeleiteten Rationalisierungsmaßnahmen hätten sich günstig auf die Abschlüsse der bundeseigenen Betriebe und der Bundesbeteiligungen ausgewirkt. Dabei wies Stoltenberg auf die „hervorragende Entwicklung" bei der Bundespost hin, die bei einem Jahresüberschuß von 4,3 Milliarden Mark 1984 ihre Stellung als der größte Investor halten konnte.

Stoltenberg wies noch einmal auf die Grundsätze der Bundesregierung zur Beteiligungspolitik vom März dieses Jahres hin. Danach könne es auf Dauer kein öffentliches Unternehmen geben, wo es keinen öffentlichen Auftrag gibt. Eine Beteiligung solle nur so hoch sein, wie sie zur Sicherung des wichtigen Bundesinteresses unerläßlich ist. Die Beschlüsse des Bundeskabinetts zur Privatisierung befänden sich in der Phase der Umsetzung. „Wesentliche Verringerungen von unmittelbaren Bundesbeteiligungen werden sich im Jahre 1986 vollziehen", kündigte Stoltenberg an. Seit 1982 seien in insgesamt 34 Fällen Beteiligungen veräußert, verringert oder liquidiert worden.

SÜDAFRIKA

Notenbank registriert einen schnelleren Kapitalabfluß

WILHELM FURLER, London

Ausländische Investoren ziehen ihr Kapital in wachsendem Umfang aus Südafrika ab. Diese jüngste Entwicklung steht ohne Zweifel in direktem Zusammenhang mit der sich verschlechternden politischen Situation und dem Wertverfall der südafrikanischen Währung. Dem jetzt vorgelegten Jahresbericht der südafrikanischen Notenbank zufolge kam es im zweiten Quartal dieses Jahres zu einem Netto-Abfluß an langfristigem Kapital aus dem Privatsektor in Höhe von 317 Millionen Rand, das waren rund 341 Millionen Mark. Der größte Teil dieser Abflüsse resultierte, so die südafrikanische Zentralbank, aus Verkäufen von Wertpapieren an der Johannesburger Börse durch Nicht-Südafrikaner.

Wie der Südafrika-Korrespondent der Londoner Tageszeitung „Times" berichtet, kam es allein in den Monaten Mai und Juni zu einem Netto-Verkauf von Wertpapieren durch Ausländer in Höhe von 261 Millionen Rand. Der Kapitalabfluß soll sich der „Times" zufolge im Juli noch erheblich beschleunigt haben. Die Zeitung beruft sich auf Börsenhändler in Johannesburg, die davon ausgehen, daß die Netto-Wertpapierverkäufe die 400-Millionen-Rand-Marke im vergangenen Monat überschritten haben. Das wäre der mit Abstand größte Netto-Abfluß bisher.

Dabei soll sich den Informationen der „Times" zufolge die Masse der Juli-Verkäufe nach dem 20. Juli ereignet haben, also nach der Ausrufung des Ausnahmezustandes in 36 der insgesamt 256 Distrikte. Gegenwärtig wird der Rand gegenüber dem US-Dollar mit nur 39 Cents gehandelt gegenüber 78 Cents vor etwa einem Jahr und 52 Cents, bevor der Ausnahmezustand ausgerufen wurde.

Wie die Zeitung weiter berichtet, sind südafrikanische Unternehmen immer stärker besorgt über Angaben, wonach ausländische Banken bei der Vergabe von kurzfristigen Geschäftskrediten äußerste Zurückhaltung üben. In diesem Zusammenhang hieß es zuvor in Londoner Bankkreisen, es sei kaum vorstellbar, daß ausländische Banken ihre Kreditvergabe ganz einstellen würden. Allerdings müsse damit gerechnet werden, daß die Vergabe von Krediten aus anderen als den bisher üblichen Quellen, falls dies von Fall zu Fall notwendig werden sollte, zu deutlich höheren Zinssätzen erfolgen würde, die zu einer zusätzlichen Belastung der Wirtschaft führt.

In der vergangenen Woche hat der Geschäftsführer einer der größten Supermarktketten Südafrikas die Gründung eines Komitees aus zehn führenden Geschäftsleuten des Landes angekündigt, um von Unternehmerseite aus „die wirtschaftliche und politische Reform" in Angriff zu nehmen. Es sei entschlossen, der schwarzen Bevölkerung wie ausländischen Kritikern zu demonstrieren, daß die südafrikanische Wirtschaft nicht „ein Teil der Regierung in Pretoria" sei.

Börsenneuling Henkel

Von JOACHIM GEHLHOFF

Man greift nicht zu hoch, wenn man den nach langer familiärer Diskussion nun endlich gefaßten Entschluß des Henkel-Konzerns zum Gang an die Aktienbörse ein für Firma und Gesellschaftsordnung gleichermaßen bedeutsames Ereignis nennt. Der viertgrößte deutsche Chemiekonzern, im Umsatz allerdings kaum ein Viertel so groß wie das Farbennachfolger-Dreigestirn mit seinen jeweils mehr als 300 000 Publikumsaktionären, öffnet sich mit Vorrangziel forcierter Expansion auf den Weltmärkten in seinem 110. Lebensjahr dem Miteigentum Tausender von familienfremden Kapitalanlegern.

Die können nun über kurz oder lang eine volle Milliarde Mark Risikokapital in diesem bislang aus eigener Kraft firmierenden Familienkonzern investieren. Eine Summe, die jeden Emissionsbetrag eines Börsenneulings aus den letzten Jahren in den Schatten stellt. Sie läßt sich bei Henkel aus dem „Doppelentschluß" zusammenrechnen, für die Börse verfügbare stimmrechtslose Vorzugsaktien teils für verkaufslüsterne Familienangehörige mit nominal 100 Millionen Mark aus Rücklagenumwandlung und teils mit nominal 75 Millionen Mark durch Bareinzahlung Familienfremder in die Kasse zu schaffen.

Bei letzteren ist der noch nicht festgelegte Emissionspreis pro Aktienstück (den dann der Börsenkurs für alle Vorzugsaktien sicherlich nicht unterschreiben wird) in der Größenordnung von 300 Mark zu vermuten, also beim Sechsfachen des Nominalwertes. Damit nicht genug hat sich Henkel auch noch ein genehmigtes Kapital von 125 Millionen Mark geschaffen, das gleichfalls zur Emission stimmrechtsloser Vorzugsaktien dem Publikum zur Verfügung steht.

Schon jetzt und unabhängig vom Tempo, in dem Familienmitglieder die ihnen nun erstmals gebotene Chance zum (teilweisen) Versilbern des Familienschatzes nutzen, läßt sich feststellen: Mit Henkel, Springer Verlag (vinkulierte Namensaktien bei 6000 Aktionären) und der angekündigten Kugelfischer Großemission dürfte das Emissionsvolumen deutscher „Börsenneulinge" 1985 dem im letzten Jahr erreichten Rekordvolumen von 1,7 Milliarden Mark wieder nahekommen.

Ähnlich wird es im nächsten Jahr sein, in dem die Bundesregierung mit der Teilprivatisierung von Staatsunternehmen ernst machen will. Der für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wichtige Prozeß möglichst breiter Streuung des Produktiveigentums durch die Aktie gewinnt an Fahrt.

Es war nicht immer eine flotte Fahrt, seit die Körperschaftsteuerreform von 1977 dem lange an Auszehrung leidenden Aktienmarkt frisches Blut auch durch Ermunterung von Familienunternehmen zum Gang an die Börse zuführen soll. Bisher hat es, einige Reinfälle mitgerechnet, erst gut ein halbes Hundert solcher Börsenneulinge gegeben.

Kein Zweifel jedoch besteht, daß in unserem massenkapitalistischen Zeitalter der Großunternehmen im Eigentum von Kleinaktionären der Weg zum familienfremden Mitaktionär gerade auch für erfolgreiche Traditionsunternehmen eine vorzügliche Methode ist, um die Fortentwicklung der Firma abzusichern. Und insbesondere auch dann zu sichern, wenn die der Gründerzeit entwachsene Eigentümerfamilie die natürliche Entwicklung zur Ansammlung heterogener Interessen zwischen Konsumieren und Investieren aufweist.

Solche Heterogenität kann im Extremfall dazu führen, daß die Nachkommen weder Geld noch Geist genug aufbringen, um das Erbe zusammenzuhalten. Die mehrhundertjährige und inzwischen ein halbes Tausend Köpfe große Montanindustriellenfamilie der Haniels demonstrierte das dieser Tage damit, daß sie nach Kohle und Stahl auch ihre Restpositionen beim längst zur Publikumsgesellschaft gewordenen Gutehoffnungshütte-Konzern durch Aktienverkauf aufgab.

Derartiges ist kein Unglück. Es ist letztlich Ausdruck der auch beim Unternehmertum gültigen Maxime des Stirb-und-werde. Der Börsenneuling Henkel freilich denkt noch nicht ans Sterben des familiären Einflusses auf Großvaters Firma. Zwar hat man, die nun gefaßten „Kapitalbeschlüsse" zeigen es, in der Großfamilie mittlerweile Personen, die gegen die bislang betriebene Gewinnthesaurierungspolitik aufmucken.

Aber für deren Befriedigung und zugleich für Risikokapitalzufluß ohne Aufgeben des Familieneinflusses auf die Firma hat man im stimmrechtslosen Vorzugsaktienkapital (vom Gesetz sogar bis zur Hälfte des Grundkapitals erlaubt) ein gutes Instrument. Von deutschen Börsenneulingen wird es oft und gern genutzt. Eine „Aktie zweiter Klasse"? Darüber entscheidet das Millionenheer der Börsenkunden. Bisher tat es das ohne Nachteil für die „Stimmrechtslosen".

AUF EIN WORT



„Stiftungen werden vom jeweiligen Stifter in der Erwartung auf einen dauernden, zumindest sehr langfristigen Bestand errichtet. Zugleich liegt es im Interesse der Allgemeinheit, daß gemeinnützige Stiftungen ihren Zweck langfristig erfüllen können. Voraussetzung dafür ist, daß sie in der Lage sind, sich ihre Vermögenssubstanz zu erhalten."

Dr. Klaus Liesen, Vorsitzender des Vorstandes des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft, Essen
FOTO: DIE WELT

Beim Bau geht es weiter bergab

dpa/VWD, Wiesbaden

Im deutschen Bauhauptgewerbe ging es in der ersten Hälfte dieses Jahres weiter bergab. Die Nachfrage nach Bauleistungen verringerte sich im Vergleich zum 1. Halbjahr 1984 preisbereinigt um 5,6 Prozent, berichtete das Statistische Bundesamt gestern. Ausschlaggebend war die wieder sinkende Nachfrage im Wohnungsbau. Hier habe sich der Bestelleingang um 30,6 Prozent verringert. Die Nachfrage im Tiefbau hat sich dagegen seit Jahresbeginn gefestigt. Der Straßenbau verzeichnete um 3,7 Prozent höhere Aufträge. Auch für gewerbliche Hochbauten gingen 9,5 mehr Bestellungen ein. Hier wirke sich die Belebung der Investitionskonjunktur günstig aus.

SCHWELLENLÄNDER

Deutsche Exporte sind noch gering, wachsen jetzt aber

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die deutsche Wirtschaft ist nach einer Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), verglichen mit der japanischen und amerikanischen Konkurrenz, in den fernöstlichen Schwellenländern unterrepräsentiert. Aber dieses Manko sollte nicht überbewertet werden; denn diese Staaten hätten lediglich einen Anteil von 2,2 Prozent am deutschen Export, der sich auf die Industrieländer konzentriert.

Mit der fortschreitenden Industrialisierung entwickelten sich die Schwellenländer vom Billiglohnkonkurrenten der „alten" Industrieländer zu einem schnell wachsenden Absatzmarkt für Industriewaren. Die Staaten in Fernost hätten in den vergangenen zehn Jahren ihre Importe jährlich um gut 20 Prozent steigern können. Während in den siebziger Jahren die Absatzchancen der deutschen Wirtschaft durch hohe Arbeitskosten und ungünstige Wechselkurse erschwert wurden, hat sich in den achtziger Jahren die Wettbewerbsposition erheblich verbessert: Die deutschen Ausfuhren in die fernöstlichen Schwellenländer stiegen von 1980 bis 1984 um durchschnittlich 14,3 Prozent bei einem Marktwachstum von zwölf Prozent.

Mit steigendem Industrialisierungsgrad und wachsenden Einkommen habe sich auch die Importneigung verstärkt. Vor allem die USA und Japan hätten davon profitiert: Fast 25 Prozent der Importe der Schwellenländer stammten aus den USA, 21 Prozent aus Japan und lediglich sechs Prozent aus der Bundesrepublik. Dabei dürfte die räumliche Nähe zu den Absatzmärkten die USA und Japan begünstigen. So hätten die USA den Löwenanteil an Ausfuhren in die südamerikanischen und Japan in die fernöstlichen Länder. Trotzdem zähle die Bundesrepublik bei elf der 15 untersuchten Regionen zu den drei größten Lieferanten.

KERNENERGIE

Mit einem Drittel an der Stromversorgung beteiligt

THOMAS LINKE, Bonn

Die Lehrjahre der Kernenergie sind nach Meinung der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) überstanden. „Wir verfügen heute – 25 Jahre nach der ersten Stromerzeugung in einem deutschen Versuchsreaktor – über eine zuverlässige Kernenergietechnik", erklärte VDEW-Vorstandsratsmitglied Hermann Krämer.

Die Kernenergie trug im ersten Halbjahr dieses Jahres zu fast 35 Prozent die öffentliche Stromversorgung. Derzeit 16 Kernkraftwerksblöcke lieferten rund 62 Milliarden Kilowattstunden. Im Bau sind fünf weitere Anlagen. Dann würde die Brutto-Leistung von derzeit rund 17 000 Megawatt um fast 7 000 Megawatt erhöht. Für die Bundesrepublik erwartet Krämer, daß der Strom aus Uran Ende dieses Jahrzehnts zu etwa 40 Prozent zur öffentlichen Versorgung beitragen wird. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat für das Europa der Zehn nach der Jahrhundertwende annähernd 50 Prozent projeziert - ein Uranstromanteil der in Frankreich (59 Prozent) und Belgien (51 Prozent) schon heute überschritten wird.

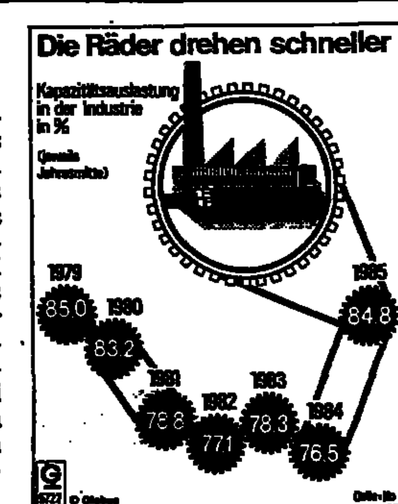
Der VDEW sieht als Gründe für die zunehmende Attraktivität der Kernenergie: die Versorgungssicherheit, die Umweltfreundlichkeit, den geringen Flächenbedarf und vor allem die Wirtschaftlichkeit der Kernenergie. Die Brennstoffkosten pro Kilowattstunde sprechen laut VDEW eindeutig für den Uranstrom: Kernbrennstoff rund drei Pfennige, deutsche Steinkohle rund neun, Importkohle rund sechs, Öl 14 bis 18 und Gas zwölf Pfennige.

Sorgen macht den Elektrizitätswerken, die laut Krämer an leistungsstarken deutschen Herstellern interessiert seien, daß der Exportmarkt für deutsche Unternehmen im Augenblick „nicht gerade rosig aussieht".

WIRTSCHAFTS ● JOURNAL

BAG: Einkaufspreise für den Einzelhandel steigen

Köln (dpa/VWD) – Die Einkaufspreise des deutschen Einzelhandels werden im zweiten Halbjahr 1985 um zwei bis drei Prozent höher liegen als im zweiten Halbjahr 1984. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG), Köln. Nach Darstellung der BAG wird die durchschnittliche Einkaufspreiserhöhung im Nicht-Lebensmittelbereich mit zwei bis drei Prozent noch etwas niedriger liegen als in den beiden vorangegangenen Halbjahren (plus 2,5 und plus 3,5 Prozent).



Die Kapazitätsauslastung der deutschen Industrie stieg im Juni auf 84,8 Prozent, den höchsten Stand seit sechs Jahren. Die Investitionsgüterhersteller erreichten nach Feststellungen des Münchner Ifo-Instituts sogar den besten Auslastungsgrad seit 1973.
QUELLE: GLOBUS

Gegen Schuhzölle

Washington (dpa/VWD) – US-Präsident Ronald Reagan hat sich gegen Importquoten oder höhere Zölle zum Schutz der heimischen Schuhindustrie entschieden. Das wurde aus Regierungskreisen bekannt. Die offizielle Entscheidung wird im Laufe der Woche erwartet. Die Internationale Handelskommission der US-Regierung und mehrere Kabinettsmitglieder hatten Reagan empfohlen, die Schuheinfuhren in die USA über mehrere Jahre zu drosseln und der heimischen Branche Zeit zur Erholung zu geben. Ausländische Hersteller hatten zuletzt einen Anteil am US-Markt von 75 Prozent.

Arbeitslosenzahl gestiegen

Luxemburg (rtr) – Die Zahl der Arbeitslosen in der Europäischen Gemeinschaft (ohne Griechenland) ist im Juli um 400 000 auf 12,4 Mill. gestiegen. Dies entspreche einer Arbeitslosenquote von elf Prozent nach 10,8 im Juni und 10,6 Prozent im Juli 1984, teilte das Statistische Amt der Gemeinschaft mit. Deutlich sei die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen gestiegen. Von den 191 000 neu hinzugekommenen Arbeitslosen unter 25 Jahren, zumeist Schulabgängern, seien wiederum fast zwei Drittel weiblich.

CMA übt Kritik an EG

Bonn (dpa/VWD) – Gegen eine Verwässerung der deutschen lebensmittelrechtlichen Bestimmungen durch die EG-Kommission in Brüssel hat sich die Centrale Marketing Gesellschaft der Deutschen Agrarwirtschaft (CMA) gewandt. Nach dem Angriff auf das deutsche Reinheitsgebot für Bier und die strengen Bestimmungen für die Wurstherstellung versuche die Kommission jetzt die Regelungen sogenannten Löffelbiskuits aufzuweichen, erklärte die CMA. Die deutschen Bestimmungen schreiben bei diesen Biskuits einen Ei-Anteil von über 66 Prozent vor – der bei einem Importprodukt deutlich unterschritten worden war. Die EG-Kommission hält es grundsätzlich für ausreichend, wenn Produkte, die weniger Ei enthalten, entsprechend gekennzeichnet werden.

Im Juli mehr umgeschlagen

Duisburg (dpa/vwd) – Deutliche Transportzunahmen in den Bereichen Erz, Kohle, Eisen und Stahl haben das Umschlagergebnis der öffentlichen Duisburg-Ruhrorter Häfen im Juli auf 1,670 Mill. Tonnen ansteigen lassen. Wie die Duisburg-Ruhrorter Häfen AG (HAFAG) mitteilte, war dies mit einer Zunahme von 44 000 Tonnen gegenüber dem Vormonat das bisher beste Ergebnis dieses Jahres. Im Juli 1984 waren aber noch 1,918 Mill. Tonnen erreicht worden. Mit 11,086 Mill. Tonnen blieb auch das Gesamtresultat für die ersten sieben Monate dieses Jahres um fast eine Million Tonnen hinter den 84er Zahlen zurück.

FRANKREICH / Steht ein „heißer“ Herbst bevor?

Renault liefert Zündstoff

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Wenn es nach der kommunistischen CGT, der größten Gewerkschaft des Landes, ginge, erlebte Frankreich einen sozial „heißen Herbst“. Er soll mit „Kanonendonner“ eröffnet werden. Dies hat jetzt das CGT-Sekretariat ausdrücklich angekündigt. Generalsekretär Henri Krasucki selbst hüllt sich allerdings noch in Schweigen. Erst in der nächsten Woche, nach Abschluß der Sommerferien, will er zum großen Aufbruch blasen. Vor einem Jahr hatte er den Generalstreik angedroht, zu dem es dann aber angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit nicht gekommen war.

An Konfliktstoff mangelt es der CGT nicht. Die staatlichen Renault-Werke, in denen sie auf der Arbeitnehmerseite den Ton angibt, haben kurz vor den Ferien die Beseitigung von 21 000 Arbeitsplätzen bis Ende 1986 angekündigt, was einem Belegschaftsabbau um ein Fünftel gleichkäme, nachdem der Konzern 1984 einen katastrophalen Verlust von zwölfeinhalb Milliarden Franc verbucht hatte.

Die näheren Bedingungen des Sozialplans von Renault sind zwar noch nicht bekannt. Aber die CGT befürchtet, daß ein Teil des Personals entlassen wird, wie das bei dem privaten Peugeot-Konzern der Fall war. Fest steht bereits, daß die von Renault bisher in jedem September gezahlte Ferienprämie um zwei Drittel gekürzt wird. Die CGT sieht darin einen Verlust wohlerworbener Rechte, obwohl Renault höhere Löhne bezahlt als alle anderen Automobilgesellschaften.

Schon im Laufe des Sommers hatte die CGT bei Renault verschiedene symbolische Aktionen veranstaltet, so die „Überwachung“ einiger wegen Betriebsferien geschlossener Werke. Auch widersetzte man sich (vorübergehend) dem Abtransport (veralteter) Werkzeugmaschinen zu ausländischen (spanischen) Werken; mit der Behauptung, daß es sich dabei um eine „Demontage der Arbeitsinstrumente“ handele.

Weitere Sozialkonflikte, die jetzt neu entflammen könnten, schwelen in der Eisen- und Stahlindustrie (Unimétal), im Schiffbau (Chantiers Naval Nord-Mediterrannee) und in der Maschinenindustrie (ARCT). Auch hier wendet sich die CGT vor allem gegen den Belegschaftsabbau.

Die anderen Gewerkschaften zeigten sich bisher zurückhaltend. Aber diese Zurückhaltung hofft die CGT zu nutzen, um ihre Position zu verstärken.

HENKEL / Familie beschließt bis zu 300 Millionen DM stimmrechtslose Vorzugsaktien

Wachstum mit Publikumsaktionären

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Noch nachdrücklicher, als es seit Wochen gemutmaßt wurde, hat die 66 Personen starke Eigentümerfamilie des viertgrößten deutschen Chemiekonzerns Henkel KGaA, Düsseldorf, am letzten Samstag mit drei „Kapitalbeschlüssen“ die Öffnung der 109 Jahre alten Familienfirma für Publikumsaktionäre beschlossen.

Erstens wird das Aktienkapital aus Rücklagen auf 500 (300) Mill. DM erhöht, wobei künftig 400 (300) Mill. DM Stammaktien in dem unlängst bis zum Jahr 2000 verlängerten Frühvertrag familiär gebunden bleiben und 100 Mill. DM stimmrechtslose Vorzugsaktien von den Familienmitgliedern auch an Familienfremde verkauft werden dürfen.

Zweitens wird das Aktienkapital gegen Bareinzahlung weiter auf 575 Mill. DM mit der Maßgabe erhöht, daß 75 Mill. DM stimmrechtslose Vorzugsaktien Anfang Oktober über ein Bankenkonsortium unter Führung von Deutscher und Dresdner Bank „einem breiten Anlegerpublikum“ angeboten werden. Die Ausstattung der Vorzugsaktien und der Emissionskurs (mutmaßlich ein Preis in der Größenordnung von 300 DM pro 50-DM-Stück) sollen Ende September veröffentlicht werden. Handel und amtliche Notiz für die Vorzugsaktien wird an sämtlichen deutschen Börsenplätzen beantragt.

Drittens hat die Firma die Ermächtigung erhalten, weitere bis zu 125 Mill. DM stimmrechtslose Vorzugsaktien (genehmigtes Kapital) bei Bedarf zu emittieren, wobei das Bezugsrecht der Altaktionäre ausgeschlossen werden kann.

Auch nach Nutzen dieser Ermächtigung hätte das stimmrechtslose Vorzugsaktienkapital von insgesamt 300 Mill. DM noch nicht die gesetzlich erlaubte Höchstgrenze (die Hälfte von dann 700 Mill. DM Aktienkapital) erreicht.

Familien- (und familienfremde) Geschäftsführung der Henkel KGaA stellen die Kapitalbeschlüsse unter das Doppelziel einer langfristigen Weiterentwicklung der Firma unter Beibehaltung des „unternehmerischen Engagements“ der Familie.

Betont wird, daß der Konzern mit seinen 31 000 Beschäftigten und seinem 1984 um 10,3 Prozent auf 9,3 Mrd. DM gestiegenen Weltumsatz 1985 eine weiterhin „positive Entwicklung“ zeige. Auch der 1984 um 2,5 Prozent auf 130 Mill. DM gestiegene Weltjahresüberschuß, der mit 9,5 Prozent Stammaktiendividende fast nur zu einem Drittel ausgeschüttet wurde, werde weiter steigen.

Welche Investitionsziele der Konzern mit seinem aus dem Gang zur Börse folgenden Eigenkapitalzufluß von zirka 400 Mill. DM verfolgt, wird noch nicht angedeutet. Die 1984 auf 542 Mill. DM gestiegenen Gesamtinvestitionen konnte Henkel wie eh und je mehr als Komplex aus dem Netto-Cash-flow finanzieren und sich dabei eine glänzende Weltbilanzstruktur bewahren (kaum Bankschulden, Eigenkapitalquote 40,4 Prozent oder ein Drittel mehr als bei den drei IG-Farben-Nachfolgerkonzernen).

Henkels Weltumsatz stammte 1984 zu 64 Prozent (und vornehmlich mit eigenen Auslandsfabriken) aus dem Weltmarkt. Forcierte Expansion auf den Weltmärkten ließ die Firma 1985 bereits mit zwei herausragenden Fakten als Schwerpunkt künftiger Strategie erkennen. Erstens wurden für fast 80 Millionen Dollar knapp 25 Prozent Kapitalanteil am US-Klebstoffhersteller Loctide Corp. in Newington/Connecticut gekauft, zweitens wurde mit Japans führendem Wasch-/Reinigungsmittelkonzern Lion Corporated, Tokio, ein „weitreichendes“ Kooperationsabkommen bis hin zur späteren Gründung von Joint Ventures abgeschlossen.

HANDEL MIT ARABISCHEN LÄNDERN

Rückgang setzt sich fort

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Handel mit den 21 arabischen Staaten verliert weiter an Gewicht. Der Rückgang, der bereits Ende 1982 begonnen hatte, hat sich auch im ersten Halbjahr 1985 fortgesetzt. Die deutschen Ausfuhren sanken nach einer Zusammenstellung des Bundeswirtschaftsministeriums um 6,7 Prozent auf 11,8 Milliarden Mark. Gleichzeitig stiegen die Gesamtexporte um 13,9 Prozent.

Die deutschen Einfuhren aus den arabischen Ländern schrumpften um 2,3 Prozent auf 9,8 Milliarden Mark, während die Gesamteinfuhr um 9,5 Prozent zunahm. Damit sind die arabischen Länder nur noch mit 4,4 Prozent an der deutschen Ausfuhr und mit 4,2 Prozent an der Einfuhr beteiligt.

Die Gründe für diese Entwicklung: Die Nachfrage nach Opec-Rohöl sank weiter. Dadurch mußten die arabischen Förderländer ihre ohnehin schon gekürzten Ausgabeansätze in den Staatsbudgets noch einmal zusammenstreichen. Reduziert wurden auch die Finanzmittel, die von den Ölländern den anderen Entwicklungsländern der Region zur Verfügung gestellt wurden. Hinzu kommt der nun schon seit fünf Jahren dauernde Krieg zwischen Iran und Irak.

Der internationale Wettbewerb ist auf diesen Märkten noch härter geworden. Es konkurrieren nicht nur Industrieländer, sondern auch immer mehr Firmen aus den ostasiatischen Schwellenländern und aus dem Ostblock um die verringerten Aufträge.

Eine Änderung ist nicht in Sicht. Die Nachfrage nach Opec-Rohöl dürfte sich noch leicht abschwächen. Wegen des geringeren Finanzspielraums rechnen die Experten des Bundeswirtschaftsministeriums auch für 1986 noch nicht mit einer Wiederbelebung des Warenverkehrs.

Obwohl die Exporte im ersten Halbjahr 1985 in dieses Land um 18,8 Prozent zurückgegangen sind, blieb Saudi-Arabien mit 2,8 Milliarden Mark der größte Abnehmer deutscher Produkte in diesem Raum. Den zweiten Platz nimmt Algerien ein, das seine Importe aus der Bundesrepublik um 13,9 Prozent auf 1,5 Milliarden Mark steigerte.

Auf den nächsten Plätzen folgen Ägypten mit 1,4 Milliarden (minus 11,5 Prozent) und Irak mit 1,2 Milliarden (plus 9,1 Prozent). Die Ausfuhren in das nichtarabische Land Iran lagen bei 2,6 Milliarden Mark (minus 27,7 Prozent). Die Erdöleinfuhren aus Arabien sanken von 12,5 auf elf Millionen Tonnen.

POLEN / Schon viele Schiffe für die Sowjets gebaut

Verluste im UdSSR-Geschäft

J. G. GÖRLICH, Bonn

In Stettin lief kürzlich der für die UdSSR gebaute und als „Forschungsschiff“ ausgegebene „Akademik Fressnig“ vom Stapel. Das Wochenmagazin „Perspektywy“ teilt mit, daß Polen von 1986–1989 der Sowjetunion 289 neue Schiffe liefern werde; die englische „Financial Times“ weiß sogar von 400 zu berichten. Aus „optischen“ Gründen – mit Blick auf die sensible Bevölkerung – wird anscheinend die Lieferzahl kleiner gehalten. Der Export von Schiffen ins Nachbarland ist bei den Polen. nämlich ein Reizthema.

Dieser Export währt schon seit 1950. Seit dieser Zeit wurden auf Polens Werften 1900 Schiffe jeglicher Art gebaut; 1250 gingen davon in die UdSSR. Die Beilage „Polityka-Eksport-Import“ beschrieb die Sowjetunion als „schwierigen, aber sicheren Partner“, der immerhin Arbeitsplätze in Polens Werften sichere. Eine „Solidaritäts“-Zeitschrift fragt indessen: „Partner oder Räuber?“

Die „oberste Kontrollkammer“ in Warschau nahm sich das letzte Mal 1977 den Export von damals 40 polnischen Schiffen vor, wofür die Sowjets umgerechnet 804 Mill. Dollar zahlten – nach offiziellen Angaben. Hätte man die Schiffe selbst exportiert, hätte der Gewinn bei 2,907 Mrd. Dollar gelegen, hieß es.

Tatsache ist, daß die Polen allein für die Innenausstattung der an die Sowjetunion gelieferten Schiffe pro Stück rund eine Million Dollar im Westen ausgeben müssen. Die Sowjets sind zudem sehr strenge Abnehmer, Beanstandungen sind an der Tagesordnung. Und sie zahlen in sogenannten Transfer-Rubel, eine Pseudowährung, für die die Polen nur in der UdSSR einkaufen können. Über den Daumen gerechnet behalten die Polen nur jedes siebente Schiff. Und das verkaufen sie wegen Devisenmangel im Westen.

Die Kehrseite des Ganzen ist, daß die polnische Hochseeflotte vollkommen überaltert ist, ständig Schiffe untergehen, wie jüngst die „Busko Zdroj“, und ausgesondert werden müssen. Die Zeitschrift „Wybrzeze“ (Küste) wies darauf hin, daß von den ursprünglich 31 Schiffahrtslinien Polens nur 24 übrig blieben. Die Staatsreedereien hätten inzwischen mehr als ein Drittel der polnischen Schiffe ausmustern müssen.

Die „Polnischen Ozeanlinien“ (PLO) und die „Polnischen Hochseelinien“ (PZM) haben 1984 zwei Mrd. Dollar ausgegeben, um Schiffe bei ausländischen Werften in Auftrag zu geben. Dabei werden in der Regel die billigsten Werften ausgesucht, deren Qualität dann entsprechend ist. Bis jetzt waren es rumänische Werften, wo vor allen Dingen die meisten Fischkutter, wie die untergegangene „Busko Zdroj“ gebaut wurden. Aber auch in Spanien kaufte man Schiffe ein. Jetzt fällt der Blick auf die türkischen Werften.

ISRAEL / Währungseinheit Schekel verliert drei Nullen – Rein technische Maßnahme

Selbst Computer waren überlastet

SAD/AP, Jerusalem

Nur fünf Jahre nach der Einführung des Schekel für das Pfund hat die israelische Regierung am Sonntag erneut eine Währungsreform eingeleitet. Finanzminister Yitzhak Modai teilte nach der wöchentlichen Kabinettssitzung mit, in wenigen Tagen werde ein neuer Schekel im Wert von 1000 alten Schekel eingeführt.

Für die Währungsreform war es höchste Zeit. Schon längst hatte man auf die „Agora“ (ein hundertstel Schekel) als Scheidemünze verzichtet, und sogar wer ein 1-Schekel-Stück fallen ließ, bückte sich nicht mehr, um es aufzuheben: Es war weniger als einen fünftel Pfennig wert.

Mit dem Gegenwert von fünf Mark in der Hosentasche mußte man fast ein Kilo Münzen umherschleppen. Händler in der Jerusalemer Altstadt kauften gültige Münzen nach Gewicht, denn ihr Metallgehalt überstieg ihren Nennwert um ein Vielfaches.

Noch schwieriger ließ es sich mit dem Papiergeld umgehen. Das durchschnittliche Monatsgehalt betrug schon 600 000 Schekel, was einem Gegenwert von 400 Dollar entspricht. Viele Kassenautomaten konnten die großen Summen nicht bewältigen. Der Staatshaushalt in Schekel nahm 14 Stellen ein, überlastete die Computer und vergeudete die Zeit des Personals.

Mit der jetzigen Reform, die nächste Woche in Kraft tritt, werden beim Schekel drei Nullen weggestrichen. Die alte Scheidemünze „Agora“ wird zu neuem Leben erweckt und wird zehn alte Schekel wert sein.

Die Reform hat nichts mit der neuen Wirtschaftspolitik zu tun, sie ist eine rein technische Maßnahme, erklärte Finanzminister Modai. Tatsächlich wurden innerhalb der Regierung Zweifel daran laut, ob denn schon jetzt die Zeit für die Reform reif sei – vielleicht hätte man warten sollen, bis sich der Schekel stabilisiert habe. Denn seit seiner Einführung vor fünf Jahren – als er das israelische Pfund ablöste – ist er auf ein 285stel seiner ursprünglichen Kaufkraft gesunken. Und auch wenn die neue Wirtschaftspolitik erfolgreich sein sollte, würde der jährliche Wertverlust des neuen Schekel bei rund 100 Prozent liegen.

Die Entscheidung für die Maßnahme war schon im Dezember vorigen Jahres gefallen, und die Noten lagen seit längerem in den Tresoren der Nationalbank. Der Übergang zum neuen Schekel soll innerhalb von 15 Monaten stattfinden. Erst Anfang 1986 werden die Bücher in neuen Schekel geführt werden. Bis Ende 1986 werden die alte und die neue Währung nebeneinander gültig sein.

Um Touristen vor Betrug zu schützen, werden die neuen Banknoten auf der Kehrseite die Bezeichnung „New Shekel“ auf Englisch neben dem Nennwert tragen. Besondere Warnungen an Touristen werden noch ergehen, damit sie nicht auf Betrüger hereinfallen.

HORNBACH / Unverdrossen auf Wachstumskurs

Schwierige Standortsuche

JOACHIM WEBER, Mannheim

Daß es schwierig geworden ist, neue Standorte für Verbrauchermärkte zu finden, bekommt in diesem Jahr auch die Unternehmensgruppe Hornbach, Bornheim in der Pfalz, zu spüren. Mit nur einem neueröffneten Bau- und Gartenmarkt bleibt das Familienunternehmen unter der eigenen Zielsetzung von zwei bis drei neuen Märkten pro Jahr.

Die Zwangspause schlägt sich auch im Investitionsvolumen nieder: Von 21 (17) Mill. DM im Geschäftsjahr 1984/85 (28. 2.) geht es in diesem Jahr voraussichtlich wieder auf 17 Mill. DM zurück. Das heißt freilich nicht, daß der Expansionsdrang des Baumarktpioniers fortan gebändigt wäre. Schon sind sechs neue Standorte in Vorbereitung, davon zwei im Ballungsraum Rhein-Main.

Doch auch kurzfristig scheint das gedrosselte Flächenwachstum nicht den geschäftlichen Auftrieb zu bremsen. Im ersten Drittel des neuen Geschäftsjahrs haben die Baumärkte – unterstützt durch ein neues EDV-Warenwirtschaftssystem – ihre Umsätze um 27 Prozent gesteigert. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß die beiden neuen Märkte des Vorjahrs – zwei Flächenriesen in Frankfurt (6300 Quadratmeter) und Darmstadt (6800 Quadratmeter) – erst in der zweiten Jahreshälfte aktiv wurden.

Doch auch für das Gesamtjahr 1985/86 ist ein Wachstum um 20 Prozent auf runde 200 Mill. DM geplant. Das Tempo des Vorjahrs, das ein Umsatz-Plus von 21 Prozent auf 167 (138) Mill. DM gebracht hatte, wird also durchgehalten.

Die Gesamtgruppe, zu der noch das Stammgeschäft des Baustoff- und Fliesengroßhandels sowie eine Immobilienholding für die Baumärkte gehören, soll in diesem Jahr 220 (206) Mill. DM umsetzen und 1987/88 die 300-Millionen-Mark-Schwelle erreichen.

Das Gesicht dieser Gruppe hat sich zum Jahresende 1984 deutlich gewandelt. Mit der Ausgliederung der Produktionsbetriebe für Transportbeton, Kies und Fertigteil-Kläranlagen ist Hornbach zum reinrassigen Handelsunternehmen geworden. Vier Fünftel des Gruppenumsatzes stammten freilich auch 1984/85 schon aus dem Baumarkt-Bereich.

Mittelstandstypisch bleiben die Aussagen zum Ertrag einstweilen spärlich. Immerhin: Die Umsatzrendite (vor den persönlichen Steuern der Gesellschafter) lag wieder bei „mindestens 5 Prozent“, und der Brutto-Cash-flow (bei Hornbach: Gewinn vor Steuern plus Abschreibungen und Zinsen) stieg um ein Sechstel auf 23,6 (20,3) Mill. DM.

Auch, daß die Eigenkapitalquote trotz der Investitionen von 8 Prozent vom Umsatz auf fast 36 (34) Prozent weiter aufgestockt wurde, deutet auf ein einträgliches Jahr (und die Enthaltsamkeit der Gesellschafter) hin.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Internationales Handbuch der Kunstversteigerungen, Jahrgang 1985, Editions Mayer, 224 Av. Du Maine, 75014 Paris, 1456 Seiten, 730 Franc.

Der Kunsthandel gewinnt zunehmende Bedeutung für die Kapitalanlage. Die beste Orientierungshilfe gibt dabei wohl immer noch der seit 23 Jahren erscheinende „Mayer“. Das international anerkannte Jahrbuch erfaßt die in der letzten Saison in 19 Ländern, darunter der Bundesrepublik, auf 1361 öffentlichen Versteigerungen erzielten wichtigsten Preise für über 50 000 Bilder (Gemälde, Aquarelle etc.) und Skulpturen von 12 000 Künstlern. Für das von deutschen Kunstliebhabern verstärkt aufgesuchte Paris kann der Mayer als quasi offizieller Referenzkatalog angesehen werden. Mit seinen 450 Abbildungen ist er zugleich ein Kunstbuch.

Bundesminister der Finanzen (Hrsg.): Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland. C. H. Beck Verlag, Gesamtwürdigung in 6 Bänden, zuletzt Band III: Der Werdegang des Entschädigungsrechts, München 1985, 346 Seiten (Leinen), 98 Mark.

An dieser Gesamtwürdigung zum Wiedergutmachungsrecht, das vom Bundesfinanzministerium in Zusammenarbeit mit Walter Schwarz herausgegeben wird, sind über dreißig Autoren beteiligt. Nach zwei Jahrzehnten konnte die Arbeit beinahe abgeschlossen werden, die einen zeitgenössischen Überblick über die Zusammenhänge der dreißigjährigen Praxis und Rechtsprechung zu diesem so vielschichtigen Rechtsvorgang wie der Wiedergutmachung gibt. Vielschichtig, weil es keine einheitliche Rechtsquelle, keine einheitliche Konzeption und Zielsetzung, keine einheitliche Verwaltung und keine einheitliche Gerichtsbarkeit gab. Das Gesetzgebungswerk der Wiedergutmachung, bisher einmalig in der Rechtsgeschichte, folgte den steten moralischen und politischen Notwendigkeiten, seine Anwendung aber unterlag den jeweiligen faktischen, finanziellen und administrativen Möglichkeiten. Die Gesamtausgabe bietet eine detaillierte Darstellung dieses nach Art und Umfang einmaligen Vorgangs der Wiedergutmachung.

Klaus Tipke: Steuerrecht, 10. Auflage, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln 1985. 772 S., 78 Mark (Paperback 59 Mark).

Zehn umfängliche Auflagen in zwölf Jahren sprechen dafür, daß Steuerjuristen und -ökonomen den „Tipke“ für ein unentbehrliches Standardwerk halten. Der Grundriß kann und will die Kommentarliteratur nicht ersetzen. Sein systematisches Steuerrecht ordnet und wertet möglichst nach Prinzipien, um das Recht einsichtig, übersichtlich und orientierungssicher, um es lehrbar, erklärbar und lernbar zu machen. Die Neuerungen in der Steuergesetzgebung, Rechtsprechung und Wissenschaft der beiden letzten Jahre wurden eingearbeitet, dazu wurde ein Inhaltsverzeichnis in englischer Sprache und eine Übersicht über ausländische Lehrbuchliteratur neu aufgenommen.

Michael Kleinaltenkamp: Recycling-Strategien. Erich Schmidt Verlag, Berlin 1985, 305 Seiten, 64 Mark.

Die weltweit geführte Diskussion über Recycling wird weitgehend nur von Ökologen und Technikern geführt. Der vorliegende Band versucht erstmals eine wirtschaftswissenschaftliche Durchdringung des Problems, speziell unter einzelwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Ziel des Buches ist es, die absatz- und beschaffungswirtschaftlichen Fragestellungen von Recycling-Strategien darzustellen und den Sachverhalt sowohl als Kreislaufphänomen als auch aus dem Blickwinkel der daran beteiligten Einzelwirtschaften zu durchleuchten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Goldschmidt legt weiter zu

Essen (dpa/VWD) – Die vor allem im Bereich der chemischen Spezialitäten tätige Th. Goldschmidt AG, Essen, hat ihren Gruppen-Umsatz in den ersten sechs Monaten gegenüber dem Vergleichszeitraum 1984 um 21 Prozent auf 435 Mill DM erhöhen können. Wie das Unternehmen mitteilte, betrug die um die Neuerwerbungen Hansa Textilchemie GmbH, Energeco SpA, Rom, und Keramchemie GmbH (restliche 50 Prozent) bereinigte Zuwachsrate 11Prozent. Der Exportanteil belief sich auf 44,5 Prozent. Für die zweite Jahreshälte wird allerdings ein Abbremsen der Zuwächse erwartet, auch wenn die Ergebnisentwicklung nach wie vor „zufriedenstellend“ sei.

Fondsvermögen erhöht

München (VWD) – Beide von der Internationalen Immobilien-Institut AG, München, verwalteten offenen Immobilienfonds konnten nach Mitteilung der Gesellschaft im ersten Halbjahr ihr Fondsvermögen erhöhen. Dem III-Fond Nr. 1 sind 11,2 Mill. DM und Nr.2 sind 2,1 Mill. DM zugeflossen. Die Fondsvermögen betrugen damit zum 30. Juni 704,4 Mill. und 368 Mill. DM. Am 1. April sind 28,2 und 15,3 Mill. DM an die Anteilsinhaber ausgeschüttet worden. Zum Stichtag besteht das Grundvermögen des Fonds Nr. 1 aus 59 Objekten mit einem Wert von 458,7 Mill. DM und das des Fonds Nr. 2 aus 21 Objekten mit einem Wert von 243,9 Mill. DM. Der Vermietungsstand wird mit 98 und 95 Prozent angegeben.

Wieder Umsatzplus

Lage (hdt.) – Die Lippe-Weser Zukker AG, Lage, konnte ihren Umsatz im Geschäftsjahr 1984/85 (31. 3.) um 16,5 Prozent auf 132,2 Mill. DM steigern, womit der 11,5 Prozent-Rückgang im Vorjahr mehr als ausgeglichen wurde. Das Plus ist vor allem eine Folge ausgeweiteter Anbauflächen, wodurch das Anlieferungsvolumen auf 5,7 (4,5) Mill. Doppelzentner Zuckerrüben mit einem durchschnittlichen Zuckergehalt von 15,68 Prozent erhöht wurde. Nach Investitionen in Höhe von 6,9 (6,4) Mill. DDM verbleibt noch ein geringer Jahresüberschuß, der wieder eine Dividende von 6 Prozent auf das 6,03-Mill.-DM-Grundkapital zuläßt. Vor dem Hintergrund der weltweiten Entwicklung auf dem Zuckermarkt ist dies ein durchaus positives Ergebnis.

Amro-Gewinn steigt stark

Düsseldorf (Py.) – Die niederländische Amsterdam-Rotterdam Bank N. V., Amsterdam (Amro-Bank) hat im 1. Halbjahr 1985 mit 142 Mill. hfl ihren Reingewinn um 40 Prozent gesteigert. Die Zwischendividende ist um 0,30 auf 1,80 hfl je Aktie aufgestockt worden. Der Gewinn je Aktie wuchs um 26 Prozent auf 3,84 hfl. Nach einem Zwischenbericht des Instituts stieg trotz leicht verringerter Zinsmarge der Zinsüberschuß um 6 Prozent auf fast 1,20 Mrd. hfl. Das Kreditvolumen wuchs um 7 (1) Prozent auf 68,5 Mrd. hfl. Die Bilanzsumme erreichte 133,5 Mrd. hfl (plus 9 Prozent). Ende 1984 hatte die Amro-Bank, Nr. 3 unter den größten niederländischen Geschäftsbanken, einen Nettogewinn von 252 (209) Mill. hfl ausgewiesen. Forderungen und Debitoren von 63,5 (61,5) Mrd. hfl standen Einlagen von 57 (55) Mrd. hfl gegenüber. Die Bilanzsumme war auf 125 (123) Mrd. hfl gewachsen. Die eigenen Mittel betrugen 3,27 (3,2) Mrd. hfl.

SCHWEIZ / Verkauf unter Einstandspreis soll verboten werden – Parlament hat zugestimmt

An Tante Emma hängen die Herzen

HANNA GIESKES, Bonn

Die Schweizer haben ihr Herz für Tante Emma entdeckt. Ähnlich wie ihre deutschen Kollegen wollen die eidgenössischen Mittelständler den kleinen Einzelhandel per Verbot des Verkaufs unter dem Einstandspreis gegen aggressive Konkurrenz der Großen schützen. Im Frühsommer passierte eine entsprechende Gesetzesvorlage das Parlament; zur Zeit liegt sie bei der zweiten Kammer, dem Ständerat.

Die Diskussion wird ähnlich kontrovers geführt wie in Deutschland: „Migros kämpft gegen konsumentenfeindliche Bestrebungen“, ließ die schweizerische Genossenschaft verbreiten; die Verbraucher müßten die Folgen in Form überhöhter Preise tragen. Im übrigen sei das Gesetz nicht vereinbar mit der in der Verfassung garantierten Handels- und Gewerbefreiheit, zu der eben auch die Freiheit der Preisfestsetzung gehöre.

Beim Verband der schweizerischen Waren- und Kaufhäuser hält man ebenfalls nichts davon. Hier werde versucht, mit Hilfe der Wettbewerbspolitik Strukturen zu konservieren und heraus komme mit Sicherheit eine Verfälschung des Wettbewerbs. „Aber klein ist bei uns in“, sagt Geschäftsführer Roland Kurtz. Die Bürger engagierten sich dafür, „aber einkaufen tun sie dann doch bei den Großen wie Migros, Denner und co op“.

In Deutschland ist es ähnlich, und hier wie dort werden Gesetze daran nichts ändern können. Hier wie dort befürchten die Gegner einer solchen Vorschrift ein Aufblühen behördlichen Kontrollunwesens, Konditionenschnüffelei in den Gerichtssälen. Wobei die Schweizer, indem sie vom Einstandspreis reden, noch weitergegangen sind als die deutschen Mittelstandsapostel, die den Einkaufspreis zugrunde legen. Der jedenfalls schließt die Warenbeschaffungskosten aus, während eidgenössische Richter künftig diese Kosten nachkalkulieren müssen.

Ursprünglich wollte man nur gegen die „Lockvogel-Angebote“ vorgehen, die nach herrschender Meinung den Verbraucher über die Leistungsfähigkeit des Händlers täuschen: Der Laden ist keineswegs so billig, wie es der Lockvogel suggeriert. Die vom Parlament verabschiedete Fassung enthält jedoch keinen Bezug mehr zur Täuschungsabsicht, und damit, so heißt es beim Warenhausverband, „wird der Willkür Vorschub geleistet“.

Beim schweizerischen Markenverband „Promarca“ sieht man diese Gefahr nicht. Geschäftsführer Bert Auer verweist auf die starke Konzentration im Lebensmittelhandel der Schweiz und auf das „Lädeli-Sterben“, das seiner Ansicht nach mit diesem Gesetz gebremst werden kann. Experten bezweifeln dies, denn die Großen werden immer bessere Konditionen haben als die Kleinen, aber die Kleinen sind dann nicht mehr in der Lage, bei Bedarf in die Preise des großen Konkurrenten einzusteigen – das wäre unlauter.

Doch so weit muß es nicht kommen: Der Filialunternehmer Denner will eine Volksabstimmung auf den Weg bringen, wenn das Gesetz in seiner jetzigen Fassung verkündet wird – es wird ihm wenig Mühe machen, die dazu notwendigen 100 000 Unterschriften zu sammeln. Und dann wird sich zeigen, ob die Liebe der Eidgenossen zum „Lädeli“ bis zum Verzicht auf billige Einkaufsmöglichkeiten reicht.

FRANKREICH / Modefestival auf den Champs-Elysées

Damenkleidung im Aufwind

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Paris, die Weltmetropole der Haute Couture, will jetzt auch beim Prêt-à-Porter den Ton angeben. Zu diesem Zweck veranstalten die französischen Konfektionäre für Damenoberbekleidung ein internationales Modefestival mit spektakulären Dimensionen: Auf den Champs Elysées werden am 21. und 22. September über einen 350 Meter langen Laufsteg nicht weniger als 500 Mannequins flanieren.

Nicht nur modisch, erklärte Verbandspräsident Daniel Hechter, erstreben wir den ersten Platz in der Welt; gegenwärtig ist das Mailand. Auch kommerziell soll die starke italienische wie deutsche Konkurrenz übertroffen werden. Die industriellen Voraussetzungen dafür hält Hechter für gegeben.

Während die französische Haute Couture mit ihren 24 Firmen nur 270 Mill. Franc umsetzt, brachte es die Damenkonfektion mit 2550 Unternehmen und 62 000 Beschäftigten 1984 auf 17,4 Mrd. Franc. Der Vorjahresumsatz wurde entsprechend dem Preisanstieg um 6,7 Prozent übertroffen. Der Export aber stieg um beachtliche 17,8 Prozent auf 6,2 Mrd. Franc, wobei sich der Außenhandelsüberschuß um 24,7 Prozent auf 2,4 Mrd. Franc verbesserte.

Die Bundesrepublik war nach Belgien/Luxemburg der zweitgrößte Auslandskunde mit 849 Mill. Franc, was einem überdurchschnittlichen Exportzuwachs von 22,7 Prozent entsprach. Er hat sich im Verlauf dieses Jahres allerdings stark abgeschwächt und zwar vor allem wegen der zunehmenden Überbewertung des Franc gegenüber der D-Mark, während Italien dank der Lira-Abwertung Marktanteile hinzugewinnen konnte. In einem global gesättigten deutschen Markt hätten, nach Hechter, außerdem die nationalen Hersteller ihre Position festigen können.

Günstig beurteilt der Verband die Exportaussichten nach Italien, Großbritannien, Schweiz, Nordamerika sowie dem Mittleren und Fernen Osten. Das Inlandsgeschäft wird dagegen eher skeptisch eingeschätzt. Nach dem real 3,3prozentigen Rückgang des französischen Verbrauchs an textiler Bekleidung in 1984 wird zwar für dieses Jahr, jedenfalls bei der Damenoberbekleidung, mit einem leichten Verbrauchsanstieg gerechnet. Aber davon dürften vor allem die Importeure profitieren, weil sich die nationalen Hersteller scheuen, neues Personal einzustellen.

Das größte Handikap der französischen Konfektion (vor allem gegenüber der italienischen) scheint ihre geringe Flexibilität zu sein. Auch bei der Lieferpünktlichkeit ist man (gegenüber der deutschen Konkurrenz) oft im Nachteil. Die Preis/Qualitäts-Relation der Franzosen habe sich dagegen in letzter Zeit verbessert, heißt es in Branchenkreisen.

NAMEN

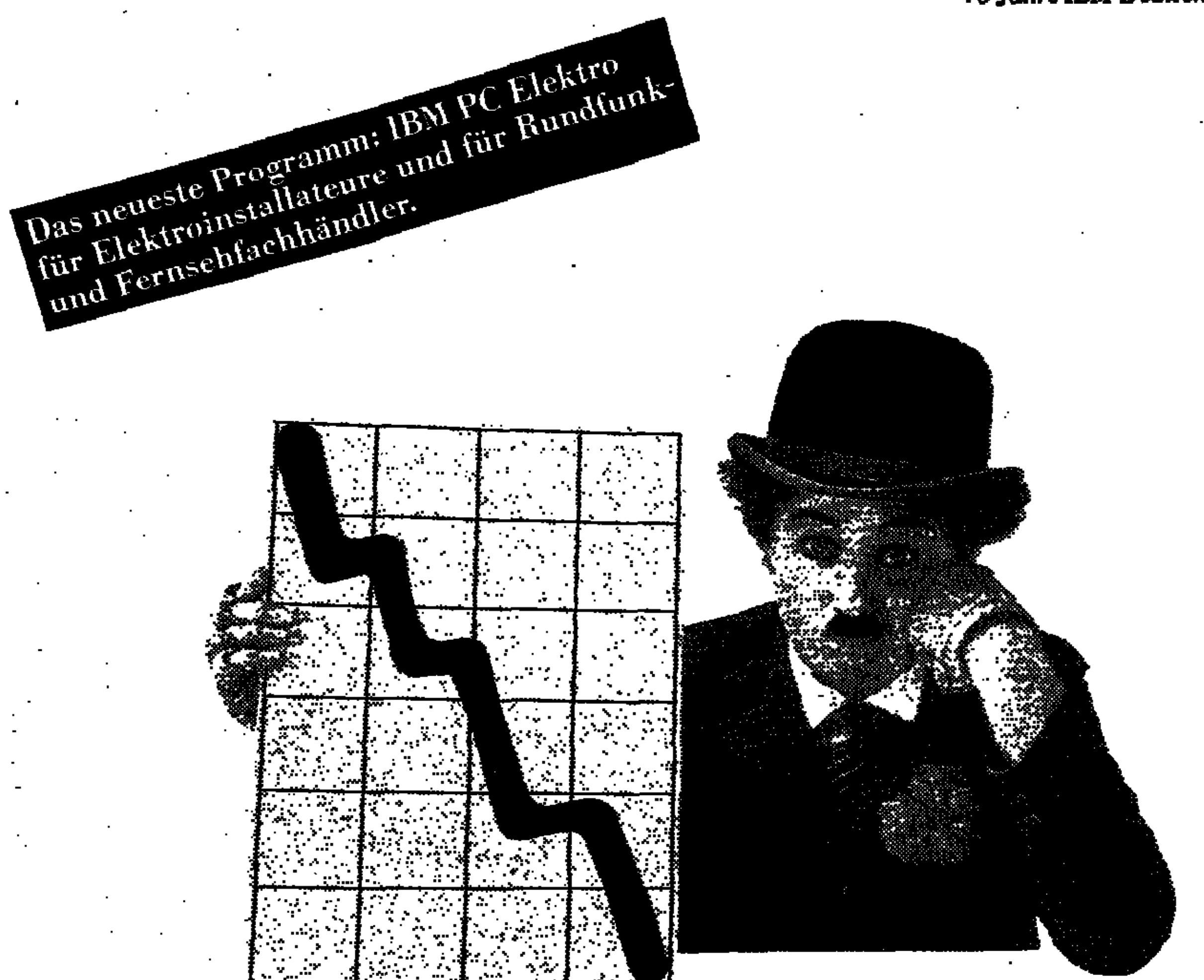
Günter Röhm, technischer Geschäftsführer und Gesellschafter der Röhm GmbH, Sontheim a. d. Brenz, wird am 28. August 60 Jahre alt.

Hubert Horn wurde zum 15. September als Leiter der Zentralen Hauptabteilung „Öffentlichkeitsarbeit der MTU Motoren- und Turbinen-Union Friedrichshafen GmbH, Friedrichshafen, ernannt, nachdem **Klaus Benz**, Hauptabteilungsleiter „Öffentlichkeitsarbeit“ und **Hans-Jürgen Reuß**, Abteilungsleiter Presse einvernehmlich ausgeschieden sind.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Coesfeld: Peter Mattern Elektro GmbH, Ahaus; **Detmold:** Matthias Mitter, Kaufmann, Oerlinghausen; **Hagen:** Adrian-Wohnungsbau-GmbH; **Hameln:** Nachlaß des Michael Schmidt, Bad Münder; **Herford:** Siegbert Brinker, Löhne; **Mainz:** MNA Müller Nachrichtentechnische Anlagen Ges. mbH; **Nördlingen-Donauwörth:** Nachlaß des Manfred Meier, Donauwörth; **Ravensburg:** SIPEAL Kunststoff u. Beschichtung GmbH & Co. KG, Aichstetten-Altmannshofen; **Rottweil:** JPM Unternehmensberatung GmbH, Winzeln; **Rüsselsheim:** UNI-DATA Datenerfassungs- und -verarbeitungsges. mbH.

75 Jahre IBM Deutschland, 75 Jahre Informationsverarbeitung.







Sie brauchen einen IBM PC.

Kosten rauf, Umsätze runter: die übliche Kostenschere, die den Erfolg Ihres Unternehmens beschneidet.

So eine Entwicklung gilt es so früh wie möglich zu erkennen. Um sofort etwas dagegen zu tun.

Wahrscheinlich haben Sie ja alle Informationen, die Sie dafür brauchen. Nur sind die vielleicht in verschiedenen Aktenschränken verteilt.

Hätten Sie einen IBM Personal Computer und die passenden Programme, dann könnten Sie alles rasch abrufen, interpretieren und sogar noch Zusatzinformationen mit einbeziehen – indem Sie andere Datenquellen anwählen. Sie gewinnen dann mehr Transparenz und können rechtzeitig gegensteuern.

Zum Beispiel die Vertriebsstrategie ändern, die Preispolitik überprüfen, den Lagerbestand und das Warenangebot bereinigen und die Zusammenarbeit in Ihrem Betrieb verbessern.

Dabei helfen Ihnen die vielfältigen IBM PC Programme für viele Bereiche der betrieblichen Organisation: beispielsweise in der Finanzbuchhaltung und Lohn- und Gehaltsabrechnung oder in der Fakturierung und Lagerbestandsführung.

Sehen Sie sich dazu mal die IBM PC Programme an, mit denen man täglich anfallende Fakten und Informationen besser verwalten und damit schneller nutzen kann.

Mit denen kann man auch leicht Berichte verfassen und Grafiken erstellen. Sie sind so schnell zu beherrschen, daß die Arbeit mit ihnen in kürzester Zeit erfolgreich ist. Ganz gleich, für welche Branche sie zum Einsatz kommen.

Die sind alle auch für Einsteiger leicht erlernbar und in kürzester Zeit effektiv einsetzbar. Aus dem Programmangebot für die IBM PC Familie läßt sich ein auf Ihr Unternehmen zugeschnittenes Frühwarnsystem zusammenstellen.

Besuchen Sie den nächsten Vertragshändler für IBM Personal Computer oder einen IBM Laden (beachten Sie die Telefonnummer nebenan), da wird man Sie gerne beraten.

Sie brauchen einen IBM PC.

Mehr Umsatz, mehr Arbeitsplätze, mehr Erfolg.

Der Erfolg sollte nicht gleich durch überholte Arbeitsmethoden aufs Spiel gesetzt werden.

Ein IBM Personal Computer und die Vielfalt der IBM PC Programme helfen Ihnen bei sprunghaften Entwicklungen, Engpässen und Hindernissen. Ist Ihr Geschäft vielleicht gar nicht finanziell erfolgreicher, obwohl es ständig wächst? Wie lange wird die Nachfrage noch im gleichen Tempo steigen? Können Sie liefern? Wann brauchen Sie mehr Platz?

Fragen über Fragen. Antworten darauf bekommen Sie mit den zahlreichen IBM PC Programmen. Es gibt genug problemlose für Einsteiger und ausgeklügelte, aber ebenso problemlose für Profis.

Lassen Sie sich ruhig von den IBM PC Programmen helfen, Ihren Betrieb noch besser in den Griff zu bekommen. Und das auf vielen Gebieten.

Schauen Sie dazu mal auf das IBM PC Textprogramm. Es ist ideal zum Schreiben, Überarbeiten und Umbrechen von Texten.

Außer dem IBM PC Textprogramm gibt es noch viele andere IBM PC Programme: zum Beispiel Anwendungen für Ihre Finanzbuchhaltung und Fakturierung und sogar spezielle Branchenanwendungen, wie das neue Programm IBM PC Elektro für das Elektrohandwerk.

Wenn Sie die zahlreichen IBM PC Programme und die IBM Personal Computer-Familie kennenlernen möchten, gehen Sie doch einfach mal zu einem Vertragshändler für IBM Personal Computer oder in einen IBM Laden. Und fragen Sie auch gleich nach den IBM PC Seminaren. Die genauen Adressen erfahren Sie telefonisch zum Ortstarif von Hallo IBM: 0130-4567.

IBM

Autoaktien machten Tempo

Sonderbewegungen sorgten für freundliche Tendenz

DW. – Nach schleppender Eröffnung setzte sich eine insgesamt freundliche Tendenz durch. Das Geschäft wurde durch Sonderbewegungen bei konsumnahen Titeln bestimmt. Auch für Bauaktien wurde mehr geboten. Börsenexperten sehen darin eine indirekte Wirkung der Zinssenkung, von der man sich eine Belebung der Bautätigkeit erhofft, aber auch eine wirksame Unterstützung beim Pkw-Absatz. Spekuliert wird vor allem darauf, daß die bevorstehende Automobilausstellung dem Pkw-Absatz neue Impulse geben wird.

Der Daimler-Kurs, der bereits am Wochenende die Marke von 900 erreicht hatte, wurde nochmals kräftig heraufgesetzt. Gefolgt von Mercedes, BMW und auch von VW. Die meisten Zulieferer der Autohersteller wie Contigummi und Phoenixgummi tendierten ebenfalls fester. Deutlich heraufgesetzt wurden einige Bauaktien bei denen die engen Märkte allerdings mithalfen. Das läßt sich bei den Warenhauspapieren nicht sagen. Dennoch gab es auch hier Kursanhebungen die teilweise 10 DM erreichten. Von den Bankaktien wurden die Papiere der Deutschen Bank bevorzugt. Hier lagen Kaufaufträge aus dem Ausland vor. Die Nachfrage nach Stahlaktien, die in der Vorwoche auf diesem Markt zu festen Kursen geführt hatte, flaute ab. Das gilt insbesondere für Thyssen, wo die zeitweise genannten Gewinnschätzungen von Experten ins Reich der Phantasie verwiesen wurden. Weiterhin lebhaftes Interesse für Lufthansa-Vorzüge, aber auch für Veba, wo ein Teil des Dividendenabschlages wieder aufgeholt worden ist.

Frankfurt: Holzmann erhöhten sich um 24 DM und Mainkraft um 20 DM. DLW zogen um 12 DM und MAB St. um 8 DM an. Aesculaß sanken um 10 DM, Altana um 5 DM und Blaue Quellen um 6 DM.

Düsseldorf: Audi NSU konnten sich um 8 DM, Bilfinger um 5 DM und Leffers ebenfalls um 5 DM verbessern. Ver. Rumpus stiegen um 10 DM und Verseidag um 2,30 DM. Hochtief fielen um 20 DM.

Hamburg: Vereins- und Westbank notierten um 1 DM und Hypothekenbank Hamburg um 2 DM höher. Für Markt- und Kühlhallen wurden 5 DM mehr bezahlt. Hapag Fielen um 1 DM zurück.

Berlin: Herlitz St. zogen um 12 DM und Herlitz Vz. um 7 DM an. DUB-Schultheiss erholten sich um 2,50 DM und Berliner BAnk um 1 DM. lehmann lagen um 2,50 DM und Schering um 1,20 DM leichter.

München: Aigner befestigten sich um 4 DM, Agrob St. um 5 DM und Dywidag um 6,20 DM. Flachglas stiegen um 10 DM und Leonische Draht um 3,50 DM. Audi AG verloren 5 DM, AKS 0,50 DM, Electro 2000 1 DM und Süd Chemie 8 DM.

Stuttgart: Daimler kletterten um 19,50 DM, Porsche stiegen um 5 DM und DLW verteuerten sich um 11 DM. WMF St. zogen um 4,50 DM an und Hesser wurden mit plus 10 DM taxiert.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 200,99 (198,29)
WELT-Umsatzindex: 3456 (6325)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

	26.8.	23.8.
H Aach M Berl. 10	1600	1595
H Aach. M. Vers. 7	630	627
D Aach. Rück. 9	2300	2220bG
D Aesag *4	470T	470T
M Ack-Gögg. 6	120bB	120bB
H Adca 3	142,2	142
D Adler 9	295G	295G
F Adt 0	35,00	35,5bG
F AEG-Telef. 0	131	130,5
D AEG-Kabel 9	273	270bG
S Aesculap 9	430G	430
F AGAB 5	117	117
H Br.H.Hypo 10+1	365bG	362G
Hn Brech.Jute *0	95G	95G
H Breitenb.-C. *28	600G	600G
H Br. Straßb. *0	4408	4408
H Br. Vulkan 0	77	76,5
H Br. Wollk. 7	162,5	162
F BBC 6	239,5	235,5
S BSU Textil 0	1320G	1320G
D Buckau-W. 4,1	122,5G	122,5G
D Buderus *12,6	385G	385G
M Bgl.Br.Ing. *12+1	980G	980
S Bgl.Brh.Rav. *0	375G	375G
S Calw D. **18	735bG	735G
M En. Oberfr. 6	275B	275B
M En. Ostb. 6	205	212bG
H Elbsch 0	88	89,5
B Engelhardt 7	215T	215T
D Enka 7,5	346	343
M Erbe 10	330bB	325G
M Erste Kulmb. 9	1285G	1285
S esbi *0	7,5B	7,5B
S Essl. Masch. *6	450G	450G
M Esterer **10	556G	556G
D Farb. Liqu.*-RM 0	7,4	7,6
F Flachglas 9	257bG	231,5
D Ford *19,36	850T	850T
S Hohner *6	177	177
H Holsten-Br. 6	239	235
F Holzmann 10+1	489	485
D Horten 6	194	189,5
B Hw. Kayser *12	265T	265T
D Hussel 8	346	348
M Hutschenr. 9+1	255B	255B
H Hypo Hbg. 10+2,5	512bG	510bB
D IKB 7,5	215	215
S IWKA 4	284	283
M Isar-Amper 7,5	335bG	335bG
D Isenbeck 4,75	168T	168T

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Wien

Kopenhagen

Tokio

Zürich

dgl. NA	1190	1180
Winterthur Inh.	5450	5475
Winterthur Part.	4650	4670
Zür. Vers. Inh.	5725	5735
Index: Schw. Kred.	402,70	405,10

Brüssel

Arbed	1610	1610
Brux. Lambert	1900	1895
Cockerill Ougrée	210	210
Ebes	2885	2890
Gevaert	3900	3885
Kredietbank	8810	8820
Petrofina	6020	5970
Soc. Gén. d. Belg.	1780	1775
Sofina	7420	7420
Solvay	4695	4676
UCB	4950	4950
Index	2338,06	2334,87

Madrid

Paris

Hongkong

Hongkong Land		6,25
Hongk. + Sh. Bk.		7,7
Hongk. Teleph.	geschl.	9
Hutch. Whampoa		28,5
Jard Matheson		12,8
Swire Pac. + A +		25,8
Wheelock + A +		–

Singapur

Cycle + Car.		3,24
Cold Storage		2,48
Dev. Bk. of Sing.		4,82
Fraser + Neave		5,65
Kl. Kepong	geschl.	2,35
Mal. Banking		5,45
Nat. Iron		1,99
OCBC		7,9
Sime Darby		1,75
Singapur Land		2,72
Un. Overs. Bank		3,46

Sydney

ACI	2,82	2,8
Ampol. Explor.	2,72	2,72
Bridge Oil	2,55	2,55
Brok. Hill. Prop.	7,04	7,14
Coles	4	4,05
CRA	5,6	5,4
CSR (Theiss)	3,01	3
Metals Expl.	0,47	0,47
MIM-Holdings	2,57	2,55
Myer Emporium	3,33	3,3
North Broken Hill	2,66	2,55
Oakbridge	1,25	1,25
Peko Wallsend	4,5	4,55
Poseidon	4,3	4,5
Thomas Nat. Tr.	2,12	2,1
Waltons Bond	0,42	0,41
Westpacific Banking	4,49	4,55
Western Mining	3,8	3,95
Woodside Petr.	1,28	1,28
Index	941,90	945,20

Optionshandel

Frankfurt: 26. 08. 85

... 350/3,6, Alcan 10-80/2,5, Chrysler 10-100/3,8, IBM 10-380/9, Norsk Hydro 4-35/4,9, Philips 1-40/5, Xerox 1-150/12. Verkaufsoptionen: AEG 10-120/1,1, 10-130/2,5, 1-110/1, 1-120/2, 1-130/5,5, BASF 10-220/3,5, 1-210/1,15, 1-220/5, Bayer 10-220/3, 1-210/1,5, 1-220/5, BHF 10-310/4,2, BMW 10-410/3,8, 10-420/7,5, 10-430/12, 10-440/19,4, Commerzbk. 10-200/2,4, 1-200/4,4, Conti 10-150/2,7, 1-150/5,5, 4-150/8, Daimler 10-830/2,1, 10-850/9, 10-880/11,8, 1-840/12, 1-850/16, 1-880/30, Deutsche Bk. 10-530/3, 10-540/8, 1-520/4, 1-530/8,1, Dresdner Bk. 10-250/3, 10-260/568,4, 1-240/2,9, Hoechst 1-210/2,8, 4-200/3, Hoesch 1-110/2, 4-110/3, Karstadt 1-250/7, Kaufhof 1-250/2,6, KHD 1-270/6, Klöckner 1-85/2,5, 4-85/3, Lufthan St. 4-220/8, Linde 10-480/6, 10-490/7, MAN 4-150/4,8 Mercedes 10-770/8, Mannesmann 1-190/5,4, Nixdorf 1-510/12, Kali + Salz 1-290/4,5, Siemens 10-510/2, 10-520/3,5, 1-500/3,3, 1-510/5, Thyssen 10-130/7, 1-120/2,5, 4-120/4,4, Veba 1-220/4,4, VW 10-290/1,5, 10-300/3,8, 10-310/6,5, 10-320/9, 1-280/2, Chrysler 1-95/2,5 IBM 4-320/7, Philips 1-40/2, Sony 1-45/2,8.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 26.8.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞–8	4⅝–4¾	4½–4⅝
3 Monate	7⅞–8⅛	4⅝–4¾	4½–4¾
6 Monate	8⅛–8¼	4½–4⅞	4¾–5
12 Monate	8⅜–8½	4¾–4⅞	4¾–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 26.8 folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1310,00	1675,80
10 US-Dollar (Indian)**	1240,00	1503,35
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	638,40
1 £ Sovereign alt	218,50	286,19
1 £ Sovereign Elizabeth II.	210,50	262,77
20 belgische Franken	185,75	217,46
10 Rubel Tscherwonez	221,25	279,50
2 südafrikanische Rand	207,25	257,93
Krüger Rand, neu	923,00	1082,12
Maple Leaf	938,00	1110,36
Platin Noble Man	924,50	1092,83
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	218,25	273,89
20 schweiz. Franken „Vreneli"	180,75	234,56
20 franz. Franken „Napoléon"	169,00	221,16
100 österr. Kronen (Neuprägung)	889,50	1055,07
20 österr. Kronen (Neuprägung)	171,75	218,80
10 österr. Kronen (Neuprägung)	89,25	118,85
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	402,50	493,05
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	94,00	120,96

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Die amtliche Kursfestsetzung des US-Dollar brachte am 26. 8. exakt den gleichen Kurs wie am Freitag, 2,7586. Dies war bezeichnend für den Verlauf des Handels, der ohne Höhepunkte bei nur kleinen Umsätzen zwischen 2,7570 und 2,7640 stattfand. Einige Zentren in Fernost und auch der wichtige Platz London blieben heute geschlossen. Im Bereich der nordischen Währungen schwächten sich die Dänische Krone, die Norwegische Krone und die Schwedische Krone leicht ab. Minuszeichen wurden ansonsten nur noch für den Kanadischen Dollar und den Holländischen Gulden notiert. US-Dollar in: Amsterdam 3,1030; Brüssel 55,8900; Paris 8,4235; Mailand 1852,10; Wien 19,3780; Zürich 2,2580; Ir. Pfund/DM 3,110; Pfund/Dollar 1,4018; Pfund/DM 3,887.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 26.8.: In D-Mark 2,23427 (Parität 2,24184); in Dollar 0,80736 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 26. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

In einem ruhigen Markt kam es am 26. August zu keiner Veränderung im Zinsgefüge, die Terminkurse notierten auf Vortagesniveau.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,89–0,79	2,49–2,39	4,88–4,68
Pfund/Dollar	0,50–0,48	1,21–1,18	1,95–1,90
Pfund/DM	3,20–1,80	7,40–6,00	12,6–11,2
FF/DM	23–9	65–49	123–107

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 26.8.: Tagesgeld 4,80–4,90 Prozent; Monatsgeld 4,55–4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55–4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,70 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.

Privatdiskontsätze am 26.8.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 26.8.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/11 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 6,00 (4,97) – 6,25 (5,28) – 6,50 (5,48) – 8,00 (5,84). Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,50) – 6,00 (5,00) – 6,25 (5,31) – 6,50 (5,55) – 8,00 (5,95) – 8,00 (6,24) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,79. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 100,80, Rendite 6,06.

Pause am Rentenmarkt

Die in der Vorwoche zeitweise ungewöhnlich rege Nachfrage nach deutschen öffentlichen Anleihen ist am Wochenbeginn abgeflaut. Die Kurse schwanken leicht. Von größeren Glattstellungen konnte jedoch noch keine Rede sein, obwohl unmittelbar nach der Zusicherung von Bundesbankpräsident Pöhl, auch weiterhin um eine Zinssenkung in der Bundesrepublik bemüht sein zu wollen, erhebliche spekulative Bestände angeschafft worden sind. Es wurden inzwischen Zweifel laut, ob es in diesem Jahr noch zu einer weiteren Leitzinssenkung kommen wird.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

F 7 dgl. 77	2/87	102,65	102,15

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Anmerkung: * Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. (Kurse ohne Gewähr); B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart. Kursive Positionen = Ausländischer Freiverkehr

Warenpreise – Termine

Sowohl Gold als auch Silber konnten am Freitag an der New Yorker Comex nach dem Rückgang am Vortag leichte Gewinne verbuchen. Kupfer wurde dagegen zurückgenommen. Während Kakao durchweg schwächer schloß, lagen die Kaffeenotierungen zuletzt höher.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	23.8.	22.8.
Sept.	283,50	285,75
Dez.	295,75	298,75
März	300,50	304,25

Weizen Winnipeg (can.$/t) Wheat Board Ct.		
St. Lawrence 1 CW	229,75	228,85

Gerste Winnipeg (can.$/t)	23.8.	22.8.
Okt.	113,50	113,10
Dez.	115,60	115,60
März	118,00	118,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	23.8.	22.8.
Terminkontr. Sept.	135,10	134,95
Dez.	138,98	138,40
März	140,70	140,00

Kakao New York ($/t)	23.8.	22.8.
Terminkontr. Sept.	2125	2165
Dez.	2194	2220
März	2232	2251
Umsatz	1830	4699

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,50	3,95

Zucker London (£/t) Nr. 6	26.8.	23.8.
Okt.		122,80-123,20
Dez.	geschl.	126,00-127,60
März		131,20-131,40
Umsatz		2662

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	26.8.	23.8.
schw. Sarawak spez.		787,50
weißer Sarawak	geschl.	855,00
weißer Muntok		865,00

Öle, Fette, Tierprodukte

Schweine Chicago (c/lb)		
Aug.	36,25	36,25
Okt.	38,30	38,10
Dez.	40,00	39,80

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Aug.	46,45	44,40
Feb.	57,10	56,10
März	56,59	56,10

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	375,00	385,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	154,00	156,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	420,00	422,50

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	242,00	242,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	26.8.	23.8.
East African 3 long	geschl.	680,00
undergraded		570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager	23.8.	22.8.
Aug.	12884	12950
Sept.	12695	12730

Kautschuk London (p/kg)	26.8.	23.8.
Nr. 1 RSS loco		61,00-63,00
Sept.	geschl.	–62,00
Okt.		–65,00
Nov.		–65,00
Tendenz: –		

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	26.8.	23.8.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	395,79-397,08	395,69-396,98
Blei in Kabeln	122,00-123,00	121,75-122,75
Aluminium f. Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	26.8.	23.8.
London 10.30	geschl.	333,60
15.00	geschl.	334,85
Zürich mittags	335,70-336,20	333,80-334,30
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	90950	90850
Silber (p/Feinunze) London Kasse		443,00
3 Monate	geschl.	454,90
6 Monate		466,60
12 Monate		489,30
Platin (£/Feinunze) London	26.8.	23.8.
fr. Markt	geschl.	230,90

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Higher grade mittags Kasse		997,00-997,60
3 Monate	geschl.	1020,50-1021,50
abends Kasse		–
3 Monate		–
(Kupfer-Standard) mittags Kasse		972,50-973,00
3 Monate		997,00-998,00
Zink (£/t) mittags	geschl.	509,00-510,00
3 Monate		514,50-515,00
Zinn (£/t) mittags		9088-9090
3 Monate		9053-9055
Quecksilber ($/Fl.)	–	278-288
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	64-70

Von Anfang an dabei (6): Rudi Michel und die Versuche mit bebildertem Sport

Fritz Walter spielte in alle Richtungen

Als die Bilder laufen lernten, etwa 1953/54, fiel es uns schwer, mit dem Tempo der Technik Schritt zu halten. Für uns alle – Kameraleute, Kommentatoren, Cutterinnen, Bildführer, Regisseure – waren Film und Fernsehen Niemandsland. In den Chefetagen der Funkhäuser hatte man bald erkannt, daß Sport eine recht zugkräftige Lokomotive zur Zuschauer-Faszination ist. Außerdem war klar: Sportereignisse laufen ab, sowieso, man braucht sie nur zu filmen.

Packen wir's an. Aber wie?

Erste regionale Versuche: Im Südwesten filmten wir ein Fußball-Meisterschaftsspiel 1. FC Kaiserslautern – TuS Neuendorf. Zwei Kameraleute postierten sich auf der Nordtribüne, zwei bauten an der anderen (!) Seite des Platzes auf, einer glaubte, den Anstoß direkt im Mittelkreis stehend aufnehmen zu können; den pfiff der Schiedsrichter sofort vom Feld.

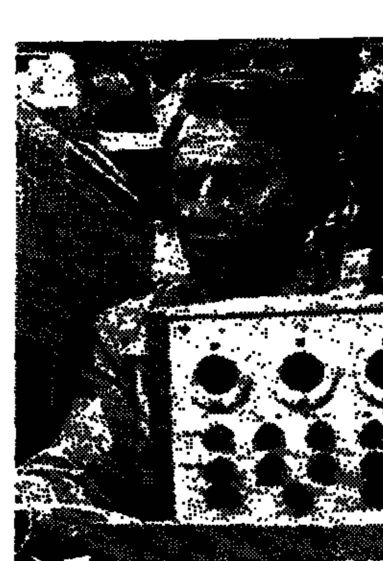
Das Produkt der Jungfilmer war frappierend. Die Hälfte der Tore hatten wir nicht auf dem Streifen („ich mußte gerade Film wechseln"), niemand hatte die Szene erwischt, die zum Elfmeter führte („Mann, ich war doch noch nie auf einem Fußballplatz"). Aber andere Spielzüge hatten wir gleich viermal, jedoch, o Schreck, dabei spielten Fritz Walter und die Seinen in derselben Szene zweimal von rechts nach links, und zweimal erlebten wir sie von links nach rechts kickend.

Wieso das? Kunststück: Man hatte hüben und drüben gedreht, gegeneinander gefilmt, über die Hand geschnitten, einen Achssprung in der Aufnahme gemacht. Fachsprache, die wir erst später erlernten. An diesem ersten Zehn-Minuten-Film schnitten wir so lange, bis die Cutterin mit den Nerven am Ende war: drei Tage.

Im Norden, im Bereich des NWDR, wagte man sich bald sehr weit vor: Die Direktübertragung eines Fußball-Meisterschaftsspiels der Regionalliga mittels elektronischer Kameras stand schon 1952 auf dem Programmplan: FC St. Pauli – FC Altona 93. Als sich das neue Medium am Millerntor ansagte, zeigte sich St.-Pauli-Präsident Koch hocherfreut. Aber, so versicherte er dem Hamburger Redakteur und Regisseur Horst Seifart: „Mehr als 3000 Mark können wir dem Fernsehen dafür nicht bezahlen."

Kinder, waren das Zeiten ...

Trockenkurse für Fußball-Kommentatoren: „Wohlgemerkt", sagte Eduard Roderich Dietze, einer der wenigen, die wußten, wie alles geht und wie alles kommen wird, „ihr seid Kommentatoren und keine Radio-Reporter." Dietze kannte die englische Fernseh-Fibel aus dem Effeff und reiste mit zwei Youngstern zweimal im Monat von Baden-Baden nach Frankfurt zum Stadion Riederwald. Dort saßen wir, mein Kollege Gerd Mehl und ich, mitten unter den Zuschauern auf der Tribüne und sprachen hin und wieder geheimnisvolle Sätze zum Spiel der Frankfurter Eintracht: ohne Kamera und ohne Monitor! Nicht sagen, was der Zuschauer selbst im Bild sieht und erkennt, bitte nur ergänzen, was er nicht erkennen kann, Spielzüge nicht beschreiben, sondern werten, Schiedsrichter-Entscheidungen deuten, kommentieren und oft schweigen. „Können Sie schweigen, dann werden Sie ein guter Kommentator – vorausgesetzt, Sie verstehen etwas von der Sportart."



Erzielte mit der Kamera frappierende Ergebnisse: Sportreporter Rudi Michel FOTO: F. HARTUNG

Lehrsätze von Dietze, dem Anglophilen, der Schwätzer haßte.

Wir schwiegen oft und viel, redeten für die Zuschauer um uns herum immer an der falschen Stelle und zu unerklärlichen Situationen, sprangen nie auf und jubelten nie, wenn die Eintracht ein Tor schoß, riefen abseits, bevor der Schiedsrichter pfiff. Das war alles seltsam genug für unsere Umwelt. Junge Männer machten angeblich einen Test für das Fernsehen, und keiner auf der Tribüne hatte ein Gerät daheim. Ähnliche Trockenübungen machte ein gewisser Harry Valérien am Rande eines Schwimmbeckens in München, bis er sich beim ZDF freigeschwommen hat wie Michael Groß.

Jener Eduard Roderich Dietze vom Südwestfunk Baden-Baden brachte auch die erste Fernseh-Konferenzschaltung im sportlichen Bereich zustande. 1953 koppelte er eine Direktübertragung vom Automobilrennen auf dem Nürburgring (vier elektronische Kameras) mit der Live-Sendung eines Galopprennens in Iffezheim bei Baden-Baden (drei Kameras). Ein „synoptisches Programm" nannte er das voller Stolz, was zwar sprachlich nicht ganz zutreffend sein mag, aber als Premiere bleibt die Sendung für Deutschland wohl bestehen.

Das neue Medienzeitalter im Sportbereich begann mit den Direktübertragungen von der Fußball-Weltmeisterschaft 1954 in der Schweiz. Es war die Zeit, als unsere Väter die Flimmerkisten en masse kauften. Vor der 54er WM waren in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin ganze 27 592 Fernsehteilnehmer gemeldet (1. 6. 54). Nach „Bern" gab es 40 980 Gebührenzahler. Eine Steigerung von 49,09 Prozent. Josef Hackforth beschreibt die damalige Situation in seiner Dissertation „Sport und Fernsehen": „Zehn bis 20 Personen pro Empfänger in Privathaushalten und 60 bis 70 Personen in Gaststätten und sonstigen öffentlichen Stellen wurden als Maßstab für die Sehbeteiligung angesehen. Die Möglichkeiten der magnetischen Aufzeichnung (MAZ) als Mitschnitt gab es noch lange nicht. Und niemand im deutschen Fernsehen dachte daran, das Endspiel zusätzlich filmisch festzuhalten." Aus diesem Grund kann das Fernsehen auch heute noch immer wieder vorgebrachte Wünsche auf Wiederholung des gesamten Finales niemals erfüllen.

Fußnote zu diesem „Wir-sind-wieder-wer"-Ereignis: Beim NWDR in Hamburg wollten sie am Tag danach ein Interview mit den deutschen Weltmeistern haben. Wir probierten es am Montag, dem 5. Juli 1954, auf Bahnsteig 2 im Bahnhof Singen, der ersten Station des Sondertriebwagens. Dreißig Sekunden nach der Einfahrt des Zuges lag mein Kameramann von Menschen geschoben und gedrückt flach auf dem Bahnsteig, die Filmkassette war aufgeplatzt, das Zelluloid vorzeitig belichtet. Wir machten das Interview am Dienstag im Hinterzimmer des Lindauer Renommier-Hotels Reutmann. Die Sendung sollte am gleichen Abend im Anschluß an das Abendprogramm aus Baden-Baden erfolgen. Die Bundespost mußte die Strecke „drehen". Von Hamburg nach Baden-Baden, von Nord nach Süd. Das bedeutete fünf Minuten Testbild für strapazierte Fersehaugen. An jenem Abend konnte die Strecke überhaupt nicht mehr gedreht werden. Oh, Ingenieure, waren das Zeiten! Wir schickten die Filmbüchsen mit der Eisenbahn nach Hamburg. Sendung am Mittwoch. Das Geschwätz war immer noch aktuell: wir waren ja konkurrenzlos.

Fernseh-Macher, waren das Zeiten!

P. S.: Das Film-Interview mit den Walters, Posipal, Liebrich, Herberger und Pecco Bauwens liegt immer noch im Archiv des Südwestfunks. Wiederholungswünsche sind zwecklos, denn der Ton fehlt, die Büchse mit dem Magnetocord-Band hat sich selbständig gemacht, ist auf Nimmerwiedersehen verschwunden.

So war's halt, damals ...

RUDI MICHEL

Am 4. 9. erinnert sich Lonny Kellner-Frankenfeld an eine „schöne Bescherung"

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Rad-WM
Bahn-Wettbewerbe
10.35 Alfred Hitchcock:
Geheimagent
11.55 Umschau
12.10 Reportage am Montag
Nebenwirkungen unbedenklich
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Fury
Zehn Dollar pro Kopf
15.25 Jim Knopf und Lukas, der Lokomotivführer
2. Von China in die Wüste
Ein Spiel mit der Augsburger Puppenkiste
15.55 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Mitzi Weiland
Die kleinste Frau Deutschlands
Film von Henning Stegmüller
16.55 Spaß am Dienstag
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann zeigt: Die Welt der Stachelritter
Tierleben in Haus und Garten
21.00 Report
Der Eier-Skandal: Wie Unternehmer kriminelle Geschäfte machen können / Deutsche Söldner für die USA: Verstößt ein Regierungsabkommen gegen das Grundgesetz? / Der leise Tod: Gen-Technologie im Dienste militärischer Forschung / Stirbt erst der Wald und dann der Mensch? – Studie bestätigt Zusammenhang
Moderation: Franz Alt
21.45 Magnum
Der Bankräuber
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Schwarz-weiße Optik: Ein Porträt des südafrikanishen Fotografen Jimi Mathews / Nadine Gordimer im Gespräch: Ein Interview mit der bedeutendsten Schriftstellerin Südafrikas / Halbmond über Südafrika: Der iranische Komponist und Dirigent Alexander Rahbari hat sein Werk „Halfmoon" in Johannesburg mit einem Zuluchor und einem weißen Symphonieorchester uraufgeführt / Afrika in Paris: Musikgruppen aus Senegal und Zaire erobern die französischen Hitparaden
23.45 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Fonn – Hong Kong Phoi
15.30 Ferienkalender
16.05 Anna und der König von Siam
Die Glücksspielerin
16.30 Der Wunschfilm für Kinder
10. Boomer, der Streuner
Der Privatdetektiv
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Schwerpunkt: Lieder, Land und Leute
17.50 Das Haus am Eaton Place
Das Familientreffen (1)
Dazwischen: heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Hilfe, der Doktor kommt!
Englischer Spielfilm, 1956
Mit Dirk Bogarde, Muriel Pavlow u. a.
Regie: Ralph Thomas
Doktor Herbert Sperling ist Unfallarzt am St. Swithin's Hospital in London. Er würde gern in der Chirurgischen Abteilung arbeiten; aber Sir Lancelot Spratt, der Direktor und führende Chirurg des Krankenhauses, hält nicht viel von dem jungen Arzt. Als Dr. Sperling unwissentlich einen Mäzen des Hospitals beleidigt, wird er entlassen.
21.15 WISO
Südafrika: Kap der schlechten Hoffnung – Die Rolle deutscher Unternehmer in Südafrika / Dreiertreffen: Der programmierte Streit / Im Studio: Siegfried Mann, BDI / Tip: Was kosten Kredite wirklich? / Vorruhestand: Die teure Ruhe vor der Rente
Moderation: Hans-Ulrich Spree
21.45 heute-journal
22.05 Filme von Frauen
Weggehen um anzukommen
Deutscher Spielfilm, 1981
Mit Gabriele Osburg, Ute Cremer u. a.
Regie: Alexandra v. Grote
23.30 Die Sport-Reportage
Internationale Galopprennwoche, Rad-WM, Bahnwettbewerbe
0.10 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD
19.00 Rockpalast
Romeo Void

HESSEN
19.00 Nirgendwo ist Poenichen
Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Wanderungen durch die DDR
Die weiße Flotte
Ansichten aus „Spree-Athen"
21.00 Rückblende
Vor 20 Jahren gestorben: Le Corbusier
21.15 Der seidene Schuh (2)
Vierteiliger Film von Manoel de Oliveira nach Paul Claudel
22.45 Reisewege zur Kunst – Sardinien
Von Olbia nach Nuoro
23.30 19. Deutsches Jazzfestival Frankfurt (1984)
0.25 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Hämorrhoiden
20.15 ... das hat mich alles ein Stück sicherer gemacht
Film von Hannelore Appler
21.00 Getaway
Amerikanischer Spielfilm, 1972
Mit Steve McQueen u. a.
Regie: Sam Peckinpah
23.00 Christliche Kunstwerke in Baden-Württemberg
Das Konstanzer Münster
23.15 Urteil des Monats
Veto gegen Abtreibung
23.30 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Fracasse, der freche Kavalier
Franz.-italien. Spielfilm, 1961
Mit Jean Marais, Geneviève Grad u. a.
Regie: Pierre Gaspard-Huit
20.35 Die Zauberflöte
Kanadischer Zeichentrickfilm, 1977
20.45 Die Sprechstunde
Hämorrhoiden
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 BR unterwegs
23.20 Rundschau

SAT 1

13.30 Marco
Fast am Ziel
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
Am Strand von Bungalo
15.00 Black Beauty
Ned will zum Zirkus
15.30 Musicbox
16.30 Happy Days
Wenn der Sohn den Vater vertritt
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Marjory im Wilden Westen
18.00 Alle meine Lieben
Die Berufung
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Mariandl
Österreichischer Spielfilm, 1961
Mit Conny Froboess, Rudolf Prack, Hans Moser u. a.
Regie: Werner Jacobs
20.30 Kulturmagazin
Filmgeschichte(n)
„Zwischen den Filmen". Volker Schlöndorff und sein Film „Der Tod des Handlungsreisenden" mit Dustin Hoffman / Robert van Ackeren über sein gestopptes Filmprojekt „Die Tigerin"
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Vier für ein Ave Maria
Italienischer Spielfilm, 1968
Mit Bud Spencer, Terence Hill u. a.
Regie: Giuseppe Colizzi
0.15 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.30 Die Frau im Korsett
Wiener Frauenalltag von 1848 bis 1918
Film von Brigitte Vacha
20.15 Ringstraßenpalais
Eine Wiener Familiengeschichte in 24 Teilen von Hellmut Andics
1. Im Schatten von Königgrätz
Mit Heinrich Schweiger, Guido Wieland, Marianne Nentwich u. a.
Regie: Rudolf Nussgruber
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
anschl. 3SAT-Nachrichten

KRITIK

Zwei alte Damen am Klavier

Zwei ältliche Ladies (streng: Lola Müthel; köstlich spätromantisch verträumt: Doris Schade) pflegten bislang ein idyllisches Leben mit Butler (Herbert Steinmetz, ein rührendes Opfer der alsbald allzu grellen Verhältnisse), Hausmädchen und einem Haufen Erinnerungen an die gute, alte Zeit, da noch rund um die Uhr auf Form und Anstand gehalten wurde.

Nun ja, das ist lange her; die beiden Damen spielen Klavier und nehmen den Tee, und eines Tages heuert die weiche Doris alias Olga den als hilfsbereiten Alleskönner getarnten Paul (Helmut Zierl) an, der sich so clever in den Haushalt einreiht, daß er bald seinen Vater (Fritz Strassner) nachholen kann, einen ehemaligen Ganoven mit ganz passablen Manieren.

Die beiden haben es auf den Kellertresor abgesehen, in dem freilich nichts mehr ist: Der Schmuck der Ahnen ist längst versetzt. Das wissen die Bösen natürlich nicht, und mit lockerer Altweiber-Ruhe arrangieren die Pianistinnen den stummen Hingang des bösen Paul-Vaters: er verröchelt still im Tresor.

Wer Deutsch-Hausbackenes erwartet hatte, konnte schon nach zehn Minuten aufatmen: diese Krimiburleske von Konrad Hansen (Regie: Oswald Döpke) namens **Mord zu vier Händen** (ZDF) paßte so recht in öde Agatha-Christie-Zeiten, hat sie doch eine Masse gelernt von den ehrwürdigen britischen Vorbildern, die – zu anno Tobaks Zeiten – auch mal spannend waren. ALEXANDER SCHMITZ

Durch Qualität eine Zukunft

Der Bericht über die **Zeitung der Zukunft** (ARD) war sehr informativ, glitt allerdings manchmal etwas ins Arrogante ab. Was soll – im Deutschen Fernsehen zumal – der Zeigefinger gegenüber „billigsten Massenblättern"; wähnt man sich im Durchschnitt bei allen Sendungen besser? Was soll die Kritik „seichtestes Niveau" gegenüber dem privaten AFP, die die meisten Zuschauer nicht kontrollieren können?

Sonst allerdings wurden die Perspektiven der Zeitungen gegenüber den wachsenden elektronischen Medien deutlich herausgearbeitet; man müsse „sich auf die Qualitäten des eigenen Produktes besinnen", dann habe man eine Zukunft; und die Einzigartigkeit der „konzentrierten Ruhe", in der die Zeitung informiert. Deutlich dargestellt war auch die Härte, in der der erste Anbieter am Markt, nicht nur bei Zeitungen, aber da eben auch, dem zweiten den Lebensraum nimmt.

Wehmütig dachte man an die Umbrüche in der Setzerei, diese wegrationalisierte Zusammenarbeit mit dem Handwerk. Eine große Gefahr der computererfaßten Agenturmeldungen hat die Sendung allerdings übersehen: in der täglichen Arbeit kann es die Neigung geben, nicht mehr viel zu redigieren, sondern schnell auf die „Fertig"-Taste zu drücken – wodurch eine Monotonie in der Nachrichtengebung alle Zeitungen überziehen kann.

DETLEV AHLERS

DR. LEONIE REYGERS

GEB. 6. JANUAR 1905 IN BOCHOLT/WESTFALEN
GEST. 21. AUGUST 1985 IN DORTMUND

MUSEUMSDIREKTORIN A.D.
TRÄGERIN DES GROSSEN BUNDESVERDIENSTKREUZES

IM NAMEN DER FAMILIE
LUDWIG REYGERS
4290 BOCHOLT, ADENAUER ALLEE 62

REQUIEM IN DER KAPELLE VON LIEBFRAUEN ZU BOCHOLT, AM MONTAG, DEM 26. AUGUST 1985, 14.30 UHR
BEISETZUNG IM FAMILIENKREISE

Prof. Dr. Christa Helling

geb. 15. Januar 1927 in Hamburg
gest. 13. August 1985 in Triest

Wir sind tief betroffen von dem plötzlichen Tod einer klugen und tapferen Frau und trauern um unsere liebe Cousine und Nichte.

Werner Marckmann und Frau Ingeborg geb. Riege
Juana Helling
Dr. Hans-Günther und Renate Helling
Carl-Hermann und Hilde Helling
Ingeborg Behrmann geb. Helling
Franz-Alfred und Marie-Luise Wooge

Via Monte Cengio 2/4
I-34127 Triest
Pfingstholzallee 6
2055 Aumühle

Trauerfeier am Freitag, dem 30. August 1985, um 12.30 Uhr, Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle A.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden†
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Den Bischof vergessen

egw. – Man lernt nicht aus. Forschungen fördern emsig Neues zutage. Die durch Jahrzehnte gültige Liste der Salzburger Bischöfe ist von Professor Ernst Dopsch jetzt dahin berichtigt worden, daß ein Erzbischof – Berthold von Wehingen – einfach „vergessen" wurde. Und das noch nicht einmal in dunkelster Vergangenheit: Er war 1403–1406 Salzburgs Oberhirte. Andererseits soll die Liste aber drei Bischöfe, allerdings vor mehr als tausend Jahren, irrtümlich führen.

Aber das sind nicht die einzigen Merkwürdigkeiten, die demjenigen, der sich in die Geschichte der Stadt vertieft, auffallen. Was weiß man, ein weiteres Beispiel, von Karolin August, welcher – offenbar – dem Salzburger Museum Carolino Augusteum den Namen gegeben hat? Lachend wird man belehrt, daß hier eine Geschlechtsumwandlung stattgefunden habe, denn das Institut wurde von Karoline, der vierten Ehefrau des Kaisers Franz von Österreich – „die einzige, die mich aushält" –, begründet. Die Namensgebung mit dem auf einen männlichen Gründer verweisenden Titel trifft also nicht ganz ins Schwarze. Oder würde man es korrekt finden, von einer Mario-Theresianischen Akademie zu sprechen?

Auch von der Kaiserin Karoline ist einiges Unbekanntes zu berichten: Als junges Mädchen dem 16jährigen Kronprinzen Wilhelm von Württemberg angetraut, bekam sie von diesem nur einen Satz zu hören: „Wir sind beide Opfer der Politik." Und dann nichts mehr. Die Ehe wurde später für ungültig erklärt, worauf Kaiser Franz 1816 die 24jährige heimführen konnte. Neunzehn Jahre, bis zu seinem Tode, „hielt sie ihn aus"; als Witwe trat sie als große Wohltäterin auf, ihr verdankt Salzburg u. a. den Ausbau des Turms der Franziskanerkirche und, eben, auch das reich bedachte Museum mit dem Namen, der bisher noch niemand gestört hat.

Sind Namen doch Schall und Rauch?

Bunte Luftballons: Die Schauspielsaison 1985/86

Neue Köpfe mit alten Kamellen

Kassandra hätte vermutlich ihre helle Freude daran, eine Prophetie für die kommende Spielzeit an den deutschsprachigen Schauspielbühnen zu versuchen. Nach den Enttäuschungen der Saison 1984/85 ist das Angebot für die nächste Spielzeit eher noch magerer geworden. Zwar werden von den Theatern rund 100 Uraufführungen angekündigt (25 weniger als in der Vorsaison), doch soweit die Texte bis jetzt vorliegen, ist kein einziges darunter, von dem man sich mehr versprechen darf als ein wenig modische Aufgeregtheit.

So konzentriert sich das Interesse eher darauf, wie sich die vielen neuen Köpfe in den Chefetagen der wichtigeren deutschen Bühnen bewähren werden. Schließlich haben unter anderem das Württembergische Staatsschauspiel Stuttgart, die Städtischen Bühnen Frankfurt, die Bühnen der Stadt Köln, das Thalia-Theater Hamburg, das Deutsche Schauspielhaus Hamburg, die Staatlichen Schauspielbühnen Berlin, die Schaubühne am Lehniner Platz Berlin und das Essener Schauspielhaus neue künstlerische Leiter erhalten. Die Theaterlandschaft wird also gründlich umgekrempelt. Zwar dreht sich in den meisten Fällen nur das Intendantenkarussel ein Stück weiter – unter dem Motto „Neue Stadt, neues Glück"; aber es gibt auch Ausnahmen. Vor allem wartet natürlich alles darauf, wie Heribert Sasse an der Spitze der Berliner Staatstheater, Luc Bondy als Peter-Stein-Nachfolger an der Schaubühne und Günther Rühle, der frühere FAZ-Feuilletonchef, in Frankfurt ihre schwierigen Aufgaben bewältigen werden.

Die Spielpläne bieten im Prinzip das Übliche. Rund 20 Prozent aller angekündigten Neuinszenierungen sind Ur- und Erstaufführungen, was theoretisch für Mut und Beweglichkeit spricht. Aus den Erfahrungen der vergangenen Spielzeit weiß man allerdings, daß sich dahinter nicht selten eine Politik der bunten Luftballons verbirgt. Wie viele Stücke von Lars Noren bis Tankred Dorst, von Thomas Bernhard bis Edward Bond waren da angekündigt worden und sind dann klammheimlich in der Versenkung verschwunden!

Besonders tut sich auf diesem Gebiet immer das Schauspielhaus Bochum hervor, das für Peymanns Abschiedssaison wieder sieben Uraufführungen ankündigt. Wobei auffällt, daß Regisseure wie Manfred Karge oder Dramaturgen wie Uwe Jens Jensen die Autorenrolle gleich mit übernehmen. Immerhin, in Bochum stehen auch die Uraufführungen der neuen Stücke von Martin Walser, „Die Ohrfeige", und George Tabori, „Mein Kampf", auf dem Programm.

Die Unzuverlässigkeit der Ankündigungen beruht noch auf einem anderen Phänomen, das auch diesmal wieder zu verzeichnen ist: Die Theater kündigen Stücke an, die noch gar nicht geschrieben sind. Das heißt dann einfach: „Ein neues Stück". Thomas Brasch (in Bochum), Friederike Roth (in Bremen), Franz Xaver Kroetz (in Stuttgart), Walter Jens (in Hamburg) und Peter Turrini (in Wien) gehören zu diesen noch „unvollendeten" Autoren.

Eine immerwährende Beschäftigung bietet den Theatern natürlich die Aufarbeitung des Dritten Reiches. Hans Hollmann und Thomas Pitz haben für das Münchner Residenztheater Lion Feuchtwangers Roman „Erfolg" zu einem zwei Abende umfassenden Stück verarbeitet. Rolf Hochhuth schreibt für das Staatstheater Saarbrücken ein Requiem für die Widerstandskämpferin Johanna Kirchner, Elfriede Jelinek beschäftigt sich in „Burgtheater" (Uraufführung in Bonn) mit der geistigen Anpassung an den Nationalsozialismus. Auch Tankred Dorst hatte für Nürnberg wieder eine Replik auf die Kriegsjahre angekündigt, diese aber inzwischen ohne Angabe von Gründen zurückgezogen.

Was die bekannten Autorennamen angeht, sieht man vor allem die Vielschreiber wieder am Werk. Kroetz bereitet gleich zwei neue Stücke vor. Bremen und München kündigen Dramen von Achternbusch an. Heiner Müller („Die Befreiung des Prometheus" in Bochum und „Bildbeschreibung" in Graz) darf natürlich nicht fehlen. Und schließlich hat auch Botho Strauß nicht geruht: Die Berliner Schaubühne bringt sein neues Stück „Fremdenführerin" heraus – eine Variation des Liebesthemas „junge Frau und alter Mann".

Auch die ausländischen Autoren, die 1985/86 mit Erstaufführungen auf deutsche Bühnen kommen, wurden offenbar vor allem unter politischen und zeitgeschichtlichen Aspekten ausgewählt. Harold Pinter beschäftigt sich in seinem ersten politischen Stück, „Einen für unterwegs" (Stuttgart), mit Folterung und Verfolgung. Irwin Shaw stellt in „Bury Dead" (Bonn) die Frage nach dem Lebensglück im Zeitalter des Atomkrieges, und die Türkin Emine Sevgi Özgamar schildert in „Karagöz in Alamania" (Frankfurt) aus eigener Erfahrung die Probleme von Gastarbeitern in Deutschland.

Grundsätzlich unterscheiden sich die Spielplanprofile kaum von den Vorjahren. Wie üblich ist Shakespeare der absolute Spitzenreiter unter den Autoren. 18 Stücke von ihm werden in 69 Inszenierungen angeboten, dreizehnmal allein der „Hamlet", zwölfmal der „Sommernachtstraum". An der zweiten Stelle hält sich nach wie vor Bert Brecht, von dem 22 Stücke in 42 Neueinrichtungen angekündigt sind. Der größten Beliebtheit erfreut sich dabei weiterhin „Herr Puntila und sein Knecht Matti" (18). Die deutsche Klassik behauptet sich gut: Elf Stücke von Goethe (23 Inszenierungen), sieben von Kleist (19) und fünf von Lessing (20) sind auf den Spielplänen zu finden. Schiller muß nach einer mehrjährigen Renaissance wieder ins zweite Glied zurücktreten.

Die Hit-Liste der meistgespielten Stücke führen allerdings zwei zeitgenössische Autoren an: Die „Offene Zweierbeziehung" von Dario Fo und seiner Frau Franca Rame wird von mindestens 18 Theatern gespielt; und Patrick Süskinds Einpersonenstück „Der Kontrabaß" folgt dicht darauf mit 16 Inszenierungen. Nach vorn zu drängen scheinen auch wieder Autoren, die vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren für Furore sorgten. Edward Albee („Wer hat Angst vor Virginia Woolf?"), Samuel Beckett („Warten auf Godot") und Friedrich Dürrenmatt („Die Süßigkeit") kommen an acht Theatern wieder zu Aufführungsehren.

Henrik Ibsen hat durch die Umweltproblematik verstärktes Interesse gewonnen, was man daraus schließen kann, daß sein „Volksfeind" nicht weniger als neunmal inszeniert wird. Rückläufig ist dagegen die Beschäftigung mit Heiner Müller, von dem in der letzten Spielzeit so ungefähr jede Zeile aufs Theater gebracht wurde, die er überhaupt geschrieben hat. Seine Stücke werden nur noch halb so oft angekündigt wie in der Vorsaison. Nimmt man noch Thomas Bernhard (12 Inszenierungen) und Botho Strauß (ebenfalls 12) hinzu, so hat man fast einen deutschen Musterspielplan zur Hand.

Fazit: Originalität ist nach wie vor gefragt.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



Kaum berühmt, schon gefälscht: Der Maler Giorgio de Chirico 1977 in seinem römischen Atelier
FOTO: STEFAN MOSES

Große Fälschungen in Kunst und Literatur (XI): Das Team namens de Chirico

Der Gerichtsgutachter half wacker mit

Giorgio de Chirico (1888–1978) hält immer noch den Rekord, der Meistgefälschte unter den italienischen Meistern des 20. Jahrhunderts zu sein. Sieben von zehn de Chiricos gelten als Fälschungen. Seine Witwe, die Russin Isabella Far, beantwortete in der Juniausgabe der italienischen Zeitschrift „Arte" die Frage, wann die Fälschungen begonnen hätten: „Sehr früh. Sie haben uns das ganze Leben lang begleitet und gezwungen, zwischen Advokaten und Prozessen zu leben."

Giorgio de Chirico hat jahrzehntelang Prozesse geführt und fast immer verloren, weil die Fälscher und ihre Handlanger, gewissenlose Galeristen, zu gerissen waren, um sich in flagranti ertappen zu lassen. So sehr wuchs darum sein Zorn, daß er eines Tages ein ihm vorgelegtes Bild als Fälschung erklärte und zerriß. Experten erklärten es dann als echt, und er mußte dem Besitzer den Marktwert von rund 200 000 Mark ersetzen.

Daß der greise Meister – böse Zungen meinen, auf Betreiben seiner Frau – die Werke seiner größten, der metaphysischen Zeit immer wieder kopiert hat und oft selbst nicht von ihren unzähligen Fälschungen unterscheiden konnte, ist eine Tatsache. Daß er bewußt Fälschungen signiert habe, dürfte eine Verleumdung sein.

Als im Mai 1977 die einzigen amtlichen „Kunstdetektive" Europas, die auf Kunstraub und Fälschung spezialisierte römische Karabinieritruppe, in Mailand eine Fälscherbande aushob, die Tausende seiner Bilder produziert und verkauft hatte, atmete der damals 89jährige de Chirico wie erlöst auf. Denn bis dahin hatten viele gemeint, seine ständigen Klagen seien ein raffinierter Reklametrick gewesen. Das Fälscherdepot mit 1300 Werken, die Verhaftung von zwei Malern und zwei bekannten Galeristen (von denen einer als Kunstsachverständiger bei Gericht diente) und eines römischen Notars brachten de Chirico endlich die ersehnte Rehabilitierung. Aber gleichzeitig verunsicherten sie den Kunstmarkt aufs höchste.

Bereits im Oktober 1976 hatte man im Atelier eines der Maler neben 50 falschen de Chiricos das gestohlene Siegel des Notars entdeckt, mit dem seine Werke als authentisch bestätigt wurden. Dazu einen Packen gefälschter Briefe des Meisters, in denen er bestätigte, das Bild gemalt zu haben.

Kurz nach der Aufdeckung des Mailänder Fälscherrings erhielt Claudio Bruni, der Verfasser des sechsbändigen Werkkatalogs von de Chirico, mehr als tausend Fotos von Bildern, deren Besitzer um die Bestätigung der Echtheit baten. Es waren alles Fälschungen. Denn de Chirico wurde so oft gefälscht, weil sein Marktwert so hoch war und weil die Bilder seiner metaphysischen Phase, vor allem die „Plätze Italiens", relativ leicht zu kopieren sind. Da er selbst die „Piazze d'Italia" in späteren Jahren oft neu gemalt hat, ist ihre Zahl schwer festzulegen. So entstand der Verdacht, daß de Chirico selbst seine schwächeren Bilder als Fälschungen erklärte, um sie vom Markt zu schaffen und die Preise hoch zu halten.

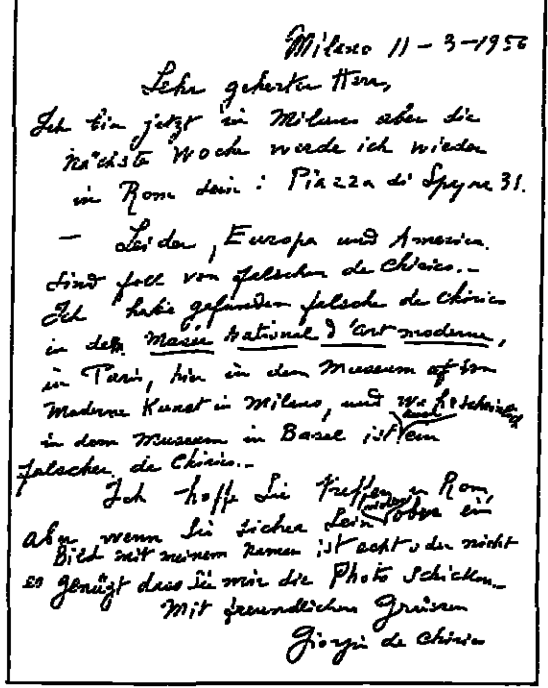
Heute weiß man, daß die raffinierten Betrüger sich hüteten, ihre Fälschungen gleich zu verkaufen. Zunächst wurden sie auf Ausstellungen gezeigt, damit sie bekannt und zwischen echten Bildern in wichtige Kataloge aufgenommen wurden. Mit dem gestohlenen Siegel als echt abgestempelt und von einem „kürzlich Verstorbenen" erworben, fanden sie dann leicht Käufer. Zumal, wenn die Signatur keinen Zweifel erlaubte. Die erhielt man zuweilen mit dem Trick der doppelten Rückwand.

De Chirico bestätigte auf der Rückseite ein eigenes Bild, nicht wissend, daß er auf eine verdoppelte Leinwand schrieb, die noch leer war und erst später mit einer Fälschung bemalt wurde.

Bis zum Gesetz Pieraccini von 1971 war es in Italien nicht verboten, Bilder falsch zu signieren. Aber auch das neue Gesetz hat viele Lücken, und das offizielle Verzeichnis der modernen italienischen Maler, der „Bolaffi", hilft nur Kundigen. Denn die Maler liefern dafür selbst die Angaben zur Person und zu ihren Preisen. Man darf ihnen nur trauen, wenn der Herausgeber ein Sternchen hinter ihren Namen gesetzt hat.

Die Fülle der falschen de Chiricos führte 1978 zu dem Grundsatzurteil, daß Expertisen nur für direkt bei einem Maler erworbene Bilder gültig sind. Bei einem Zweitkauf wird auch die Signatur nicht als Beweis anerkannt. Der Markt ist und bleibt daher verunsichert. Die 20 garantiert seriösen unter den mehr als 150 Galeristen der Kunsthandel-Metropole Mailand raten darum, Bilder nicht nach Namen, sondern nach ihrer Qualität auszusuchen. Zumal der „schwarze" Kunstmarkt, vor allem die Versteigerungen im Rahmen von Sendungen der Privat-Fernsehanstalten, deren Zuschauer per Telefon fast regelmäßig Schund erwerben, 60 Prozent des italienischen Kunsthandels ausmachen sollen. Und ganz zu schweigen von dem Riesenerfolg der „Collettiva falsari d'arte", der Kooperative der Kunstfälscher, die Kopien der „klassischen Moderne", ordnungsgemäß von ihren Imitatoren gezeichnet, in Fülle absetzt.

MONIKA von ZITZEWITZ



Milano 11-3-1956
Sehr geehrter Herr,
Ich bin jetzt in Milano aber die nächste Woche werde ich wieder in Rom sein: Piazza di Spagna 31.
— Leider, Europa und America sind voll von falschen de Chirico.—
Ich habe gefunden falsche de Chirico in dem Musée National d'Art moderne, in Paris, hier in dem Museum of Modern Kunst in Milano, und [illegible] in dem Museum in Basel ist ein falscher de Chirico.—
Ich hoffe Sie treffen in Rom, aber wenn Sie sicher sein wollen ein Bild mit meinem Namen ist echt oder nicht so genügt dass Sie mir die Photo schicken.
Mit freundlichen Grüssen
Giorgio de Chirico

Die Klage des Künstlers über die vielen Fälscher: Eigenhändiger Brief von Giorgio de Chirico
FOTO: DIE WELT

Andalusien in Marokko

Expedition zu Quellen der Lieder

Wie klang das mittelalterliche einstimmmige Lied? Und was hat „Andalusische Musik aus Marokko" damit zu tun? Die mehrfach auch auf Schallplatte dokumentierten Rekonstruktionsversuche mittelalterlicher Musik stehen im Grunde alle vor dem gleichen strukturellen Problem, eine fragmentarische Quellenanlage zum Klingen bringen zu müssen. So besitzt man zwar in einer relativen Tonhöhe notierte Melodien, dazu textliche Zuordnungen von Liedstrophen, jedoch nur rudimentäre Gewißheit über weitere rhythmische Details oder gar die Art und Weise der Verwendung von Instrumenten. Darüber hinaus sind auch die vielfach beschworenen Zusammenhänge zwischen spanisch-arabischer und provenzalischer Lyrik ungeklärt, obwohl hier die Anfänge weltlich-volkssprachlicher Literatur liegen.

In den sechziger Jahren hat man jedoch in Marokko eine noch seit dem Mittelalter existierende musikalische Tradition entdeckt, die bis ins 17. Jahrhundert schriftlos weitergegeben wurde, bevor man die Tonarten und Texte des Grundrepertoires einer Systematisierung unterzog. Die Zusammenführung dieser klingenden Quelle mit den „europäischen" Rekonstruktionsversuchen fand auf Betreiben der wohl kompetentesten Institution in diesem Bereich, der „Schola Cantorum Basiliensis", 1977 in Basel statt. Hier trat auch das marokkanische Ensemble aus Fez unter der Leitung von Hağğ Abdelkarim Rais auf, dessen Darbietungen erst jetzt auf einer Schallplatte veröffentlicht wurden.

Über die Komplexität und Bedeutung, die formale Strenge und Vielfalt des Repertoires dieser tradierten andalusischen Musik, ihre besondere rhythmische und tonale Strukturierung und andere Eigenarten gibt ein ausgezeichnetes Beiheft Auskunft. Das Hörerlebnis dieser Musik ist natürlich zunächst ungewohnt, fesselt jedoch mehr und mehr, wenn man sich in die reiche Rhythmik eingehört hat.

Die klangliche Ebene wird bestimmt durch die für arabische Musik typische Pentatonik und den melismatischen Gesang der Gruppe, in Verbindung mit dem eigentümlichen Instrumentarium aus Laute, Violine, Zither, Tamburin und Felltrommel. Man erkennt gut die Verbindung zu dem, was von den Rekonstruktionen einiger Troubadourlieder her bekannt ist.

Kein ästhetisch autonomes Erlebnis also, aber auch nicht weniger als die Faszination, einer Quelle unserer abendländischen Musik auf der Spur zu sein.

ANDREAS BOMBA

Andalusische Musik aus Marokko. Marokkanisches Ensemble aus Fez unter der Leitung von Hağğ Abdelkarim Rais. Deutsche harmonia mundi 1695 253.

Von den Zaren und von der britischen Königsfamilie geschätzt: eine Säulenuhr von Carl Fabergé, wie ein antiker Tempel aus Gold, rosa Diamanten, Email, vergoldetem Silber und Platin 1904 zur Erinnerung an die Geburt des Zarewitsch geschaffen. Aus der Londoner Ausstellung
FOTO: QUEEN'S GALLERY

Großbritanniens Könige liebten seine Kunststücke – London zeigt Goldschmiedearbeiten von C. Fabergé

Das Wasser ist aus Bergkristall, die Blüte aus Email

Auch Könige haben ihre Spielzeuge. Was sich Englands erste Familie in unserem Jahrhundert besonders gerne gegenseitig schenkte oder von Freunden schenken ließ, ist jetzt in einer Ausstellung der „Queen's Gallery" am Rücken des Buckingham-Palastes zu besichtigen: eine ganze Menagerie an exotischen Tieren, einträchtig zusammen mit sehr gewöhnlichen Hausviechern. Ein großartiger Flügel, prunkvolle Schreibtische, zarte Blütenzweige, kostbare Ostereier mit raffiniertem Inhalt. Sie alle haben gemeinsam: Sie sind meist nur wenige Zentimeter groß und wurden in den russischen Werkstätten des berühmtesten Goldschmieds seiner Zeit aus Edelsteinen und Halbedelsteinen, aus Email, Perlen und Metallen zum schieren Entzücken des Auges geschaffen.

Carl Fabergé, aus hugenottischer Familie, hatte als Hofjuwelier der russischen Zarenfamilie internationalen Ruhm erworben. Rund 700 Angestellte in Moskau und St. Petersburg belieferten die Schreibtische und Boudoirs der Adligen und Reichen Europas mit seinen charmanten Kunststücken. Dabei ging es ihm nicht darum, mit den kostbarsten Materialien zu protzen. Lieber holte er aus gewöhnlicheren Steinen, aus landläufigen Metallen das Raffinierteste an Schattierungen, an Formenspiel heraus.

Seine Phantasie und technische Virtuosität entzückten auch die mit der Zarenfamilie verschwägerte englische Königsfamilie. Hauptsächlich diesen illustren Kunden zuliebe eröffnete Fabergé 1903 in London seine einzige ausländische Filiale. Hier konnten Königin Alexandra, die Schwester der Zarin Maria Feodorowna, und König Edward VII. nach Herzenslust einkaufen oder wohl instruierte Freunde ihre königlichen Präsente erwerben. Auch später sammelten König Georg V. und Queen Mary sowie die spätere Familie weitere Stücke hinzu. So entstand die größte Fabergé-Sammlung außerhalb Rußlands, von deren 450 Stücken jetzt 340 zu sehen sind.

Da haust im oberen Stock die Menagerie, mit der sich Königin Alexandra – bis ins Alter berühmt ob ihrer Wespentaille und jugendlichen Schönheit – auf Schloß Sandringham am liebsten die Zeit vertrieb. Um sie zu überraschen, ließ Edward VII. per Eilkurier Modelleure aus St. Petersburg anreisen und die Maribus, Strauße und Flamingos, die Kühe und Bullen, Truthähne, Schweine und Enten konterfeien. Zurück in Rußland, wurden sie dann naturgetreu in möglichst farbähnlichen Steinen geschnitten: ein Wurf von winzigen Ferkeln etwa in Rosa, über grauweiß gesprenkelt bis zu schneeweiß. Der König kaufte sie alle, seinen eigenen Terrier „Caesar" mit Rubin-Augen und dem beschrifteten Goldhalsband „Ich gehöre dem König" inklusive.

Im Erdgeschoß hingegen paradiert das Publikum Kopf an Kopf erst einmal vor einer der charmantesten Fabergé-Spezialitäten: Blumen und Früchten, die nach östlichem Vorbild meist nur als einziger Stengel in eine wassergefüllte Kristallvase gestellt sind. Daß der Wassereffekt tatsächlich in den Bergkristall geschnitten wurde, kann nur der Eingeweihte erkennen. Da blühen weiße wilde Röschen über Goldstengeln und grünen Blättern aus Nephrit, die Blütenblätter aus weißen und rosa angehauchtem Email umschließen dabei glänzende Diamanten. Da möchte man nach geröteten Himbeeren greifen, während sich andere Beeren noch grün und fest in die Blätter schmiegen. Fabergé spielte souverän auf der Klaviatur historischer Stile, fabrizierte winzige Schreibtische im Stil Ludwigs XV. oder Rokoko-Kommoden, einen ganzen Flügel aus sibirischem Jade und auch Spielereien, in denen Kunstfertigkeit zu Kitsch auswuchert.

Zu seinen aufwendigsten, berühmtesten Produkten gehörten die Ostereier. Insgesamt hat er von diesen stets persönlich überwachten kaiserlichen Geschenken 57 hergestellt. Immer raffinierter gestaltet, mit immer ausgefalleneren Überraschungen bestückt, gerieten sie zu den schönsten Wundertüten für Könige. Drei dieser begehrten Ostergeschenke wurden nach der Revolution vom englischen Königshaus gekauft. Darunter sind das Kolonadenei sowie ein Ei, das als Überraschung ein perlgefaßtes Medaillon enthält. Auf rosa Email sind hier die Profile der fünf Zarenkinder gemalt. Das war 1914, nur vier Jahre vor ihrem gewaltsamen Ende in Sibirien.

Der Tod der Zarenfamilie bedeutete auch das Ende der Fabergé-Werkstätten. Fabergé selbst floh nach Deutschland und in die Schweiz, wo er 1920 in Lausanne starb. Seine Produkte fürstlicher Raffinesse aber sind heute begehrter denn je. Erst kürzlich hat sich der amerikanische Sammler Malcolm Forbes eines der jetzt höchst selten auf den Markt kommenden Ostereier königliche sechs Millionen Mark kosten lassen. (Bis Februar 1986.)

HEIDI BÜRKLIN

JOURNAL

Internationaler Ägyptologen-Kongreß

dpa, München

Der 4. Internationale Ägyptologen-Kongreß begann in München. Rund 600 Teilnehmer aus 25 Ländern debattieren bis zum 1. September über die „Ägyptologie für die neunziger Jahre". Im Mittelpunkt der fast 300 Referate stehen archäologische Rettungsgrabungen, der Einsatz von Computern zur Erfassung der Hieroglyphen und der methodische Anschluß der Ägyptologie an Linguistik und Anthropologie. Zugleich werden in München mehrere Ausstellungen zum Thema „Ägyptenforschung" angeboten. Außerdem dokumentiert in Ingolstadt das Medizinhistorische Museum Hygiene, Ernährung, Heilverfahren und den Dämonenkult in ägyptischer Zeit.

Design-Ausstellung nun auch in Leipzig

dpa, Berlin

Die Ausstellung „Design: Vorausdenken für den Menschen", die vom Darmstädter Rat für Formgebung zusammengestellt und im Oktober 1984 in Ost-Berlin gezeigt wurde, ist nun bis zum 3. September auch in Leipzig zu sehen. Zugleich werden die Arbeitsergebnisse vorgestellt, die im Juli bei einem Workshop von Industriedesignern aus beiden deutschen Staaten entwickelt wurden.

Maja-Stätte in Belize entdeckt

AFP, Orlando

Zwei amerikanische Archäologen haben im mittelamerikanischen Staat Belize eine Maja-Stätte entdeckt, die bisherige Ansichten über diese aus dem 4. Jahrhundert stammende Kultur revidiert. Der Fund widerlegt u. a. die These vom Niedergang der Maja-Kultur und der Entvölkerung der Städte zur Zeit der spanischen Invasion, die sich auf Berichte der Eroberer stützte. Noch um 1500 gab es in der Region des heutigen Belize stark bevölkerte, reiche Dörfer. Die Archäologen fanden auch Hinweise auf intensiven Ackerbau der Maja, von denen man bisher annahm, daß sie kaum Landwirtschaft betrieben.

Münchner Comic-Tage im Gasteig-Zentrum

DW. München

Vom 5. bis 8. September finden im Gasteig-Kulturzentrum die 1. Münchner Comic-Tage statt. Die meisten Comic-Verlage stellen dort ihre Produktion vor. Außerdem wird die Ausstellung „Prominenz im Comic" gezeigt, und im Kino sowie als Videos sind Comic-Filme zu sehen.

Der Middelhauve-Verlag im Kinderbuch-Museum

DW. Troisdorf

Den Gertraud Middelhauve-Verlag stellt das Museum der Stadt Troisdorf in seiner Reihe „Verlagsprofile" vor. Gezeigt wird eine Übersicht über das Verlagsprogramm seit 1962. Anfangs gehörten dazu auch belletristische Werke, z. B. Gedichte von Jewtuschenko oder der „Simplicius 45" von Heinz Küpper, später wurde es ein reiner Kinderbuchverlag, der vor allem die Bücher von Leo Lionni und Helme Heine pflegt. Daneben war und ist immer noch Platz für Entdeckungen. Bilderbücher von Heinz Edelmann, Nicole Claveloux, Patric Couratin, die offenbar Erwachsenen besser als Kindern gefielen, gehören dazu, aber auch die „Geschichten Nr. 1" und „Nr. 2" von Eugène Ionesco mit den Bildern von Etienne Delessert und neuerdings die schöne Märchenreihe „Gelebte Phantasie". Das alles wird hier teils mit den Originalillustrationen, teils mit den Buchausgaben bis zum 15. September vorgeführt. Der Katalog (4 Mark) verzeichnet alle Bücher, die seit 1962 herauskamen.

Morrie Ryskind tot

Er hat das Musical preiswürdig gemacht: den ersten Pulitzer-Preis in dieser Gattung überhaupt erhielt er 1932 für „Of Thee I Sing", eine Polit-Satire, die er mit George und Ira Gershwin verfaßte. Er schrieb den chaotischen Marx-Brothers, zusammen mit George S. Kaufman, das Drehbuch zu einem ihrer besten Filme: „A Night at the Opera". Er belieferte die Broadway-Bühnen mit Komödien wie „The Cocoanuts" und „Animal Crackers" (ebenfalls von den Marx-Brothers verfilmt). Und er verfaßte Theaterstücke über den Tag hinaus: „There's Always a Woman", „Penny Serenade" und „Stage Door". Da er, der 1917 wegen seiner sozialistischen Haltung von der Columbia University verwiesen worden war, nach dem Kriege vor dem Ausschuß des Repräsentantenhauses gegen unamerikanische Umtriebe als Zeuge gegen mehrere Kollegen aussagte, kehrte Hollywood ihm den Rücken zu, und fortan mußte er sich damit begnügen, politische Kolumnen für diverse Zeitungen zu schreiben. Am Samstag ist Morrie Ryskind 89jährig in seinem Haus nahe Washington gestorben.

no

Der Rausch aus der Tüte ist lebensgefährlich

F. DIEDERICHS, Berlin

Mit der Einrichtung eines bislang einmaligen Krisenzentrums für sogenannte „Schnüffelkinder", in dem Betroffene untergebracht und medizinisch versorgt werden, reagierte jetzt Berlin auf ein immer akuter werdendes Problem. Mehr als 2000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene sind an der Spree bereits süchtig nach Klebstoffen und Lösungsmitteln, die aus Plastiktüten inhaliert werden, um sich in einen narkoseähnlichen Rauschzustand zu versetzen. Dies geht aus einer noch nicht veröffentlichten Studie der Technischen Universität Berlin hervor.

Am Berliner Universitätsklinikum Steglitz behandeln die Mediziner nahezu täglich Patienten, die an den Nachwirkungen der Chemiedroge leiden, die in hundertfachen Variationen in jedem Supermarkt erworben werden kann. „Wir haben Fälle von 8jährigen Schülern bis hin zu 35jährigen Familienvätern, die geschnüffelt haben und schwer erkrankten", berichtete der Berliner Neurologie-Professor Holger Altenkirch der WELT.

„Schnüffelkinder" greifen später zum Heroin

Wie gefährlich der Rausch aus der Tüte ist, beweisen Zahlen aus Großbritannien: Altenkirch verweist auf 84 Todesfälle, die bei „Schnüfflern" allein im Raum London im vergangenen Jahr bekanntgeworden sind. In Berlin waren es im letzten Jahr zehn Patienten, die mit schweren Hirnschädigungen oder akutem Herzstillstand eingeliefert wurden und die nicht mehr zu retten waren.

Altenkirch, der seit 1975 das Problem der „Schnüffler" systematisch erforscht, ist nach seinen Studien zu der Erkenntnis gekommen, daß heute drei Prozent aller 17jährigen in Deutschland schon einmal geschnüffelt haben. Auf den ersten Blick eine Zahl, die gering erscheint – doch der Neurologe verweist darauf, daß „Schnüffelkinder" als potentielle Heroinkonsumenten gelten. Altenkirch: „Der Weg, der immer wieder verfolgbar ist, beginnt bei Elf- und Zwölfjährigen mit Nikotin. Wenig später greifen sie erstmals zu Alkohol, dann zu Lösungsmitteln." Jeder sechste Heroinabhängige hat einmal mit Lösungsmitteln angefangen, wie Altenkirch bei seinen Studien ermittelt hat.

Vom Erregungszustand bis zur Bewußtlosigkeit

Die vielfältigen Substanzen, die den „Schnüfflern" im Handel zur Verfügung stehen, wirken wie Narkosemittel. Sie versetzen den Inhalierenden zuerst in einen Erregungszustand, der von einem als „angenehm" empfundenen Rauschzustand abgelöst wird, der oft zur Bewußtlosigkeit führt. Jedes dieser von „Schnüfflern" benutzten Mittel enthält mehr als 20 chemische Substanzen von unterschiedlicher Giftigkeit, die Erkrankungen so gut wie aller menschlichen Organe auslösen können. Die häufigsten Erkrankungen sind Hirnschädigungen, Lungenverätzungen, Schleimhautreizungen sowie akute Herzstillstände nach langandauernden und tiefen Inhalationen.

In mittlerweile 50 deutschen Städten muß „Schnüffeln" als ernsthaftes, immer weiter um sich greifendes Problem angesehen werden, berichtet Neurologe Altenkirch. Er fordert vor allem bessere gesundheitspolitische Planungen, um bei der Bekämpfung und Vorbeugung Erfolge verzeichnen zu können. Als Vorbild nennt er die Maßnahmen der britischen Regierung: Nach der hohen Todesrate des letzten Jahres laufen in den Abendprogrammen der britischen Fernsehsender Aufklärungsprogramme.

Mutter Teresa wird heute 75 Jahre alt

Ihr Werk ist mehr als ein Tropfen im Ozean

Geboren wurde sie am 27. August 1910 als Tochter eines albanischen Bauunternehmers im serbischen Skopje. Ihr bürgerlicher Name: Agnes Bojaxlu. Als sie 18 Jahre war, ging sie als Novizin zu den irischen Loretto-Schwestern. In Dublin und dann im nordostindischen Darjeeling wurde sie zur Geographie-Lehrerin ausgebildet. Bald darauf kam Teresa – so ihr Ordensname – nach Kalkutta, wo die Loretto-Schwestern sie wegen ihrer außerordentlichen Begabung mit der Leitung der Saint-Mary-Missions-High-School betrauten. Aber schon 1946 zog es sie von der Schule für Höhere Töchter fort in die Slums von Tiljala. Teresa wohnte nun unter den Ärmsten der Armen, tauschte ihre Ordenstracht mit dem weißen Sari mit blauer Borte und Kreuz auf der Schulter. Immer mehr junge Schwestern meldeten sich bei Teresa. So gründete sie 1949 den Orden der „Missionarinnen der Nächstenliebe" und bezog ein Haus in der Lower Circular Road Nr. 54a. Von hier aus gründete die Friedensnobelpreisträgerin karitative Einrichtungen in allen Erdteilen – ein Reich der Nächstenliebe.

Von PETER DIENEMANN

Die zwei Finger kreisen im Zeitlupentempo auf dem rostigen, schmierigen Blechteller, zerdrücken die letzten Krümel Reis, führen sie ebenso langsam zum Mund. Die Hand, die zu den zwei Fingern gehört, ist narbig, von Lepra zerfressen. Der Mann, sein Alter irgendwo zwischen 40 und 80, hockt inmitten von Unrat, nur noch ein Häufchen Elend, Sackleinen umgürtet seine Lenden, zusammengehalten von einem groben Strick. Die, die an ihm vorbeigehen, beachten ihn nicht, wollen ihn, den Ausgestoßenen aus der indischen Gesellschaft, dem Freundeskreis, der Familie, den erst die furchtbare Krankheit zu dem gemacht hat, was er ist, nicht sehen.

Eine Szene aus einem der Slums Kalkuttas, wie sie ebenso in Bombay oder Neu-Delhi sich abspielen könnte oder in irgendeinem anderen Slum der Welt. Hier ist der Platz Mutter Teresas, hier hilft sie – und ihre barmherzige Heerschar – wo andere nicht helfen wollen oder können. Kalkutta, oft besungene Metropole Indiens am heiligen Ganges, einst Sitz der mächtigen Ostindiengesellschaft, lange Zeit Regierungssitz der britischen Kolonialherren. Jetzt einer der größten Slums der Welt, wo zwei Drittel der Bevölkerung, etwa sieben Millionen Menschen, in provisorischen Hütten leben, aus Lehm, Wellblech, alten Holzkisten und Pappkartons, wo ein Drittel dieser „Glücklichen", die ein Slumdach über sich haben, nur rund drei Quadratmeter Raum haben, auf denen sie leben, kochen, schlafen, sterben und die Slumbevölkerung weiter vermehren. Kalkutta, die Stadt, wo über 300 000 Menschen auf den Gehwegen geboren werden, hier aufwachsen und sterben, ohne jemals ein Dach über dem Kopf gehabt zu haben.

Eine Straße, ganz in der Nähe der berühmten Howrah-Brücke: Dichter Autoverkehr, Durchschnittsgeschwindigkeit in Kalkutta acht Kilometer pro Stunde. Durch den Verkehr drängeln sich die Fußgänger, denn auf den Gehwegen ist kein Platz mehr für sie. Zu Hunderten lagern dort auf alten Säcken, schmuddeligen Decken und zusammengesuchten Lumpen Säuglinge mit ihren Müttern, Alte und Kranke. Kinder im Schulalter – doch eine Schule haben sie nie gesehen – toben spielend durch die „Lagerstätten".

Gleich nebenan kokelt es in einem rußgeschwärzten Eisentopf. Der „Dal", ein Linsengericht, das in Indien auch für die allerärmsten gerade noch erschwinglich ist, gleicht eher einer Wassersuppe. Doch die Nachbarin hat nicht einmal einen Topf, um ihrem bald heimkehrenden Mann das Abendessen zu kochen. Zu dünnen Brotfladen, den „Chapatti", gibt es etwas später rohen grünen Chili, dessen Schärfe den schlechten Geschmack überdeckt. Ein Stückchen weiter ist große Wäsche. Ein Junge, vielleicht sechs Jahre alt, den Bauch vom Hunger aufgetrieben, bedient den viel zu schweren Schwengel der Handpumpe, die schmutzig-braunes Wasser zutage fördert, verseucht von Abwässern aus der Kanalisation.

Alle kennen die junge Schwester, die im weißen, blauumrandeten Sari neben einer der hochrädrigen „Rikschas" geht. Sie begleitet die Fracht: ein Bündel Mensch, apathisch, gekleidet in Lumpen, die Hemd und Hose nur noch ahnen lassen. Sie hat das „Bündel" einfach von der Straße aufgelesen, denn für sie ist es ein Mensch, in Not und allein in seiner Not, ohne Kinder oder Verwandte, die sich trotz seiner und ihrer Armut um ihn und seine Krankheit kümmern könnten. Ihm wird geholfen werden – für den Moment jedenfalls.



Immer an der Seite der Ärmsten: Mutter Teresa FOTO: GAMMA / STUDIO X

Sein sicherer Tod zwischen Hausmauer und Straße, neben Bergen von Abfall, zwischen Tierkadavern, um die sich räudige Hunde balgen, ist nicht mehr so sicher, und wenn, dann sicher nicht ein einsamer Tod.

Er wird ins Heim für Sterbende der „Missionarinnen der Nächstenliebe" in Kalkutta gebracht, das Heim der Mutter Teresa. Aber auch das auf der Straße geborene Baby hat eine Chance. Die „Teresa-Schwestern", wie sie von vielen Slumbewohnern genannt werden, sind überall dort, wo die Not übergroß wird.

Hier, in den Slums von Kalkutta, unter Leprakranken, Tuberkulösen, Unterernährten, Alten und Verstümmelten, hat Mutter Teresa ihr Werk begonnen. Jetzt hat die Kongregation von nur 2400 Schwestern und Brüdern in 160 Städten in 52 Ländern jeden Tag Nahrung, Medizin und Kleidung im Wert von 250 000 Mark verteilt, betreibt 140 Slumschulen, wo täglich 27 542 Kinder eine warme Mahlzeit erhalten.

Ihre 304 Armenküchen versorgen täglich 50 000 Menschen, in ihren 70 Häusern für ausgesetzte Kinder haben ständig 4000 ein neues Zuhause gefunden. 1000 von ihnen werden jährlich adoptiert. Die Kongregation betreibt 81 Häuser für Sterbende, die im vergangenen Jahr 13 000 Menschen aufnahmen und sechs Millionen versorgte sie in mobilen Kliniken.

Ein westlicher Besucher der Mutter Teresa, der es „Schmerzen bereitet", wenn sie einfach Sozialarbeiterin genannt wird, meinte: „Mein Gott, sie ist selber so verletzlich und dennoch glaubt sie, daß es die Pflicht ihrer Liebe zu Jesus ist, dieses schwere Kreuz zu tragen." Sje selber nennt, was sie erreicht hat, „einen Tropfen im Ozean".



Tot: Samantha Smith

Das Mädchen, das Andropow besuchte

Samantha Smith, die vor zwei Jahren als Elfjährige auf Einladung des damaligen Kreml-Chefs Andropow in die Sowjetunion reiste, fand bei einem Flugzeugabsturz den Tod. Auch ihr Vater kam in der kleinen Zubringermaschine der „Bar Horbor Airlines" im US-Bundesstaat Maine ums Leben. Zu ihrer Einladung nach Moskau kam die kleine Amerikanerin, als sie Andropow von ihrer Furcht schrieb, die Expansionspolitik der UdSSR könne zu einem Nuklearkrieg führen.

Prozeß um die Entführung von Axel Sven Springer

DW. Chur

Wegen der Beteiligung an der Entführung des Verleger-Enkels Axel Sven Springer (19) aus einem Schweizer Internat im Januar dieses Jahres muß sich seit gestern der 22jährige Thomas Hägin aus Küsnacht bei Zürich vor dem Kantonsgericht in Chur verantworten. Hägin erklärte vor Gericht, daß er und die anderen drei Entführer nie mit dem Gedanken der Tötung von Axel Sven gespielt hätten. „Für uns stand absolut fest, daß ihm nichts passieren durfte", sagte Hägin am ersten von voraussichtlich drei Verhandlungstagen.

Hägin, der 1983 am Lyzeum Alpinum in Zuoz bei St. Moritz sein Abitur gemacht hatte und dort den Enkel des Verlegers Axel Springer flüchtig kennengelernt hatte, sagte, auf Axel Sven als Entführungsopfer sei man gekommen, weil man bei seinem Großvater genügend Geld vermutet habe. Es habe keine persönlichen Gründe gegeben.

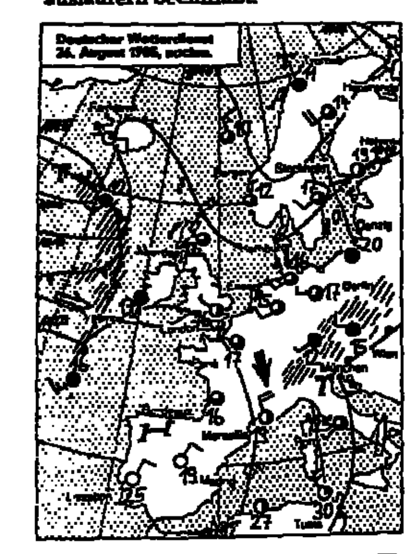
Alle vier Entführer haben die Tat zugegeben. Drei von ihnen, ein 22jähriger Berliner Fabrikantensohn, der bis 1982 ebenfalls im Prominenten-Internat wohnte, sowie seine 21jährige griechische Freundin und ein 19jähriger Auszubildender aus Berlin, sitzen seit Februar dieses Jahres in München in Untersuchungshaft und warten auf ihren Prozeß.

Der in Saarbrücken geborene Hägin, der bei seiner schweizerischen Mutter wohnt, hat die Staatsbürgerschaft des Landes beantragt. Aufgrund des noch nicht entschiedenen Einbürgerungsverfahrens lehnten die Behörden die Auslieferung an die Bundesrepublik Deutschland ab, so daß ihm jetzt in der Schweiz der Prozeß gemacht wird. Thomas Hägins Vater lebt als Geschäftsmann in der Bundesrepublik Deutschland.

Axel Sven Springer war am 21. Januar gegen 2.00 Uhr aus seinem Zimmer im Internat verschleppt worden. Einer der beiden direkt Beteiligten war laut Anklage Thomas Hägin. Man forderte von Axel Svens Mutter Rosemarie in München 15 Millionen Mark Lösegeld, andernfalls, so lauteten die Drohungen, wolle man ihren Sohn töten. Der Entführte wurde in ein leerstehendes Haus in der französischen Schweiz gebracht und schließlich 65 Stunden später unversehrt im Parkhaus des Zürcher Flughafens Kloten freigelassen.

WETTER: Im Norden unbeständig

Wetterlage: Ein Zwischenhoch sorgt in der Mitte und im Süden für Wetterberuhigung, der Norden wird im Tagesverlauf von neuen atlantischen Tiefausläufern beeinflußt.



Vorhersage für Dienstag:
Im Norden vorübergehend auflockernde Bewölkung, zeitweise Regen. Temperaturen um 18 Grad. In der Mitte und im Süden: Am Alpenrand noch stark bewölkt und Regen. Im Tagesverlauf auch hier auflockernde Bewölkung und trocken, im Westen am Abend etwas Regen. Temperaturen um 20 Grad.

Weitere Aussichten:
Am Mittwoch im Norden unbeständig, ab Donnerstag auch dort Aufheiterungen und ansteigende Temperaturen.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	30°
Bonn	16°	Kopenh.	18°
Dresden	15°	Las Palmas	23°
Essen	15°	London	16°
Frankfurt	18°	Madrid	19°
Hamburg	16°	Mailand	26°
List/Sylt	16°	Mallorca	25°
München	12°	Moskau	24°
Stuttgart	14°	Nizza	26°
Algier	27°	Oslo	11°
Amsterdam	15°	Paris	17°
Athen	33°	Prag	12°
Barcelona	24°	Rom	25°
Brüssel	16°	Stockholm	17°
Budapest	28°	Tel Aviv	30°
Bukarest	25°	Tunis	30°
Helsinki	19°	Wien	15°
Istanbul	27°	Zürich	11°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 6.28 Uhr, Untergang: 20.18 Uhr, **Mondaufgang:** 20.09 Uhr, Untergang: 3.26 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Greenpeace – eine Art Umwelt-Multi

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die Lotsen von Baltimore ließen den Hut rumgehen und schenkten aus ihrem Fonds der Umweltorganisation Greenpeace ein 65 Meter langes Schiff. Das stampft nun durch die hohe See mit Kurs auf Mururoa. Vor dem Atoll soll Frankreich zur Aufgabe seiner Atomversuche veranlaßt werden – nicht mit Waffengewalt, sondern mit Bildern und Sensationsberichten. Die Regenbogen-Krieger, wie ein Medizinmann der Cree-Indianer die Greenpeac-Leute nannte, worauf diese das gesprengte Vorgängerschiff des Lotsendampfers „Rainbow Warrior" tauften, haben sich in der Tat der Gewaltlosigkeit verschrieben. Ihre Aktionsweise ist zeitgemäß. Sie nutzen die psychologische Wucht von Fernsehen und Presse. Mit sensationellen Aktionen erheischen sie Publizität, die nach dem Motto „David gegen Goliath" in die Medien drängt.

Dafür sind sie gut gerüstet. Das neue Boot namens „Greenpeace" hat eine Bildfunkanlage, die die Schnappschüsse bei der Begegnung mit der französischen Marine in Sekundenschnelle per Satellit rund um den Globus an die Agenturnetze und Medienimperien senden kann. Greenpeace setzt auf die Stimmungsmache, auf den Druck im Heißluftballon demokratischer Meinungsbildung.

Solche Methoden verfangen erfahrungsgemäß nur in Gesellschaftssystemen, die sich der Pressefreiheit erfreuen. Nur dort lassen sich Massen mobilisieren oder wenigstens eine Mobilisierung der Massen vortäuschen. Vielleicht ist das auch der Grund, weshalb der Umwelt-Multi Greenpeace keine seriöse Aktion gegen die Walfangflotte der Atommacht Sowjetunion unternimmt. Lediglich im Juni 1975 traute sich ein Team mal an einen sowjetischen Walfänger heran. Ein Harpunenpfeil zischte knapp über die Köpfe der Schlauchbootinsassen hinweg. Das Signal wurde verstanden. Sowjetische Walfänger sind für Greenpeace seither ein Fernziel. Ähnlich verhält es sich mit den Atomversuchen der Sowjets.

Im Mai 1982 legte das einstige Flaggschiff der Organisation, die „Sirius", in Kronstadt an. Nach herzlichem Empfang durch die sowjetischen Behörden verteilen einige Besatzungsmitglieder FLugblätter in den Straßen von Leningrad. „Stoppt die Atomversuche", lautet die Botschaft an die überraschten Passanten. Der Spuk ist schnell beendet. Ein paar Schlepper ziehen die „Sirius" und ihre Mannen wieder aufs hohe Meer. Seither ist in manchen Atomgazetten von Greenpeace Moskau nicht mehr unter den diskriminierten Atommächten.

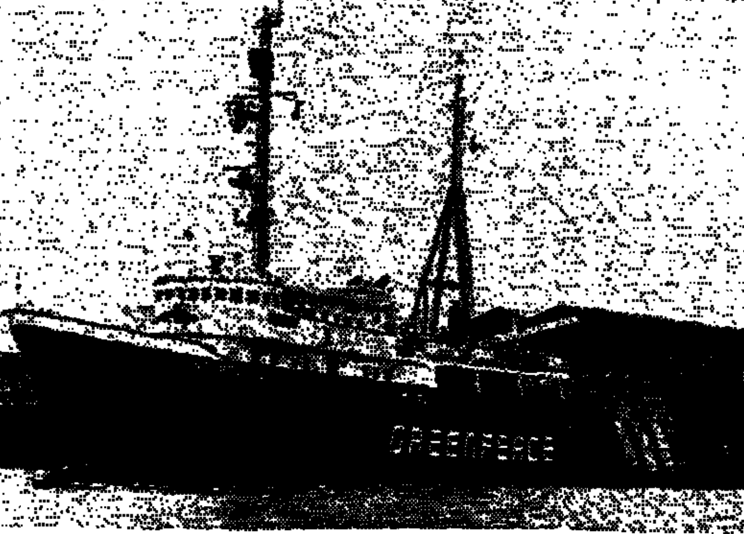
Der Kontakt zu Moskau ist eher freundlich, wenn man das Glückwunsch-Telegramm des Greenpeace-Präsidenten, des Kanadiers David McTaggart, an den sowjetischen Parteichef Gorbatschow als Thermometer nimmt. In ihm freut sich McTaggart über die sowjetische Ankündigung, während der Waljagd-Saison 1986/87 die „freundlichen Riesen der Meere" in Ruhe zu lassen.

Greenpeace bezeichnet sich als überparteilich und ungebunden. Im Kampf gegen die Ausrottung seltener Tierarten hat die Organisation beachtliche Erfolge errungen. Mittlerweile hat der Multi auch Beobachterstatus in der UNO. Und wenn die geschätzten Zahlen stimmen, hat er seit der Gründung 1971 zwischen 600 000 und einer Million Sympathisanten geworben. Diese sorgen angeblich mit ihren kleinen Daueraufträgen für ein Budget von rund 20 Millionen Mark im Jahr. Davon sollen fast neun Millionen aus der Bundesrepublik kommen. 14 hauptamtliche Mitarbeiter der deutschen Sektion in Hamburg erfreuen sich täglich einer Unzahl von Briefen Gleichgesinnter, deren Zahl auf 60 000 geschätzt wird.

Das Hauptquartier des Umweltschützer-Multis ist im britischen Lewis angesiedelt. Dort arbeiten 60 Angestellte. Auch in Paris unterhält Greenpeace eine größere Filiale. Aber mit Frankreich steht die Pazifisten-Organistion eher auf Kriegsfuß. Die Publizität nach dem Anschlag auf das Flaggschiff im neuseeländischen Hafen Auckland hat Greenpeace nicht nur freundliche Aufmerksamkeit geschenkt. Fragen nach der Finanzierung der Aktionen tauchen auf.

Die Unterhaltung und Ausrüstung einer kleinen Flotte mit vier größeren Schiffen, die nahezu ständig im Einsatz sind, mit Spezial-Schlauchbooten, deren Stückpreis sich auf 300 000 Mark beläuft, die Miete für die Dependenzen in 14 Ländern, die Kosten für die Einrichtung einer Antarktis-Station – all das könne nach Ansicht mancher Franzosen nicht allein aus dem Budget der Spenden bestritten werden. Gewagte Mutmaßungen gehen dahin, daß Greenpeace auch von Organisationen wie dem prosowjetischen Weltfriedensrat manche Zuwendung erhält. Spekulationen, die Greenpeace weit von sich weist. Sicher ist, daß der bei dem Anschlag auf die „Rainbow Warrior" getötete Fotograf eng mit dem Weltfriedensrat zusammenarbeitete.

Die Verbitterung in französischen Pressekommentaren erklärt sich: Frankreich ist am stärksten von den Aktionen der Regenbogen-Krieger betroffen. In den Jahren 1972, 1973, 1974 und 1975 führten die Pazifisten Feldzüge gegen Mururoa; 1978 und 1980 liefen sie wider den Nuklearhafen Cherbourg an, 1984 versuchten sie eine Aktion rund um den havarierten Tanker „Mont Louis", dieses Jahr halten sie wieder Kurs auf Mururoa. Die anderen westlichen Länder liegen im Windschatten. Dort gibt es, so mögen manche Greenpeace-Leute denken, eigenständige Bewegungen, die das PR-Geschäft des Umweltschutzes betreiben.



Ersatz für die versenkte „Rainbow Warrior": „Greenpeace" FOTO: DPA

UNO-Kongreß über Verbrechen eröffnet

rtr, Mailand

In Mailand ist gestern ein zehntägiger Kongreß der Vereinten Nationen (UN) zur Verbrechensvorbeugung eröffnet worden. In einem Grußwort forderte UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar dazu auf, die internationalen Anstrengungen zur Verbrechensbekämpfung zu verstärken. In seiner von einem Mitarbeiter verlesenen Botschaft verwies Pérez de Cuéllar dabei am Beispiel des Drogenhandels auf die Internationalisierung des Verbrechens. An der Konferenz nehmen Delegierte aus mehr als 120 Ländern teil.

Start abgebrochen

dpa, Berlin

Der Start einer Boeing 727 der amerikanischen Fluggesellschaft PanAm ist am Sonntag nachmittag auf dem Berliner Flughafen Tegel wegen einer Funktionsstörung eines Triebwerkes abgebrochen worden. Nach Auskunft eines PanAm-Sprechers hatte die Maschine ihre Startgeschwindigkeit noch nicht erreicht, so daß der Start problemlos abgebrochen werden konnte.

Halleyscher Komet

AFP, Prag

Der Sternwarte Skalnate Pleso in der Hohen Tatra (Zentralslowakei) ist es gelungen, in der Nacht vom 23. auf den 24. August ein erstes Foto des Halleyschen Kometen aufzunehmen. Dies berichtet die Presse in Prag. Das Observatorium beteiligt sich am internationalen Programm zur Erforschung des Kometen, der alle 76 Jahre aus den Tiefen des Weltraums ins Zentrum des Sonnensystems eindringt.

Chinas Telefone

rtr, Peking

In China gibt es nach einem Bericht des Parteiorgans „Volkszeitung" für mehr als eine Milliarde Einwohner nur zwei Millionen Telefone. Die Regierung werde nun eine Offensive zur Bereitstellung von Anschlüssen einleiten. Postminister Yang Taifang habe Mangel an Telefonapparaten und extreme Belastung seiner Behörde für die langsame Entwicklung auf diesem Sektor verantwortlich gemacht. Dieses Jahr wolle man 500 000 weitere Apparate anschließen. Bis 1990 solle die Zahl der Telefone bei mehr als 13 Millionen liegen.

1405 Todeskandidaten

AFP, Washington

In amerikanischen Gefängnissen saßen Ende 1984 insgesamt 1405 zum Tode verurteilte Häftlinge, was einen Rekord darstellt. Nach Angaben des amerikanischen Justizministeriums stieg 1984 zudem die Zahl der Hinrichtungen drastisch, und zwar von elf in den Jahren 1975 bis 1983 auf 21 im vergangenen Jahr. Davon waren 1388 Männer und 17 Frauen. Unter den Todeskandidaten waren 804 Weiße und 585 Schwarze. Acht von 21 Hinrichtungen wurden in Florida, fünf in Louisiana, drei in Texas, zwei in Georgia, zwei in North-Carolina und eine in Virginia vollzogen.

ZU GUTER LETZT

„Nach dem Angriff auf das deutsche Reinheitsgebot für Bier und die strengen Bestimmungen für die Wurstherstellung versuche die Kommission jetzt die Regelungen für die Herstellung sogenannter Löffelbiskuits aufzuweichen", zitiert dpa die Centrale Marketingorganisation der deutschen Agrarwirtschaft (CMA).